Heft 7 Juli 1994 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- 20. Juli: Nazi-Aufstand gegen Hitler?
- Clintons Menschenrechte, Stück $ 3.99
- SPD: Allein gegen die Mafia
- Streit um die PDS: Dem deutschen Volke dienen?
- Nach- und Widerruf auf Erich Honecker
- Political Correctness? Yo! PoMo!

in konkret Juli 1994

von konkret

an konkret

The Party is over von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Runder Tisch mit Eichmann von Eike Geisel
Über den kleinen Unterschied zwischen dem »anderen Deutschland« und der zivilisierten Welt

Tigersprung

Kassensturz als Widerstand von Otto Köhler
Es gehört zur zentralen Lebenslüge der Bundesrepublik, daß auch Ludwig Erhards »Soziale Marktwirtschaft« im Widerstand gegen das Naziregime entwickelt worden sei. In Wahrheit ist sie ein integraler Bestandteil jener Planungen gewesen, mit denen NS-Bürokraten die Nachkriegszeit gestalten wollten

Who's left
Take it, Gysi!Die KB-Mehrheit

Enger Ehrenhof von Stefan Ripplinger

Good fellas von Valentin Falin, John Goetz, Boris Gröndahl
Die Westalliierten hätten ein Bündnis mit Nazideutschland minus Hitler der Koalition mit der Sowjetunion jederzeit vorgezogen: Der Kalte Krieg begann in Stalingrad. Ein Interview mit dem Historiker Valentin Falin, dem ehemaligen Botschafter der UdSSR in der BRD

Buch des Monats: Feld des Vergessens von Gerhard Scheit
Ingrid Strobl: Das Feld des Vergessens. Edition ID Archiv, 1994, 140 Seiten, 14 Mark

Schluß mit den Menschenrechten von Jürgen Elsässer
Neue Töne aus dem Weißen Haus: In der China-Politik versteckt sich Präsident Clinton nicht mehr hinter den Prinzipien von amnesty international, sondern orientiert ganz ungeniert auf die Interessen seiner Klasse. Methodisch kann die Linke da eine ganze Menge von ihm lernen

Aparter Mix von Oliver Tolmein
Was geschah wirklich in Bad Kleinen? Neue Erkenntnisse widerlegen die offizielle Version der Staatsschutz-Aktion gegen Birgit Hogefeld und Wolfgang Grams. Erkenntnisse, die auch im Verfahren gegen den verantwortlichen Redakteur von KONKRET eine Rolle spielen werden, das der Staatsschutz wg. KONKRET 8/93 angestrengt hat und das am 30. Juni vor dem Hamburger Amtsgericht eröffnet werden soll

Wahl der Waffen III von Peter Hetzler
Praktische antirassistische Arbeit bedeutet in der BRD nach der Abschaffung des Asylrechts vor allem, die Abschiebung von Flüchtlingen zu verhindern. Besonders intensiv kümmern sich darum vereinzelte Kirchengemeinden

Jeder ist uns der nächste 28 von ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK

Der Spießer als Volkstribun von Bernhard Schmid
In ganz Europa haben rechtspopulistische Parteien, die in den Jahren zuvor eher als Kuriositäten durchgingen, plötzlich Erfolg. Ein Überblick über die Shooting stars der europäischen Rechten

Keine Frage des Frisörs von Klaus Bittermann
»Krieg statt Frieden« für Bosnien forderte am 1. Juni 1994 die »Taz«; »bis zum Sieg« sollten die Muslime weiterkämpfen, »statt einen schlechten Frieden zu akzeptieren«. Kriegshetze pur, aber doch bloß ein billiges Imitat. Das Original stammt vom französischen Philosophendarsteller Bernard-Henri Lévy

Dem deutschen Volke dienen?KONKRET-Streit von Joachim Bischoff, André Brie, Thomas Ebermann, Jürgen Elsässer, Hermann L. Gremliza, Boris Gröndahl
Seit 1990 haben in KONKRET regelmäßig verschiedene Autoren an nationalistischen Elementen in der Politik der PDS Kritik geübt. Gab es in den vergangenen Jahren darüber eine rege Auseinandersetzung mit der SED-Nachfolgepartei, so ließ »Gysis bunte Truppe« im Wahljahr 1994, spürbar dünnhäutig geworden, den Streit eskalieren. Eine Erklärung des Parteivorstands zur Kandidatur des deutschnationalen Bismarckenkels Graf Einsiedel, die wir im folgenden auszugsweise dokumentieren, geriet gar zum völkischen Manifest. In Berlin stritten Joachim Bischoff, Mitglied des Parteivorstands der PDS, André Brie, Leiter des Wahlkampfbüros der PDS, die KONKRET-Autoren Thomas Ebermann und Jürgen Elsässer, KONKRET-Herausgeber Hermann L. Gremliza und KONKRET-Redakteur Boris Gröndahl über den Nationalismus der PDS

Kungelkurs und Widerstand von Sahra Wagenknecht
Wer über Erich Honecker schreibt, schreibt über die DDR; das Wohl- oder Übelwollen, das ihn trifft, gilt gemeinhin ihr. Ein Nachruf

Kunst & Gewerbe

Yo! PoMo! von Gerhard Scheit
Die Diskussion um Political Correctness changiert zwanglos zwischen Gesinnungsklempnerei und Stammtisch-Herrenwitzen. Die Untersuchung ihres philosophischen Unterbaus hilft bei ihrer Kritik weiter

»Zur weiteren Veranlassung« von Wolfgang Schmidt, Eike Stedefeldt
Die Stasi als Initiatorin einer liberalen Schwulen- und Lesbenpolitik in der DDR? Wolfgang Schmidt, Jahrgang 1939, Eintritt ins Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) 1957, war seit 1986 Leiter der Auswertungs- und Kontrollgruppe der Hauptabteilung XX – unter anderem zuständig für die innere Opposition – , davor bereits als stellvertretender Leiter dieser Arbeitsgruppe verantwortlich für Analyse und Information. Zuletzt Oberstleutnant, nahm er maßgeblichen Einfluß auf die Homosexuellenpolitik der DDR. Bei ihm liefen die Informationen zu der sich ab Anfang der 80er Jahre entwickelnden Lesben- und Schwulenbewegung zusammen. Darüber, wie Homosexuellenpolitik in der DDR zustande kam und welchen Einfluß das MfS darauf hatte, befragte ihn Eike Stedefeldt

Aus einem fremden Land von Hermann Peter Piwitt

Gänsefüßchen oben von Georg Seeßlen
Im öffentlichen sowohl als auch im privaten Sprachverkehr hat das Anführungszeichen eine merkwürdige Konjunktur. Als wollten wir am liebsten nur noch in Zitaten reden, als wollten wir kundtun, wie fremd, wie indirekt uns Sprache geworden ist

Frech, durchgeknallt, zwerchfell-erschütternd... von Gerhard Henschel
... ist Eugen Egners komischer Roman »Der Universums-Stulp« überhaupt nicht

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Running Men von Kay Sokolowsky

Die Show zur Krise: In Ulla Kock am Brinks »100.000 Mark Show« bewahrt nicht einmal der härteste Einsatz die Kandidatenpaare davor, am Ende vor dem Nichts zu stehen

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 07/94, S. 4

von konkret

Ob KONKRET nun die PDS als den »Hauptfeind« ausgemacht habe, wollen seit einigen Wochen Politiker und Sympathisantinnen der Partei des Demokratischen Sozialismus wissen. Oder tun doch so, als wollten sie. Denn geringste Anstrengung des Kopfes müßte den Fragestellern den Gedanken eröffnet haben, daß die intensivere Beschäftigung der KONKRET-Autoren mit der PDS (wie zuvor all die Jahre und demnächst wieder mit den Grünen) weniger mit Distanz als mit Nähe zu tun hat: Kaum eine Leserin, kaum ein Leser von KONKRET ist in Gefahr, auf die CDU, die CSU oder die FDP hereinzufallen, und auch die Zahl der SPD-Gläubigen in der KONKRET-Leserschaft dürfte keine zweistellige mehr sein. Soweit Leserinnen und Leser dieser Zeitschrift sich für oder gar in Parteien engagieren, scheint derzeit neben den Grünen vor allem die PDS in Betracht zu kommen.

Und unter dem Wust von Motiven, die viele zur PDS treiben und ziehen – Solidarität mit dem Underdog, Ja zum kleineren Übel, Zustimmung zu bestimmen Gesetzesinitiativen (insbesondere gegen Rassismus), Spaß am Showtalent Gysi, DDR-Nostalgie, Protest gegen den Rechtsruck (der anderen natürlich) – , droht übersehen zu werden, daß die PDS von Modrows »Deutschland einig Vaterland« und Gysi-Diestels Gerechtigkeitskomitees an eben *auch* Tendenzen zeigt und pflegt, die aufs nationalistische Ressentiment spekulieren oder es sogar fördern. Eines der besten, das heißt: schlimmsten Beispiele dafür war die Bannbulle, die fünf führende PDS-Funktionäre gegen diejenigen ihrer Genossen erließen, die sich gegen die Nominierung eines deutschnationalen Grafen auf einer PDS-Liste gewehrt hatten. Weil dieses Dokument mit seinem Dauerton nationalistischen Kitschs einen Tiefpunkt im Schrifttum sozialistischer Parteien markiert, wird es in diesem Heft fast vollständig nachgedruckt – zum Beginn und als Grundlage eines Streitgesprächs, das je zwei Autoren und Redakteure von KONKRET in Berlin mit dem Wahlkampfleiter der PDS, André Brie, und dem PDS-Vorstand Joachim Bischoff geführt haben. Alles weitere ab Seite 36.

Die Kritik, die in KONKRET an der Nationalpolitik der PDS geübt wird, hat einige ihrer neueren Gefolgsleute aus dem Westen des Landes zu Subbotniks beim publizistischen Hilfsdienst zugunsten ihres neuen Idols animiert. Bemerkenswertes Übersoll erzielten dabei ein Redakteur der ehemaligen deutschen Sektion der Vierten Internationale sowie federführend ein Heini der ehemaligen Zeitschrift »Arbeiterkampf«, die jetzt nur noch »ak« (heute für »Analyse und Kritik«, morgen für »Anneliese und Klaus«) heißt. Vier großformatige Zeitungsseiten haben die beiden in den letzten Wochen mit allerlei Artikeln vollgemacht, in denen sie den KONKRET-Herausgeber wechselweise einen Psychopathen, einen eiskalt kalkulierenden Prozeßstrategen und – im selben Atemzug – einen Amokläufer nannten. Die KONKRET-Redaktion hat sich entschieden, die Leserinnen und Leser nicht mit einer Antwort auf das Zeug zu langweilen, sondern alles Nötige von den dazu geschaffenen Einrichtungen jener Nation erledigen zu lassen, die den Herren Hilfswilligen so sehr am Herzen liegt. (Im wesentlichen wird es die 24. Zivilkammer des Hamburger Landgerichts sein. Vielleicht entdecken die Beklagten ja vor Gericht die Klassengesellschaft in Form ihrer Klassenjustiz wieder. Wie sich denken läßt, ist ein solcher Beitrag zur Fortbildung nicht kostenlos. Aber es kommt ja einem guten Zweck zugute: KONKRET.)

Ein anderer Heini, der Gerhard Hertel heißt, ist in »Das Parlament«, der Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung (auf der anderen Seite hieß das »Abteilung Agitation und Propaganda«), dem Kampf gegen die Vaterlandsfeinde von KONKRET beigetreten:

Seit längerem fungiert das »Modell Deutschland« als Reizwort und Kampfbegriff der extremen Linken. War bereits 1984 in einer Veröffentlichung der »Marxistischen Gruppe« von einer »Mobilmachung« Deutschlands die Rede, so verstärkte sich die Polemik gegen eine angebliche internationale Führungsrolle Deutschlands und die (Wieder-)Aufrichtung eines starken Staates im Innern seit den Tagen der Wiedervereinigung. In kaum einer Nummer der möglicherweise als »Zentralorgan« der extremen Linken einzustufenden Zeitschrift KONKRET fehlt dieses Thema.

Ob's zum »Zentralorgan« langt, mögen die Leserinnen und Leser beurteilen. Was den Linksextremismus angeht, den Leser Hertel meint, läßt sich sagen, daß KONKRET an dem Tag, an dem es seinen angestammten Platz im Jahresbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz verlöre, sein Erscheinen einstellen würde. (Heinis »ak« büßte seinen übrigens 1993 ein.)

Der für dieses Heft angekündigte Prospekt zu Ertragslage und Perspektive der KVV KONKRET Vertriebsgesellschaft GmbH & Co. KG liegt erst dem Augustheft bei.

Konkret 07/94, S. 6

an konkret

Gottesgabe

KONKRET 6/94: Alkmenes Schnippchen. Eine Stichprobe unter Autorinnen und Autoren von KONKRET

Endlich – die Herrschenden werden zittern, wenn wir nicht wählen! Von den USA lernen heißt siegen lernen! Dort hat die revolutionäre Nichtwählerbewegung schon um die 40 Prozent! Und erst die Länder mit 100 Prozent Nichtwählern!

Ulrich Maske

Hamburg

Darf es etwas mehr linke CDU sein oder lieber gleich rechte SPD? Kanaille Kohl oder Scheusal Scharping? Soll man, »aus Liebe zu Deutschland«, dem niederträchtigen Saumagen von Volk und Vaterland frönen? Oder dafür kreuzeln, im vollen Graus der Arbeitsfrontlyrik von wegen »Arbeit! Arbeit!! Arbeit!!!« rabotten zu dürfen, bis die Proletschwarte knackt? Oder's Sozenscheusal nach irgendwie linksgrün nötigen mit Kreuz bei Gutmann Gysi oder Vollwertfrau Vollmer? *Black nationalism or red workaholism* (Graf Bobby)? Aber die Qual der Wahl hat endlich ein Ende; jetzt gibt es die wählbare Alternative zum Wahlboykott: PBC. Diese großartige Partei läßt die Linkspolitologenfrage, welche Fraktion der Standorttapernden Einheitspartei heuer auszuixen sei, nullkommanichts gegenstandslos werden – PBC, das heißt »Partei Bibeltreuer Christen«; die PBC – das ist die einzige Partei, die mittendrin in diesem schwarzroten Abgrund an Aufklärungsverrat den beneidenswerten Mut hat, sich mit klippklaren Wahlaussagen – erstens: »Kein Ausländerhaß! Gerechte Asylpolitik!«, zweitens: »Hände weg von: Okkultismus, Zauberei, Wahrsagerei, Esoterik, Magie, Horoskop«, drittens: »Solidarität und Freundschaft mit Israel« – in die von aller proletarischen Vernunft verlassenen Einkaufszonen der völkischen Heiden zu wagen. Mag die Begründung so gotteslammselig sein wie sie jedenfalls heilandjesusmäßig ist – es stimmt trotz alledem und allemal, daß, wer »solches tut, dem Herrn ein Greuel ist« (5. Mose 18, 12). Denn der materialistischen Dialektik geht's um Resultate, um nichts sonst, und schon gleich gar nicht hadert sie mit dem Wahnsinnsmotiv. Man muß kein guter Mensch sein, um Gutes zu tun, kein vernünftiger, um Vernunft zu beweisen. Und warum sollte diese wunderbare Gottesgabe PBC nach anderen Kriterien beurteilt werden als der unauswählbare Karl Held, dessen düstere Politprominenz aller Bierschwemme zum trotz ja gleichfalls durch wenig mehr als einen einzigen Satz erleuchtet und gerechtfertigt ist: »Wer wählt, ist Nationalist«? Wenn Deutsche wählen, dann ermächtigen sie ihren Souverän, zu quälen – darum PBC, zumindest solange, wie die Linken nicht ganz bei Trost sind.

Joachim Bruhn

Freiburg

Spätestens seit der Reaktion einiger Bundestagsabgeordneter, die nicht der PDS angehören, auf meine Äußerung, natürlich wolle ich PDS wählen, steht fest, daß ich PDS wählen werde. Natürlich. Die Herren, denen ich die Zementierung (bzw. Betonisierung) meiner Absicht verdanke, hatten – darin KONKRET ähnlich – gefragt, wie ich es mit den Wahlen halte, und meine Antwort entsetzte sie. Die PDS hätten sie hingehen lassen, aber das *natürlich* klang ihnen wie widernatürliche Unzucht. Dabei finde ich es natürlich, in der PDS nicht nur zu sein, sondern sie auch zu wählen. Es ließen sich weitere Gründe nennen, aber im Gespräch mit den MideBus kam ich über den ersten nicht hinaus. Ich hatte gemeint, es müßten Gysi und die PDS wieder in den Bundestag, damit der Zwischenruf vom linken Rand her nicht entfalle, das Widerwort von dort, wo die SPD endet und Entschiedenheit beginnt. Nein, vom Abscheu der Natur vor luftleeren Räumen sagte ich nichts, aber es genügte, daß ich meine Entscheidung *natürlich* nannte. Man hat mich, wie man ahnt, nicht ermordet; eingestimmt in diese Richtung schienen die Herren jedoch zu sein. Bis einer den eigentlichen Schuldigen an meinem rinderwahnsinnsnahen Zustand ausgemacht hatte: Nicht die Demosozis von der PDS hatten den Gysi aus der nichtigen Nichtheit ins Licht geholt, sondern die Medien mit ihrer Bundestags-Berichterstattung. Die Medien. M wie Medusa. Ohne deren versteinernden Blick, so hörte ich, wüßten die Leute doch kaum etwas von PDS und Gysi. Den Medien passe dieser schreckliche Verein ins Objektiv. Objektiv sei das nicht, sondern skandalös. – Selten begegnete ich einer so einhelligen, verständlichen, ja, natürlichen Wut, wie sie aus diesen Abgeordneten loderte. Und auch, weil ich mir derlei noch öfter gönne, wähle ich die PDS. Natürlich.

Hermann Kant

Berlin

In Deutschland, diesen Eindruck gewinnt man als Ausländer, scheint der Fußball die Politik zu ersetzen. Elf deutsche Jugendliche auf der Jagd nach einem schwarzen Lockenkopf, dieses Spiel ist längst aus den Stadien ausgebrochen, es ist dabei, die Städte zu erobern. Warum in dieser Situation, die anderswo die Ausrufung des Ausnahmezustandes nach sich gezogen hätte, Wahlen veranstaltet werden, darüber vermag ich nur zu spekulieren. Die nachstehenden Vorschläge sind jenen wahlbereiten Stimmbürgern zugeeignet, denen das Bild der Deutschen in der Welt am Herzen liegt:

1) Beteilige dich an den Wahlkämpfen vor den Asylantenheimen. Suche auch du dir ein Wahlziel aus.

2) Nähere dich dem Wahllokal mit ruhigem, festem Tritt.

3) Wenn du den Stimmzettel entgegennimmst, spuck dem Wahlleiter ins Gesicht. Die Wahlbehörde soll wissen, daß sie einem zu allem entschlossenen deutschen Wahlbürger gegenübersteht.

4) Übe dich im Ankreuzen von Listen. So brauchst du in der Wahlzelle nicht lange zu überlegen.

5) Vergiß das Wahlgeheimnis! Ein wahlbereiter Deutscher hat keine Geheimnisse vor seinesgleichen.

6) Bestehe darauf, daß der Wahlleiter deinen Stimmzettel abstempelt.

7) Vermeide Diskussionen. Du hast es nicht nötig, zu Argumenten Zuflucht zu nehmen!

8) Zertrümmere die Wahlurne, bevor du das Wahllokal verläßt! Damit dienst du der Transparenz.

10) Verwende gegen ausländische Journalisten nur leichte Schußwaffen.

11) Du wirst in jedem Fall wegen *begreiflicher Wahlbewegung* freigesprochen.

Erwin Riess

Wien/Österreich

Laune verdorben

KONKRET 6/94 Kleinanzeige der Initiative Sozialistisches Forum

Lieber Joachim Bruhn,

wie gern wäre ich im Juni ins sonnige Freiburg gefahren, um einige der netten Leute wieder zu sehen, die auf meiner letzten Veranstaltung diskutiert und getanzt haben, um mit Euch über Marxismus und Kunst zu diskutieren und dann mit dem Nachtzug durch das Land der Dancefloor-Stile zu reisen. Doch jetzt hat mir Eure Anzeige in KONKRET 6/94 so gründlich die Laune verdorben, daß ich lieber bei einer anderen Gelegenheit nochmal nach Freiburg komme. Geburtstagsfeiern, die den geladenen Gästen schon in der Einladung mit Unfreundlichkeiten begegnen, und sie vereinnahmend in unangenehme Zusammenhänge stellen, sind nicht mein Fall. Daß der Groove Eurer Anzeige einen recht verkrampften Frohsinn offenbart, wäre für mich kein Hindernisgrund, weil ich für die Marotten & Ticks von Individuen Verständnis habe, die unter beengten Bedingungen theoretische und praktische Kapitalismuskritik leisten wollen. Was ich, als ich seinerzeit zusagte, allerdings nicht wußte, war, daß sich die gesamte ISF »ein bissel« als Türcke-Fan-Club versteht. Es ist doch blöde, wenn man in der Polemik gegen antirassistische Moralisten, die es ja zweifellos gibt, in die Logik eines »Standpunktes« verfällt und sich »provokativ« als Parteigänger eines Theoretikers vorstellt, der nicht zuletzt deshalb rassistische Positionen affirmiert, weil er auch als Philosoph nichts taugt. »Wenn jemand«, sagt Brecht, »etwas behauptet, was nicht wahr ist, nur weil es sich reimt, so ist er ein Formalist«. Schade, wie gesagt, aber nicht alles, was das Papier aushält, halten auch die Leute aus.

Günther Jacob

Hamburg

Unhaltbar!

KONKRET 6/94 »Kahl macht ernst« von Ernst Kahl

So viele offene Fragen: Wer ist der Mann mit der Mütze? Ein Klansman vom KKK? Aber die tragen ja weiß. Der Linienrichter? Oder einer von Fred Leuchters Kollegen der Scharfrichterzunft? Und wer ist der mit der großen Halskrause? Warum trägt er sie? Ist es gar Berti und unter der Mütze gar kein Mann, sondern »Torwart-Frau Bianca Illgner, 32«?

Sag' es uns Ernst!

Stefanie Ulbricht

Bremen

Konkret 07/94, S. 9

Hermann L. Gremliza

The Party is over

Denn wak bei die Sozis ... Ick werde wahrscheinlich diese Pachtei wähln – es is so ein beruhjendes Jefiehl. Man tut wat for de Revolutzjon, aber man weeß janz jenau: mit diese Pachtei kommt se nich.

Was der »ältere, aber leicht besoffene Herr« da 1930 vor sich hin gesabbelt hat, ist von Kritikern der SPD gern als Satire zitiert und belacht worden. Erst heute, da es vorbei ist mit der Revolutzjon wie mit der Furcht vor ihr, könnte Tucholskys witzige Polemik als das verstanden werden, was sie immer war: die ganze Wahrheit über die Rolle der Sozialdemokratie im zwanzigsten Jahrhundert.

Ob in der Geste des Angreifers die letzten Verteidiger der Kapitalherrschaft, ob als beste deutsche Patridioten in der Maske vaterlandsloser Gesellen, ob als Sozialisten spielende Sozialhelfer – stets waren die Sozialdemokraten zu Diensten, wenn es galt, die Revolution zu kontern und die Bürgerordnung zu retten: theoretisch durch Revision der Marxschen Erkenntnisse, praktisch durch Bündnisse mit dem Kaiserreich und mit dessen Soldateska, durch Spaltung der Arbeiterbewegung und Verfolgung der Kommunisten (1918-1933, 1949-199?).

Der Bourgeois, der den Verrat zwar liebt, belohnte die Verräter mit Undank. Hochgeschätzt, wenn Kommunisten im Lande niederzumachen (Gustav Noske, Berufsverbote-Willy), die Herren jenseits von Mauer & Stacheldraht zum friedlichen Ausverkauf ihrer Existenz zu überreden oder Revolutionäre im Süden auseinanderzutreiben waren (CIAbert-Stiftung), wurden sie sogleich abgeräumt, wenn die rote Gefahr schwand (in den guten Jahren von Weimar wie in den Bonner 80ern), oder liquidiert, wenn sie zu groß wurde, um mit den sanften Mitteln der Sozialdemokratie bekämpft werden zu können (1933).

In den Siebzigern, als ihr Kanzler Schmidt den Landsleuten zurufen durfte »Deutsche, ihr könnt stolz sein auf dieses Land«, die prosperierenden Ökonomien des Ostens auf den Weltmarkt gelockt und die Befreiungsbewegungen in aller Welt domestiziert werden mußten, rief die Bürgerpresse geradezu ein »sozialdemokratisches Zeitalter« aus. Das Zeitalter wurde dann ziemlich genau zehn Jahre alt. Anfang der Achtziger waren die äußeren Gefahren abgewendet, zuhause stagnierte die Kapitalakkumulation, die SPD hatte ihre Schuldigkeit getan, die Schwarzen konnten übernehmen.

Das letzte Ende der Sozialdemokratie war gekommen, als die sozialistischen Staaten vor der Macht und Herrlichkeit des Kapitals kapituliert hatten. Nach dem äußeren Feind verschwand alle Furcht vor einem inneren. For diese Pachtei braucht man nischt zu tun, weil man weiß, ohne sie kommt die Revolutzjon och nich. Die Nominierung des Hohlkopfs Scharping ließ erkennen, daß auch seine Genossen begriffen hatten. Reminiszenzen an die jungsozialistische Vergangenheit des Kandidaten Schröder und der rothaarigen Heidi hätten nur gestört, was der Apparat, der ewig ist und den Sinn einer Einrichtung um Generationen überleben kann, nun zu leisten hatte: den Abschied von der Verbreitung des beruhjenden Jefiehls. Vom Sozialismus verabschiedet hatte die Partei sich 1875 in Gotha (und für die, die es nicht glauben wollten, im Sommer 1914), jetzt mußte sie sich von letzten Illusionen ihrer Wähler trennen, die zu Beginn das Proletariat waren und hießen, dann die Arbeitnehmer, und die nun als die kleinen Leute auf den Begriff für das gebracht scheinen, was sie sind: Objekte populistischer Politik.

Deren Inhalt ist, wie es Kischpreis-verdächtig die im selben Konzern wie dieser hergestellte »Wochenpost« formulierte, ein »Umbauprozeß der verkrusteten Absicherungsgesellschaft«, das heißt: rigorose Kürzung der Kinder-, Kranken-, Alters-, Wohnungs-, Arbeitslosengelder, Senkung der Löhne, Aufhebung der Rechte, Verträge und Regeln, die die abhängig Beschäftigten vor der Willkür der Kapitaleigner und ihres Personals schützen; und, weil das Armut, Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung produziert, die Aufrüstung des Polizeistaats sowie, zur Hebung der Stimmung wie des Exports, der Nation.

So zogen die Sozialdemokraten denn in den Wahlkampf mit dem Versprechen, am Sozialetat noch mehr zu sparen als die andern. In des Kanzlers »kollektiven Freizeitpark« riefen sie ein dreifach »Arbeit! Arbeit! Arbeit!«. Auf Plakaten, die aus Altbeständen Schönhubers hätten stammen können, verlangten sie »Die deutschen Interessen besser (zu) vertreten« und versprachen, als eine Partei »gegen die Mafia«, »Sicherheit statt Angst«. Ein Wahlwerbefilm im Fernsehen ging so: »Raubüberfälle: plus 95 Prozent. Immer mehr Menschen haben Angst. Es ist erschreckend. Organisiertes Verbrechen. Das wird immer schlimmer statt besser. Schluß damit. Sicherheit statt Angst. Deshalb schon am 12.Juni SPD.« Es war dies kein Solo durchgeknallter Werbefuzzis, die Vorgabe hatte der innenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion gemacht: »Deutschland ist unter die Räuber gefallen.«

Natürlich weiß dieser Sozialdemokrat, *daß* er lügt: Tatsächlich sind gerade die schwereren Delikte (Raub, schwerer Diebstahl und Mord) im vergangenen Jahr um 0,9 Prozent zurückgegangen. Noch besser weiß er, *warum* er lügt: Wenn die

Sozialpolitik der Partei vor dem Urteil der kleinen Leute nicht bestehen kann, muß ihre Innenpolitik das Vorurteil des Mobs hofieren.

Die SPD, vormals Klassen-, dann Volkspartei, ist eine populistische Partei geworden, und vielleicht sind manche der Stimmen, die Schönhuber, dem anderen »Populisten« (Peter Glotz), fehlten, für die Partei abgegeben worden, die deutsche Interessen noch besser zu vertreten versprach. »Rechts überholt« seien sie sich im Wahlkampf vergekommen, haben CDU-Politiker geklagt.

Und doch ist die Wahl zu etwas geworden, was die Journalisten wahlweise Debakel oder Desaster nannten. Sei es, daß noch nicht jeder Arbeiter sich mit seiner künftigen Rolle als kleiner Mann abgefunden hat, der weniger Geld und mehr Aufsicht braucht, sei es, daß die besseren unter den kleinen Leuten zu denen gegangen sind, die ein beruhjendet Jefiehl zu vermitteln vermögen, weil ihr Gerede sich noch nicht an der Bonner Regierungspraxis blamieren konnte. Wer grün wählt, darf das Gefühl haben, etwas zu tun für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft, für multikulturelle Völkerfreundschaft, gegen Rassismus, Ausbeutung und das Elend auf der Welt, aber janz jenau zu wissen: mit dieser Partei wird das alles nicht eine Mark vom Studienratsgehalt und keinen Quadratmeter von der 7-Zimmer-Altbauwohnung kosten.

Über die Lehren aus der Wahlniederlage streitet sich die SPD heftig herum. Bundesgeschäftsführer Verheugen hat versprochen: »Das Programm wird zugespitzt.« Fraktionschef Klose meint hingegen: »Die Botschaften müssen etwas stärker zugespitzt werden.« Der »Sozialexperte« Rudolf Dreßler aber verlangt: »Wir müssen die Themen zuspitzen.« Was wäre die Zuspitzung von »Sicherheit statt Angst«? Todesstrafe, ja bitte? Was die Zuspitzung von »Arbeit! Arbeit! Arbeit!«? Was die Zuspitzung von »Deutsche Interessen besser vertreten«? Deutschland zuerst? Deutschland den Deutschen?

Vor zehn Jahren wäre das Polemik gewesen. Aber in der Hitliste der Länder, die 1993 die meisten Asylbewerber abgeschoben haben, führt Nordrhein-Westfalen vor Baden-Württemberg, Niedersachsen, Brandenburg und Bayern. Auf den ersten vier Plätzen drei von der SPD regierte Länder und ein von CDU und SPD regiertes. Womit nicht gesagt sein soll, daß etwa Niedersachsens Ministerpräsident Schröder ein Ausländerfeind ist. Im Gegenteil: Für das Recht des Ignacio López auf Aufenthalt und Arbeit würde er kämpfen bis zum Umfallen.

Konkret 07/94, S. 10

Herrschaftszeiten

Heim ins Reich

Bis in die siebziger Jahre hatte es gebraucht, die Deutschen zum verbalen Verzicht auf Revanche zu überreden und sie zu Ortsbezeichnungen wie »Kaliningrad« mit dem Zusatz »das ehemalige Königsberg« zu verpflichten. Jetzt sind sie mit der »Bild-Zeitung« auf dem Weg zurück nach »Königsberg (das heutige Kaliningrad)«, wo »mit Hilfe des Deutschen Zentrums für Handwerk und Denkmalpflege die Domruine vor dem weiteren Verfall bewahrt« wird. Die »Rettung für den Dom« darf 500 Millionen Mark kosten. Warum, das erklärt die »Frankfurter Allgemeine« anläßlich der Besprechung eines Buchs aus dem auf NS-Nostalgie spezialisierten Verlag Langen-Müller. Das Buch trägt den Titel *Die Königsberg-Papiere*, die Rezension den Untertitel »Königsberg unter sowjetischer Besatzung«. Wie Kaliningrad wieder ein deutsches Königsberg werden soll, dafür haben sich Rezensent und Autor eine feine Taktik ausgedacht:

Ob hier nicht dereinst das weitverstreute Deutschtum im Osten eine exterritoriale Idylle finden, eine vaterlandslose Gesellschaft gründen könnte, verschwistert mit russischen Neueinwohnern, wohlbalanciert zwischen den alten Anrainern Polen, Litauen, Weißrußland? Die Autoren begrüßen diese von patenten Männern propagierte »Ostseerepublik« als umgekehrte Vertreibung. Denn mittlerweile ist das russifizierte Ostpreußen eine Enklave geworden. Seine Versorgungswege zu den Moskowitern führen durch das mißgünstige Litauen und Weißrußland. Wenn es vernünftig zuginge, würden sich die Deutschstämmigen Rußlands und die Russen auf exdeutscher Scholle assoziieren zu einem gedeihlichen Handelsplatz an der Ost-West-Scheide.

Erinnert ein bißchen an einen Gründungsaufruf für Jugoslawien, den vernünftigen Vielvölkerstaat an der Ost-West-Scheide. Und wie man den richtig auflöst, weiß keiner besser als die »FAZ«.

Zivilisation 1

ERICH BEI 800 GRAD VERBRANNT

Asche zu Asche ... In der Gluthölle von 800 Grad wurde Erich Honecker in Santiago 75 Minuten lang eingeäschert. Zuvor wurden ihm noch einmal die Fingerabdrücke abgenommen.

Wo kommt Erich unter die Erde? Ein Sprecher des Berliner Bezirksamts: »Auf jeden Fall nicht an der Seite der Sozialisten Liebknecht, Rosa Luxemburg oder Walter Ulbricht.« Die Gedenkstätte in Friedrichsfelde sei schon voll.

Meldung im Videotext von SAT.1 (verantwortlich laut Impressum ein Peter Knoll und eine Brigitte Tomalik)

Zivilisation 2

HONECKERS BÖSES HERZ BLIEB STEHEN

Wie stirbt man mit Leberkrebs? ... Müssen wir noch zahlen? ... Unbelehrbar bis zum Tod ... Ein altes graues Herz hat zuckend aufgehört zu schlagen ... Er wird heute in Chile verbrannt. Asche zu Asche.

»Bild« am 30. Mai

HONECKER-ASCHE: WIR WOLLEN SIE NICHT

Die Asche des toten Ex-DDR-Staatschefs Erich Honecker soll auf keinen Fall in Deutschland bestattet werden! Das haben die »Bild«-Leser im großen TED entschieden. Sensationelle 53.318 (!) Anrufe wurden gezählt. 92 % aller Anrufer waren strikt gegen eine Überführung der Honecker-Asche nach Deutschland.

HONECKER-ASCHE: VERSTREUT SIE IN DIE WÜSTE GOBI

Das sagen die »Bild«-Leser: Heinz Cordes (68): »Am besten wäre es, man würde ihn irgendwo auf der Welt anonym verscharren.«»Bild« am 1. Juni

Zivilisation 3

Für mich war Honecker weitgehend der Henker seines Volkes.

Alfred Grosser, französischer Politologe, über 16 Millionen weitgehend exekutierte DDR-Bürger

Zivilisation 4

Mit der Bildung als saarländischer Dachdeckergeselle und Absolvent einer Moskauer Parteihochschule konnte man beim besten Willen keinen Industriestaat regieren.

Heinz Knobloch, studierter DDR-Journalist

Zivilisation 5

Dieser spießige machtbesoffene Seelenkrüppel ... Honecker lebt weiter im Gebrüll der Neofaschisten ..., in allen Farben der Fremdenfeindlichkeit ... Dieser analphabetische Dachdecker ... besaß auch nicht die menschliche Größe, sich zu schämen, denn er war starr, stur, stumpfsinnig ... Nun ist dieser verdorbene Kommunist tot ... Ich werde nach dem Kadaver in Chile nicht treten.

Wolf Biermann, Träger des Büchner-, Hölderlin-, Hei-ne-, Kleist-Preises sowie anderer hoher Orden und Ehrenzeichen, in der Zeitung der Deutschen Bank

Unerhört

Italiens neuer Premier Berlusconi hat gesagt: »In keinem Land der Welt gibt es ein Beispiel, wo das staatliche Fernsehen in seiner Generallinie gegen die Regierung eingestellt ist. Die Struktur muß so verändert werden, daß derlei Abnormitäten nicht mehr vorkommen können.« Alle liberalen Journalisten haben sich darüber furchtbar aufgeregt. Aber ein staatliches Fernsehen, das in seiner Generallinie gegen die Regierung eingestellt ist, gibt es tatsächlich nirgends. Nicht einmal in Italien.

Karriere

Geboren 1944 in Texas. Absolvent der Marine-Akademie Annapolis. Oberstleutnant einer Kampfeinheit in Vietnam. Mitarbeiter des nationalen Sicherheitsrats unter Präsident Reagan. Waffenlieferant an den Iran. Financier der nicaraguanischen Contra-Banditen. Angeklagt der Verschwörung, der Unterschlagung von 14 Millionen Dollar und des Meineids. Verurteilt zu drei Jahren auf Bewährung, 150.000 Dollar Geldstrafe und 1.200 Stunden Sozialarbeit. Miet-Redner für 25.000 Dollar pro Auftritt. Handel mit kugelsicheren Westen. Aufhebung des Urteils. Buchautor, erfolgreich mit dem Geständnis, Reagan habe von Anfang an alles über Irangate gewußt und gebilligt. Anfang Juni 1994 Kandidat der Republikaner von Virginia für den US-Senat.

Frieden

Die Uno-Organisation für Entwicklung (UNDP) notiert in ihrem Jahresbericht, daß die fünf Ständigen Mitglieder des Uno-Sicherheitsrats (Rußland, USA, Frankreich, China und Großbritannien) zugleich die fünf größten Exporteure konventioneller Rüstung sind. Deutschlands Bewerbung um einen sechsten Platz (im Sicherheitsrat) scheint dem Versuch zu gelten, Chanchengleichheit beim Waffenexport herzustellen.

Freundschaft

Ebenfalls im Jahresbericht der UNDP heißt es, daß die Staaten Afghanistan und Angola unmittelbar vor dem gänzlichen Zusammenbruch stehen. Wenn sie jetzt das Geld bekämen, das die westliche Welt für die Befreiung der beiden Länder vom Kommunismus ausgegeben hat, könnten sie zwischen die Staaten mit dem höchsten Lebensstandard (Kanada, Schweiz, Japan, Schweden, Norwegen, Frankreich, Australien, Niederlande, Großbritannien) und Deutschland aufrücken, das wegen der geringen Lebenserwartung seiner Bürger (75,6 Jahre, drei Jahre weniger als Japan) auf Platz elf der Wohlstandsskala abgerutscht ist.

Warum nur, warum...

... sind wir Deutschen nicht überall so beliebt wie bei uns? Die deutsche Botschaft in Washington wollte es wissen und beauftragte das »Center for Media and Public Affairs«, das Bild Deutschlands im US-Fernsehen zu untersuchen. Dabei kam heraus:

Erstens sei das Interesse an und damit Nachrichten über Deutschland sehr zurückgegangen, bei den drei großen Stationen von 1990 bis 1993 auf ein Drittel.

Zweitens beträfen die meisten Nachrichten die Wirkungen, die Vorgänge in den USA bei den Deutschen hätten; die Meldungen stammten deswegen größtenteils von US-Journalisten, weshalb nur zwei Fünftel der in Meldungen über Deutschland Zitierten Deutsche seien.

Drittens seien die meisten Berichte negativ: 78 Prozent aller Nachrichten über Deutschland, 100 Prozent der Nachrichten über die Regierung, 100 Prozent der Nachrichten über die Pharmaindustrie und 80 Prozent der Nachrichten über die ökonomische Lage.Und viertens beeinflusse das Erbe des Nationalsozialismus weiterhin Auswahl und Präsentation der Nachrichten über Deutschland und die Deutschen. In den im Untersuchungszeitraum gesendeten Meldungen kamen Neonazis häufiger zu Wort als Regierungsvertreter.

»Im April und Mai wird gesät und gesteckt, und im Sommer und im Herbst wird geerntet«

Helmut Kohl als Chancellor im »Wahlstudio der ARD«

»Im April und Mai wird gesät und gesteckt, und im Sommer und im Herbst wird geerntet«

Peter Sellers als Chance in »Wellcome Mr. Chance«

Konkret 07/94, S. 12

Eike Geisel

Runder Tisch mit Eichmann

Über den kleinen Unterschied zwischen dem »anderen Deutschland« und der zivilisierten Welt

Die Entdeckung des Jahres ist der »gute Nazi«. Bis vor kurzem war diese Formel als Verdikt im Gebrauch. Bezeichnet wurde damit das besonders rührige Mitglied einer kriminellen Vereinigung. Seit Oskar Schindler – außen Nazi, innen gut – weiß man es besser. Und dieser Einzelfall hat Appetit auf mehr gemacht. Nach dem Deutschen, der gut sein konnte, weil er besser verdiente, sollen nun aus besonderem Anlaß jene Deutschen gefeiert werden, die ein weiches Herz hatten, das unter einem Eisernen Kreuz schlug. Jetzt steckt man Schindler in Uniform und läßt ihn in Kompagniestärke zum 50. Jahrestag der Offiziersrevolte gegen Hitler als Repräsentanten des »anderen Deutschland« antreten.

Mit den jährlichen offiziellen Feiern zum 20. Juli war man bislang nicht besonders erfolgreich gewesen. Und Generationen von Schülern der Bundesrepublik gähnten an diesem Tag, wenn ihre Geschichtslehrer den Versuch unternahmen, ihnen die Militärs des 20. Juli pädagogisch schmackhaft zu machen. Man sollte sie schätzen lernen als eine Art Johanniter-Unfallhilfe, als Vorläufer eines Kirchentagspräsidiums oder als frühe Kinkel-Initiative, weil es den Verschwörern schon damals hauptsächlich um das Ansehen Deutschlands ging. Doch daß die Naziarmee keine Verbrecherbande, sondern ein Verein zur Veranstaltung von Abenteuerreisen gewesen war, das glaubte allenfalls noch die Bundeswehr. Selbst ein CDU-Politiker gelangte trotz der jährlichen patriotischen Pflichtübung einmal zu der kurzlebigen Einsicht, daß Auschwitz nur solange funktionierte, wie die Wehrmacht dafür die logistischen Hilfsdienste leistete.

Die Schüler begriffen nur, daß Aufstand in Deutschland eine ziemlich verschlafene Angelegenheit sein mußte, wenn die endlosen Debatten und Denkschriften der Verschwörer ein »Aufstand des Gewissens« sein sollten. An diesem besonderen Tag wurde man als Jugendlicher regelmäßig mit Gewissenskonflikten von Leuten gelangweilt, die sich endlos damit abgequält hatten, ob sie Hochverrat üben, ihren Eid brechen oder Tyrannenmord begehen dürften. Andererseits hatten sie keine sichtbaren Probleme damit gehabt, halb Europa in Schutt und Asche legen und Millionen von Menschen umbringen zu lassen. Daß ausgewiesene Zerstörungs- und Vernichtungsexperten in genau dem Augenblick, als die Firma pleite ging und sie den Chef loswerden wollten, sich als absolute Dilettanten erwiesen, das konnte keinen nachhaltigen Eindruck bei jungen Leuten hinterlassen, die im Unterricht etwas über Julius Cäsar, Ludwig XVI. oder den Zaren erfahren hatten.

Mit vielen anderen, die die Erinnerung an den 20. Juli für einen nationalpädagogischen Auftrag halten, bedauert Gräfin Dönhoff seit Jahren, »daß der 20. Juli 1944, der als moralisch-politische Tat weit herausragt aus der deutschen Geschichte, nie wirklich in das Bewußtsein eingegangen ist«. Mehr noch als heimisches Desinteresse macht sie dafür die westlichen Alliierten verantwortlich, denen sie bis heute nicht verziehen hat, daß diese die Militärs damals nicht als gleichberechtigtes Gegenüber, sondern als politische Bankrotteure betrachteten. »Im Ausland aber wurde die Existenz eines deutschen Widerstands von den Alliierten wider besseres Wissen geleugnet«, heißt es in ihrem gerade erschienenen Jubiläumsbuch *Um der Ehre willen.*

Für ganz besonders ehrabschneiderisch hält sie eine Erklärung Churchills, der damals im britischen Unterhaus gesagt hatte, bei den Vorgängen des 20. Juli 1944 handle es sich »um Ausrottungskämpfe unter den Würdenträgern des Dritten Reiches«. Mit Sicherheit irrte der Premier nicht darin, daß er von den Würdenträgern Deutschlands sprach. Am meisten aber nimmt Gräfin Dönhoff den Engländern noch heute übel, was schon die Militärs 1944 mehr umgetrieben hatte als der organisierte Massenmord: »Vermutlich wollte Churchill nicht nur Hitler erledigen, sondern ein für allemal die Macht der Deutschen brechen.« Gräfin Dönhoff wird Trost bei dem Gedanken finden, daß wie zur Rache für jene vernünftige Absicht die »Ehre« der Verschwörer nun wiederhergestellt ist, indem deren Vorstellung von einem vereinten Europa unter deutscher Vorherrschaft endlich verwirklicht scheint.

Seit der Wiedervereinigung und seit insbesondere auch die ehemaligen Friedensfreunde heftig nach dem ersten Großeinsatz der Armee rufen, ist das Bedürfnis gewachsen, auch an dieser Front die Geschichte zu entsorgen. Jetzt kommen wieder die psychologischen Ladenhüter des deutschen Landsers zu Ehren, der sich, je weniger er es selbst glaubte, desto heftiger einreden mußte, daß er anständig geblieben sei. »Das ist die einzige Lebensform, in der man noch mit einigem Anstand existieren kann«, kolportiert zustimmend Gräfin Dönhoff die Auskunft des Mitverschwörers Schulenburg, der, ehe er 1941 mit einigem Anstand seinem Kriegstagebuch anvertraute, der Überfall auf die Sowjetunion sei ein »Auftrag des Schicksals«, 1932 in die NSDAP eingetreten war.

Auch die Rechtsradikalen wollen bei dieser Generalüberholung nicht abseits stehen. Galten ihnen bislang die Verschwörer, die den Mut für das Attentat aufbrachten und mit dem Leben dafür bezahlten, alle samt und sonders als Verräter, so verleihen sie ihnen nun, im Einklang mit dem Bedürfnis nach einer gemeinsamen Nationalerinnerung, posthum den Ehrentitel von »Reformnationalsozialisten«. Wolfgang Venohr, ehemals Chefredakteur von »Stern TV«, auf seine alten Tage vom jungen Hitler begeistert, erklärte angelegentlich seiner eben erschienenen Rehabilitierungsschrift *Patrioten gegen Hitler*, warum der Widerstand eine Notwehrmaßnahme war, mit welcher der Nationalsozialismus gerettet werden

sollte. Über die nun ehrenvollen Motive der Verschwörer, die nur Hitler vor Hitler schützen wollten, sagt Venohr: »Hitler hatte in ihren Augen sein eigenes Credo verraten, als er vom Nationalisten zum Imperialisten denaturierte. Die Grundidee des nationalen Sozialismus bekämpften die jungen Aktivisten des Widerstands mitnichten. ... Man könnte sagen: Sie erstrebten einen nationalen deutschen Sozialismus mit menschlichem Antlitz.«

Wie auch immer begründet, würde Gräfin Dönhoff dagegen einwenden, »entscheidend war nur, ob der Betreffende für oder gegen Adolf Hitler war. Ob er dies als Monarchist, Sozialist oder aufgeklärter Konservativer war, das interessiert niemanden, jedenfalls nicht in der frühen Phase.« In der etwas späteren Phase wird man aber vielleicht nachfragen müssen, ob in diesem pluralistischen Panorama nicht eine Farbe fehlt. Wenn schon alle in einen Topf geworfen werden, dann sollte man den Antisemitismus als würzende Zutat nicht vergessen. Er hat dem Verschwörerkreis nämlich genau jenes Aroma verliehen, das Hannah Arendt 1963 in einem Brief an Karl Jaspers folgendermaßen beschrieben hat: »Was ich meine, ist, daß jeder, der politisch auftrat, auch wenn er dagegen war, auch wenn er im geheimen ein Attentat vorbereitete, in Wort und Tat von der Seuche angesteckt war. In diesem Sinn war die Demoralisation komplett.«

Die Verschwörer des 20. Juli dürfen Reaktionäre oder Reformer, Nazis, Parafaschisten oder Christen gewesen sein, aber von ihrem antijüdischen Einverständnis soll nicht die Rede sein. Selbst der renommierte Historiker Hans Mommsen wiedersteht in seinem immer wieder aufgelegten und überarbeiteten Essay über »Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstands« erfolgreich der Versuchung, auch nur andeutungsweise diesen politischen Charakterzug der ganzen Verschwörung zu erwähnen. Einzig die akademische Garde, die der Ullstein-Verlag jüngst mit der Rettung der Nation durch Rainer Zitelmann und den Sammelband *Für Deutschland* beauftragt hat, zeigt keine Scheu, die antisemitische Grundausstattung vieler Akteure des 20. Juli offenzulegen: »Dem Gedanken, die Juden aus ihrer teilweise beherrschenden Stellung im Zeitungs- und Theaterwesen zurückzudrängen, stimmten die Stauffenbergs zu.« Gelegentlich aber sind die Autoren sogar selber ratlos angesichts der Weiterungen derartiger Kavaliersdelikte und »müssen zugeben, daß wir es nicht wissen«, warum General Stülpnagel ein Schreiben des Oberkommandos in Rußland unterzeichnete, in welchem ein »vermehrter Kampf gegen das Judentum« gefordert wurde, oder warum er verlangte, »bei Notwendigkeit raschen Zugriffs besonders (auf) die jüdischen Komsomolzen als Träger der Sabotage und Bandenbildung« zurückzugreifen. Derlei darf das offizielle Gedenken nicht belasten, denn die Offiziere des 20. Juli sollen ein moralisches Bindeglied der neuen Großmacht zu ihrer eigenen Vergangenheit sein. Traditionsbewußt, allerdings etwas vorlaut, hat sich dabei neulich das Wachbataillon der Bundeswehrhervorgetan, indem einige seiner Angehörigen zur Ausführung eines inneren Tagesbefehls schritten und »Juden raus!« grölten.

Bei der Gedenkfeier zur 50jährigen Wiederkehr des Attentats könnten sie durchaus unter dieser Parole antreten, denn das »andere Deutschland«, das hier gefeiert werden soll, war, wie Hannah Arendt schrieb, »noch durch einen Abgrund von der zivilisierten Welt getrennt«. Soll heißen, die Protagonisten des 20. Juli hätten sich mit Eichmann durchaus an einem Runden Tisch zur Judenfrage zusammensetzen können, denn auch sie wollten eine Lösung der Judenfrage, eine »Dauerlösung«. Bei diesem Treffen hätten sie Eichmann dann versichert, sie »hätten die Rassengrundsätze des Nationalsozialismus an sich bejaht, hätten sie aber für überspitzt und übersteigert gehalten« (so ein Bruder des Attentäters beim Verhör durch die Gestapo, s. den »Tigersprung« in diesem Heft, S. 15). Diese Einschränkung allerdings hätte Eichmann weniger interessiert als die Durchführungsbestimmungen, die von der präsumptiven Regierung vorgesehen waren. Denn hier hätte er sich wieder auf vertrautem Terrain befunden. »Ich komme immer noch in die alte Tour«, wird er später in Jerusalem sagen, wo ihm vorgehalten wurde, er rede immer noch wie ein waschechter Nazi.

Genau diese »alte Tour« aber war von den Verschwörern gefragt. Vertraut gewesen wäre Eichmann nicht nur der Ton der Gruppe (»Daß das jüdische Volk einer anderen Rasse angehört, ist eine Binsenweisheit«), sondern auch deren Vorstellung, die Juden in Kanada oder Südamerika anzusiedeln. Das war nichts anderes als eine Reprise des »Madagaskar-Projekts«, mit dem sich Eichmann 1940 beschäftigt hatte, als er mit der Austreibung der Juden aus Deutschland und Österreich nicht mehr so richtig vorankam. Eichmann jagte, wie er später nicht ohne Stolz bekannte, die Juden aus Sympathie für den Zionismus aus dem Deutschen Reich hinaus. Von ähnlicher Zuneigung war die Absicht der Verschwörer durchdrungen, im Fall der Putsch gelänge, die Juden nach Übersee zu verfrachten, denn die Welt käme nicht eher zur Ruhe, so ihre Auffassung, bis nicht eine globale »Neuordnung der Stellung der Juden« erreicht sei.

Alte Bekannte wären für Eichmann auch die juristischen Maßnahmen zur Ausgrenzung von Juden im Innern gewesen. Eingedenk der von vielen Veschwörern geteilten Auffassung, daß – so ein Stauffenberg-Bruder im Verhör – »die Grundideen des Nationalsozialismus ... in der Durchführung fast alle in ihr Gegenteil verkehrt worden (sind)«, besann man sich auf eine nationalsozialistische Grundidee, auf einen Passus des sogenannten 25-Punkte-Programms der frühen NSDAP, in dem einigen »Verdienstjuden«, wie sie später hießen, die Möglichkeit eingeräumt wurde, deutsche Staatsangehörige zu werden. Goerdeler, dessen Handschrift alle diese 1942 formulierten und noch in der Todeszelle bekräftigten Verwaltungsbestimmungen tragen, brauchte nur bei sich selbst abzuschreiben: Im Sommer 1934, damals noch Oberbürgermeister von Leipzig, hatte er sich in einer Denkschrift für eine »Konsolidierung der deutschen Rassepolitik« eingesetzt. Diese müsse sich, hatte er damals ausgeführt, »unter eiserner Disziplin und unter Vermeidung von Ausartungen

und Kleinlichkeiten vollziehen«. Um Schlimmeres, nämlich die unkontrollierten Übergriffe, zu verhindern, hatte er damals für Schlimmeres plädiert: ein Sonderrecht für Juden, das die Nazis dann auch zügig verwirklichten. Diese einfühlsame Voraussicht auf die bürokratisch-legalistischen Bedürfnisse der Nazis ist als »Versuch der Durchsetzung einer alternativen Politik« in den Titel einer neueren wissenschaftlichen Untersuchung eingegangen.

Eichmann hätte den Verschwörern, die er natürlich alle für Lumpen hielt, aus eigener Erfahrung bestätigen können, was die Gestapo im Verhörprotokoll mit Geringschätzung vermerkt hatte, nämlich daß sie in ihrer »Einstellung zur Rassenfrage ... auch nicht über einen einzigen neuen fruchtbaren und konstruktiven Gedanken verfügten«. Neu war keiner der Gedanken, die der als Reichskanzler vorgesehene Goerdeler in seiner Denkschrift »Das Ziel« für die Verschwörergruppe formuliert hatte. Neu und nun wirklich originell war freilich, daß die Verschwörer sich Maßnahmen zur Sonderbehandlung von Juden ausdachten, die schon sonderbehandelt, nämlich ermordet waren.

Heute ist deshalb nicht die Tatsache der Skandal, daß ein Angehöriger der Familie Stauffenberg damit droht, die Gedenkstätte in Berlin wie die Feierlichkeiten zu boykottieren, wenn dort, wie ihm Venohr souffliert, die »Patrioten des 20. Juli mit Landesverrätern moralisch auf eine Stufe gestellt (werden)«, wenn dort also auch antifaschistischer Widerstandskämpfer gedacht werden sollte. Er hat mit seinem Protest völlig recht. Denn die Kommunisten hätten, wäre der unwahrscheinliche Fall einer Revolution gegen die Nazis eingetreten, seinen Vater wie alle anderen Militärs zum Teufel gejagt – im besten Fall. Selbst Sozialdemokraten fanden damals noch angemessene Worte, die ihnen wenig später recht peinlich waren. In einer New Yorker Emigrantenzeitung schrieb Friedrich Stampfer wenige Wochen nach dem mißglückten Attentat: »Nicht nur die Revolution, auch die Konterrevolution frißt ihre eigenen Kinder. Es ist immerhin ein Fortschritt, daß die Galgen schon stehen. Man wird sie noch brauchen.«

Man brauchte sie bekanntlich nicht. In Deutschland war es nicht einmal nötig, »die wirklich Schuldigen vor dem Zorn der Leute zu schützen«, wie Hannah Arendt 1950 in einem Bericht über die Nachwirkungen der Naziherrschaft notierte. »Diesen Zorn gibt es nämlich heute gar nicht, und offensichtlich war er auch nie vorhanden.« Zu dieser Zeit hatten die Sozialdemokraten das Wirtschaftswunder noch vor, ein anderes Wunder aber bereits hinter sich, nämlich »das eine große Wunder, daß nach zwölf Jahren Diktatur noch so viele Menschen anständig geblieben sind« (Kurt Schumacher 1946).

Der Skandal heute besteht darin, daß die Reste der antifaschistischen Linken nicht auf dem Riß beharren, der durch die Geschichte geht. Auch sie wollen heim ins Reich, wenigstens ins Reich der Erinnerung.

Eike Geisel schrieb in KONKRET 1/94 über den Streit um die Holocaust-Museen in den USA

Konkret 07/94, S. 15

Tigersprung

Ernst Kaltenbrunner

»Anhänger des Führers«

Sehr geehrter Parteigenosse BORMANN! Anliegend übersende ich Ihnen einen Sonderbericht über die Stellung der Verschwörer zum Nationalsozialismus und zur NSDAP.

. . .

Eine große Zahl der Vernommenen erklärt, daß sie sich mit den Zielen der NSDAP im Jahre 1933 zum größten Teil einverstanden erklärt hätten. So sagt zum Beispiel Berthold Graf STAUFFENBERG: »Auf innerpolitischem Gebiet hatten wir die Grundideen des Nationalsozialismus zum größten Teil durchaus bejaht: Der Gedanke des Führertums, der selbstverantwortlichen und sachverständigen Führung, verbunden mit dem einer gesunden Rangordnung und dem der Volksgemeinschaft, der Grundsatz >Gemeinnutz geht vor Eigennutz< und der Kampf gegen die Korruption, die Betonung des Bäuerlichen und der Kampf gegen den Geist der Großstädte, der Rassegedanke und der Wille zu einer neuen, deutsch bestimmten Rechtsordnung erschien uns gesund und zukunftsträchtig.«

Ähnlich heißt es in der Vernehmung von POPITZ: »Ich bejahe in jeder Weise den nationalsozialistischen Staat und sehe in ihm die geschichtliche Notwendigkeit gegenüber dem Internationalismus und der Verjudung der Systemzeit und gegenüber den unerträglichen Krisen der parlamentarischen Parteien, das deutsche Volk in seinen gesamten nationalen Grenzen zu einen und es so zu regieren, wie es nach seiner geographischen Lage allein regiert werden kann....«

Graf HELLDORN sagte: »Meine persönliche Auffassung geht heute wie immer dahin, daß ich den Nationalsozialismus, so wie er in den Kampfjahren von uns aufgefaßt und gelehrt wurde, bejahe.«

GOERDELER: >>Die wesentlichen Grundsätze der Partei: Das Vaterland über alles, Lauterkeit der Amtsführung, Sauberkeit der Verwaltung, Gemeinnutz vor Eigennutz und soziale Gerechtigkeit waren Forderungen, die mir schon im Elternhaus vorgelebt waren. «

Nikolaus Graf ÜXKÜLL: »Ich war nach der Machtergreifung ein ausgesprochener Anhänger des Führers und war auch der Überzeugung, daß er uns zu großen Zielen führen werde. Ich sah daher hinweg über manche Begleiterscheinungen, die ich im Dritten Reich feststellen mußte und die meiner Überzeugung nicht entsprachen. Ich sagte mir, wo Holz gefällt wird, fliegen Späne.«

Ähnliche Erklärungen haben zahlreiche andere Personen, die im Zusammenhang mit dem 20. 7. festgenommen worden sind, abgegeben.

Kritik an der Durchführung des Programms

Die gleichen Personen behaupten vielfach, daß sie bei grundsätzlicher Zustimmung zu den Hauptzielen der NSDAP allmählich durch die praktische Durchführung in ihrer zustimmenden Haltung schwankend geworden seien. So sagt Graf HELLDORF: »Das, was sich mir heute aber als Verwirklichung des Nationalsozialismus darstellt, kann ich nicht mehr gutheißen.«

Berthold Graf STAUFFENBERG: »Die Grundideen des Nationalsozialismus sind aber in der Durchführung durch das Regime fast alle in ihr Gegenteil verkehrt worden.« GOERDELER: »Mit manchen meiner alten Mitarbeiter sah ich allmählich dunkle Flecken in einer in sich geschlossenen Weltanschauung sich entwickeln.«

GUTTENBERG: »Dem Nationalsozialismus stehe ich als Idee und Programm ohne Ablehnung gegenüber, glaube aber, daß innerhalb der Partei Strömungen und Gedankengänge vertreten werden, die es mir bis jetzt nicht möglich gemacht haben, aus voller Überzeugung der Partei beizutreten. «

Anknüpfung an nationalsozialistische Grundsätze

Bei dieser Einstellung einzelner Beteiligter ist es immer wieder auffällig, daß gewisse Grundgedanken des Nationalsozialismus von den Verschwörern ohne weiteres übernommen werden. Des öfteren wird ausdrücklich erklärt, daß es in der Entwicklung ein Zurück nicht gibt, so daß selbst die Verschwörer, die vom Gedankenkreis der Reaktion ausgehen, über die innere Notwendigkeit und Lebenskraft der nationalsozialistischen Idee nicht weiterkommen. Aus der Bejahung des Programms und der Kritik an der Durchführung des Programms ergibt sich zuweilen eine Auffassung, als müsse der wirkliche Nationalsozialismus durch die Verschwörer verteidigt werden. So sagt zum Beispiel in sehr kennzeichnender

Formulierung der Graf Nikolaus ÜXKÜLL: »Erste Leitlinie sollte sein: Sauberkeit und Rechtlichkeit. Als Stichwort fiel ferner das Wort >deutscher Sozialismus< Damit sollte zum Ausdruck gebracht werden, daß das Gedankengut des Nationalsozialismus in weitestgehendem Umfange übernommen werden sollte, ja, daß dieses zum Teil überhaupt erst zur Einführung gelangen sollte. Dagegen sollte scharf gegen Auswüchse und Abweichungen von diesem Gedankengut Stellung genommen werden, die sich im heutigen Regime zum Teil infolge Verhaltens bestimmter Persönlichkeiten, teils infolge der Macht der Umstände ergeben hatten.« ... BECK war der Auffassung, daß die Vitalität des nationalsozialistischen Staates dazu treibe, Fragen vorzeitig und überstürzt in Angriff zu nehmen. Die gesamten innerpolitischen Maßnahmen, insbesondere in der Juden- und Kirchenfrage, seien zu jäh und übereilt durchgeführt worden.

Einstellung zur Rassenfrage

Diese Auffassung wird immer wieder deutlich in der Einstellung zur Rassenfrage. ÜXKÜLL bemerkt hierzu über die Pläne der Verschwörer: »Am Rassegedanken sollte festgehalten werden, soweit dies möglich war.«

An der Umsetzung des Rassegedankens, wie sie in der Vorkriegszeit geschah, wurde viel Kritik geübt. Man war der Meinung, daß die Enteignung der Juden in einer für Deutschland »würdigeren« Form hätte vorgenommen werden können. POPITZ sagt darüber: »In der Judenfrage war ich als recht eingehender Kenner der Zustände in der Systemzeit durchaus der Auffassung, daß die Juden aus dem Staats- und Wirtschaftsleben verschwinden müßten. In der Methode habe ich mehrfach ein etwas allmählicheres Vorgehen empfohlen, insbesondere aus Rücksichten der äußeren Politik.« ...

Graf LEHNDORFF erklärt, »er sei zwar Judengegner, habe aber trotzdem die nationalsozialistische Auffassung von der Rasse nie ganz gebilligt, insbesondere aber nicht ihre praktische Durchführung«.

Alexander Graf STAUFFENBERG äußert, »er sei der Meinung, daß die Judenfrage in weniger krasser Form hätte durchgeführt werden sollen, weil dadurch weniger Unruhe in die Bevölkerung hineingetragen worden wäre«. Ähnlich bemerkt Berthold Graf STAUFFENBERG: »Er und sein Bruder hätten die Rassengrundsätze des Nationalsozialismus an sich bejaht, hätten sie aber für überspitzt und übersteigert gehalten.«

Als Beweis für die Inkonsequenz des Nationalsozialismus auf dem Gebiet der Rassenpolitik führt Berthold Graf STAUFFENBERG das Bündnis mit Japan, den Kampf gegen England und die Hereinnahme der ausländischen Arbeiter an. Hierzu heißt es in der Vernehmung: »Der Rassegedanke ist in diesem Krieg aufs schwerste verraten worden, indem gerade das rassisch beste deutsche Blut unwiederbringlich hingeopfert wird, während gleichzeitig Deutschland durch Millionen fremder Arbeiter bevölkert ist, die sicher nicht als rassisch hochwertig zu bezeichnen sind.«

Die Denkschrift KAISERS »Das Ziel« (ihr Verfasser war Goerdeler, d. Red.) *macht sich zwar die Auffassung zu eigen, daß »das jüdische Volk einer anderen Rasse angehört« und daß deshalb nicht eher Ruhe in der Welt eintreten werde, bis eine Neuordnung der Stellung der Juden in der ganzen Welt durchgeführt sei. KAISER schlägt die Ansiedlung der Juden in Kanada oder Südamerika vor....*

(aus dem Bericht des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Ernst Kaltenbrunner, an den Leiter der Parteikanzlei, Martin Bormann, vom 16. Oktober 1944; abgedruckt in: »Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt«, hrsg. v. Hans-Adolf Jacobsen, Bd.I, Stuttgart 1989, S. 447ff.)

Konkret 07/94, S. 16

Otto Köhler

Kassensturz als Widerstand

Es gehört zur zentralen Lebenslüge der Bundesrepublik, daß auch Ludwig Erhards »Soziale Marktwirtschaft« im Widerstand gegen das Naziregime entwickelt worden sei. In Wahrheit ist sie ein integraler Bestandteil jener Planungen gewesen, mit denen NS-Bürokraten die Nachkriegszeit gestalten wollten

Der 20. Juli der deutschen Wirtschaft begann bereits am 26. Juni. Zwölf Jahre und einen Tag nachdem die Interessengemeinschaft Farben mit dem zur Macht drängenden Adolf Hitler am 25. Juni 1932 den Benzinpakt abgeschlossen hatte*, bat der Führer ein letztes Mal rund hundert Vertreter der deutschen Wirtschaft zu sich auf den Obersalzberg.

So wie die Militärs pünktlich im Juli 1944 ihre zwingenden Gründe hatten, sich Hitlers entledigen zu wollen – am 6. Juni waren die Westalliierten in der Normandie gelandet, und die sowjetische Großoffensive gegen die Heeresgruppe Mitte hatte am 23. Juni begonnen – , so verlor nun auch die Elite der deutschen Wirtschaft, die IG Farben vorneweg, ihr Interesse am Führer. Das war leicht zu erklären. Fünf Jahre lang hatte der Luftkrieg der West-Alliierten die Benzin-Hydrier-Werke der IG Farben und der von ihr abhängigen Konzerne geschont – seit Mai wurden diese Hauptschlagadern der deutschen Kriegsversorgung bombardiert.

Hans Kehrl, Leiter des Rohstoffamtes im Rüstungsministerium erschrak, als er sah, wie Hitler von seinem Minister Albert Speer, dem großen Freund der deutschen Wirtschaft, in das Führerkaffee auf dem Obersalzberg geführt wurde: »Es sah beinahe so aus, als ob Speer ihn wie eine Puppe aufs Podium schieben mußte. Seine Bewegungen waren eckig, seine Arme hingen in merkwürdiger Weise herab, seine Stimme war schwach. Er sprach von allem möglichen, nur nicht von dem, was wir erwartet hatten. Nichts von der militärischen Lage, nichts von den Luftangriffen, nichts von Wunderwaffen ...«

Nein, Hitler sprach von Frieden und Friedenswirtschaft, und das mochte die Industriellen, die im Augenblick andere Sorgen hatten, ein wenig verwirren. Aber Speer hatte ihm gut zugeraten – der Rüstungsminister hielt als genialer Organisator das Dritte Reich zusammen und betrieb nebenamtlich auch noch den unentbehrlichen Widerstand: Mit Giftgas wollte er Hitler und seinen engeren Kreis – sich selbst natürlich ausgenommen – beseitigen, kam aber infolge der Überfülle seiner Aufgaben nie dazu.

Und so legte der Führer auf Wunsch seines Freundes schon am 26. Juni ‘44 sein Bekenntnis zur kommenden freiheitlich-demokratischen Grundordnung ab, indem er ausdrücklich hinwies auf die »Unverletzbarkeit des privaten Eigentums an den Betrieben«. Hitler forderte »freie Wirtschaft nach dem Kriege und grundsätzliche Ablehnung der Verstaatlichung der Industrie«.

Trotzdem vermittelte der Führer den Wirtschaftsleuten nicht das richtige Feeling. Speer berichtete nach der Entlassung aus dem Kriegsverbrechergefängnis in seinen Memoiren: »Bei seiner Rede, in der er sich der Sache nach an meine Stichworte hielt, machte Hitler einen gehemmten Eindruck. Er versprach sich oft, stockte, brach Sätze ab, ließ Übergänge vermissen und verwirrte sich gelegentlich. Die Rede war ein Zeugnis für einen erschreckenden Erschöpfungszustand.« Was nutzte es da, daß der Führer ein übers andere Mal betonte, »in der Förderung der privaten Initiative« liege »die alleinige Voraussetzung für jede wirkliche Höherentwicklung, ja, für die Weiterentwicklung der ganzen Menschheit«? Genau hier nämlich begann der Konditionalis: Wenn erst einmal der Krieg mit »unserem Sieg« entschieden sei, dann werde »die Privatinitiative der deutschen Wirtschaft ihre größte Epoche« erleben. In dieser Epoche der deutschen Friedenswirtschaft habe er dann nur ein Interesse, »die größten Genies der deutschen Wirtschaft arbeiten zu lassen«.

Aber Hitler, der bis dahin seine Rede genau so hielt, wie es ihm Speer empfohlen hatte, beging nun doch noch den entscheidenden Fehler. Er wich für einige Schritte nur vom Königsweg des freien Unternehmertums ab, von der Höherentwicklung der Menschheit durch die Privatinitiative, vom Bekenntnis zu dem, »was wir mit dem Begriff Privatkapital oder Privatbesitz oder Privateigentum überhaupt bezeichnen«.

Vielleicht war es nur ein frühkindliches Erlebnis, das er nicht verarbeitet hatte, egal, er ließ sich überwältigen, unbeherrscht sprudelte es aus ihm hervor, daß er in einem ganz bestimmten Fall doch mit lenkender Hand in die Freiheit der unternehmerischen Privatinitiative eingreifen würde. Wirklich nur »im Ausnahmefall«, so beteuerte Hitler,wolle er »korrigierend« in die Freiheit der Wirtschaft eingreifen, aber verdächtig schnell hatte er einen solchen Ausnahmefall gefunden: »Ein großer Erfinder entdeckt plötzlich eine neue Art eines Korsetts. Dann würde ich dagegen Stellung nehmen, sofort! Ich würde sagen: Wir brauchen andere Dinge als Korsetts jetzt. Und wenn der Mann sagt: ›Ja, aber das ist meine Erfindung! Ich habe ein Korsett ohne viel Stangen, ohne Fischbein, sondern mit Stahl, neue Legierung; kann nicht rosten, absolut so elastisch wie Fischbein und läßt sich noch besser zusammenschnüren; rückwärts ist eine Kurbel, es brauchen also nicht mehr zwei Leute zu ziehen, ganz neue Erfindung, kann sogar an jede Steckdose angeschlossen werden, geht automatisch.‹ Dann werde ich sagen: ›Mein Herr, sperren Sie Ihre Erfindung sogleich wieder ein! Ich lasse keine Korsetts machen in Deutschland, weil ich die deutsche Frau nicht kaputtmachen lasse.‹«

Das war ein klarer Verstoß gegen die freie Unternehmerinitiative, und da half es nichts, daß Hitler seine Wehrwirtschaftsführer direkt ansprach: »Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie es mir überhaupt ermöglichten, die (Kriegs-)Aufgaben zu erfüllen. Sie müssen aber als meinen höchsten Dank etwas entgegennehmen, nämlich das Versprechen, daß meine Dankbarkeit sich auch später immer wieder zeigen wird und daß keiner auftreten kann im deutschen Volk, der mir sagen kann, ich hätte mein Programm je verletzt. Das heißt, wenn ich Ihnen sage, daß die deutsche Wirtschaft nach diesem Kriege ihre größte Blüte, vielleicht aller Zeiten, erleben wird, dann müssen Sie das auch als ein Versprechen auffassen, das eines Tages seine Einlösung finden wird.«

Obwohl Hitler damit kein Wort zuviel versprach, obwohl gleich nach dem Krieg die Landschaften des richtigen Deutschland aufblühten, so wie er es damals vorhersagte, konnte er die Verstimmung, die er mit seiner winzigen Abweichung vom Tugendpfad der freien Privatinitiative unter den anwesenden Unternehmern ausgelöst hatte, nicht ausräumen. Speer: »Hitler erhielt während seiner ruhelos ungeordneten Rede kaum Beifall. Wir alle waren wie vor den Kopf geschlagen. Vielleicht veranlaßte ihn diese Reserve, daß er die Industrieführer mit den Aussichten, die sie erwarten, wenn der Krieg verlorengehe, zu erschrecken versuchte.«

Und so machte der Führer den letzten Rest an Wohlwollen, den ihm die Industrieführer noch entgegenbrachten, kaputt: »Es gibt keinen Zweifel, daß, wenn wir diesen Krieg verlieren würden, nicht etwa eine private deutsche Wirtschaft übrig bliebe. Sondern mit der Vernichtung des ganzen deutschen Volkes würde selbstverständlich auch die deutsche Wirtschaft vernichtet. Nicht etwa nur, weil die Gegner die deutsche Konkurrenz nicht wünschen – das sind ganz oberflächliche Auffassungen – , sondern weil es sich überhaupt um grundsätzliche Dinge handelt. Wir stehen in einem Kampf, der über die beiden Gesichtspunkte entscheidet: entweder Zurückwerfen der Menschheit um ein paar tausend Jahre wieder in einen primitiven Urzustand mit einer ausschließlich staatlich gelenkten Massenproduktion oder die Weiterentwicklung der Menschheit durch die Förderung der privaten Initiative.«

Zuschlechterletzt trieb der Führer in einem neuen Anfall von Verwirrtheit alles auf die Spitze: »Wenn der Krieg verlorenginge, meine Herren, dann brauchen Sie keine Umstellung (auf Friedenswirtschaft) vornehmen. Dann bleibt nur, daß jeder Einzelne sich seine private Umstellung vom Diesseits zum Jenseits überlegt: ob er das persönlich machen will oder ob er in Sibirien arbeiten will – das sind die einzigen Überlegungen, die dann der Einzelne zu machen braucht.«

Speer – und er nicht allein – war entsetzt: »Fast höhnisch und jedenfalls mit einem leichten Unterton der Verachtung für diese ›feigen bürgerlichen Seelen‹ hatte Hitler diese Sätze gesprochen. Das blieb nicht unbemerkt und machte allein schon meine Hoffnung, daß die Industrieführer durch seine Rede neu angespornt würden, zunichte.«

Kehrl, dem Hitler bei seiner Rede den Eindruck »eines Menschen in schwerstem Erschöpfungszustand und zeitweiser Geistesabwesenheit« bot, berichtet, wie sich die Teilnehmer aus der Industrie bei der Heimfahrt nach Berlin über den Führer einig waren: »Der Mann ist ja ein ganz anderer als der, den wir früher kannten ... Der Mann ist doch gar nicht mehr regierungsfähig.«

Man mußte sich umorientieren und doch dabei möglichst so bleiben, wie man war. Hitler war im Grunde nur noch ein störendes Zwischenglied. Einen Tag nachdem der Führer bei der Industrie durchgefallen war, schrieb der Vorstandsvorsitzende der Salzdetfurth AG, Rudolf Stahl, dem Kriegsverwaltungsrat Krone: »Schade nur, daß man bei den Albanern und den sonstigen frei um sich schlagenden Bundesbrüdern auf dem Balkan stets auf feierliche Staatsverhandlungen angewiesen ist, statt einfach befehlen zu können. Wir sind m. E. im Anfang des Krieges nicht gut beraten gewesen, als wir allerlei kleine Staaten dort unten mit Schein-Souveränität ausstatteten und außerdem solche für die zentrale Wirtschaftsführung unbequemen Institutionen wie Protektorat und Generalgouvernement schufen. Man kann sich vorstellen, daß auf Grund der neueren Ereignisse im Westen und Osten, die ja für uns zunächst wenig erfreulich sind, die Opposition und der Widerstandsgeist auf dem Balkan neue Nahrung erhalten.«

Nun besaß Rudolf Stahl zugleich auch als stellvertretender Leiter der Reichsgruppe Industrie einen veranwortungsvollen Posten und hatte sich darum schon geraume Zeit überlegt, wie mit weniger erfreulichen neueren Ereignissen in West und Ost zurechtzukommen sei. Unter seiner Leitung arbeitete Ludwig Erhard in seinem seit 1942 von der IG Farben finanzierten Nürnberger Institut für Industrieforschung bereits an den Problemen der Nachkriegswirtschaft. Erhards wichtigstes Ergebnis war die Studie *Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung*, um die sich in der Nachkriegszeit manche Widerstandslegende rankte, weil sie lange verschollen blieb.

Die Reichsgruppe Industrie gewann Interesse an Erhards Werk und vermittelte ihn 1944 an den Unterstaatssekretär im Wirtschaftsministerium, SS-Gruppenführer Otto Ohlendorf. Erhards Gesprächspartner war ein Massenmörder. Noch zwei Jahre zuvor hatte er im Osten als Leiter der Einsatzgruppe D 90.000 Männer, Frauen und Kinder umgebracht.

1977 veröffentlichte der Zeithistoriker Ludolf Herbst in den Vierteljahresheften für Zeitgeschichte einen Aufsatz über das Verhältnis zwischen dem Massenmörder Ohlendorf und dem Wirtschaftswundermann Erhard, der außerhalb von Fachkreisen weitgehend unbeachtet blieb. Herbst: »Es gab bei allen Unterschieden in den weltanschaulichen

Voraussetzungen so viele Berührungspunkte, daß nicht nur eine Zusammenarbeit als möglich erschien, sondern eine ganze Reihe prinzipieller wirtschaftspolitischer Grundpositionen Erhards in das mit der Abteilung Ohlendorfs abgesprochene und somit als Bestandteil der koordinierten Planung des RWM (Reichswirtschaftsministerium, O.K.) anzusehende Planungsprogramm der RI (Reichsgruppe Industrie, O.K.) eingehen konnten.« Diese Tatsache zeigte Herbst, »welche Bedeutung Erhard für die Planungsvorbereitungen und ihre wirtschaftspolitische Ausrichtung zu erlangen vermochte.«

Ohlendorffs Planungskonzept formulierte, so Herbst, die Quintessenz der Argumentation von Erhards »wirtschaftlicher Zielsetzung«, nämlich: »1) Abbau der staatlichen Bewirtschaftung unter betonter Wiederbelebung der Privatinitiative und Ausbau der Selbstverwaltung im Rahmen der staatlichen Wirtschaftsführung. 2) Grundsätzliche Abstimmung zwischen Staats- und Privatbedarf ... 3) Grundsätzliche Abstimmung zwischen Investitions- und Konsumgüterherstellung. 4) Gestaltung der Marktordnung...« Kurz: die Einführung dessen, was später dann »Soziale Marktwirtschaft« genannt wurde.

Behutsam stellte Herbst 1973 noch die Frage, warum Erhard »angesichts des offenkundigen Endes des Dritten Reichs seine Arbeitskraft in den Dienst von Organisationen und Menschen stellte, deren Zukunft ungewiß war und die ihn ja durchaus auch hätten kompromittieren können«.

Doch die Überlegungen der Erhardschen Denkschrift konnten, als sie endlich bekannt wurden, ihren Verfasser in der Bundesrepublik Deutschland nicht kompromittieren. Erhard hatte schon 1944 vor denen gewarnt, die erklären würden, daß der Krieg eine zu »gewaltige Wertevernichtung mit sich gebracht hat, als daß das Produktivkapital in privater Hand davon unangetastet bleiben dürfte«. Er hatte vor denen gewarnt, die sagen könnten: »Wenn ein Teil des deutschen Volkes ohne eigene Schuld alles verloren hat, kann es nicht gutgeheißen werden, daß andere ohne eigenes Verdienst Begünstigte möglicherweise ihr gesamtes Vermögen über den Krieg hinüberretten.« Und er hatte ausdrücklich erläutert: »Der Verfasser bedient sich hier mit Absicht einer Argumentation, die – wie zu erwarten steht – zugleich auch das soziale Ressentiment anderer Schichten oder der durch den Krieg Geschädigten ... erkennen läßt.«

Kurz: Erhard hatte vor einer anderen Republik gewarnt, als der, die 1944 in Deutschland bestand: »In letzter Konsequenz gipfeln solche Überlegungen in der Forderung nach einer Sozialisierung der Produktionsmittel, nach einer Vermögensabgabe also, die für die Zukunft dem Staat nicht nur die wirtschaftslenkende, sondern auch die unmittelbar unternehmerische Funktion zuweist.« Und eben das wollte er vorsorglich verhindern. »Gespenstisch« nennt der Zeithistoriker Wolfgang Benz in dem von Theodor Eschenburg herausgegebenen Band *Jahre der Besatzung 1945-1949* das Zusammenspiel von Ohlendorf und Erhard. Ohlendorf (und mit ihm auch Himmler), die Reichsgruppe Industrie und Erhard waren sich Ende 1944 im Grunde darüber einig, daß der Krieg nicht mehr zu gewinnen und Vorbereitungen für die Nachkriegszeit zu treffen seien. Formuliert wurde das natürlich so nie. Doch die in Festreden und in der populären Erhard-Literatur immer noch vertretene Behauptung, Erhard habe zu Beginn seiner Denkschrift eingestanden, es stehe einwandfrei fest, daß der Krieg verloren sei, und sich und andere damit in große Gefahr gebracht, ist eine Legende und geht zurück auf einen etwas wirren Bericht des Tübinger Politikwissenschaftlers Eschenburg (»nach meiner Erinnerung ungefähr«).

Der Bericht Eschenburgs über seine Begegnungen mit Erhard im Dritten Reich (nachzulesen in der Festschrift zu Erhards75. Geburtstag) bezieht sich auf »die Denkschrift Erhards«, die nach Eschenburgs Angaben »ungefähr fünfzehn bis zwanzig Seiten« umfaßt und die er 1944 unter konspirativen Umständen gesehen haben will. Das war 1971.

1976 wurde Erhards Denkschrift in einem Nachlaß gefunden. Sie war 278 Seiten dick. Im Vorwort zur Faksimile-Ausgabe von 1977 wiederholt Eschenburg seinen dubiosen Widerstands-Bericht, fügt aber hinzu: »Daß dieser Text eine Kurzfassung war und ebenso, für wen sie bestimmt war, wußte ich nicht. Von der eigentlichen Denkschrift habe ich erst viel später erfahren. Leider sind von der Kurzfassung mit ihrem lapidaren Text sämtliche Exemplare verlorengegangen und trotz aller Bemühungen bis heute nicht aufgefunden worden.«

In einer Fernsehsendung warf Eschenburg 1989 die Denkschrift abermals mit der »Kurzfassung« durcheinander, welche Erhard und ihn »ins KZ« hätte bringen können, wenn sie den Nazis in die Hand gefallen wäre. Sein Professorenkollege Günter Schmölders hatte ihm schon zuvor im Vorwort des Faksimile-Bandes bestätigt: »Daß der Krieg 1944 für Deutschland bereits verloren war, wird nicht in der Denkschrift, wohl aber in ihrer späteren Kurzfassung ausdrücklich gesagt, über die Th. Eschenburg berichtet hat ...« Erhard selbst hat in seinem Vorwort an gleicher Stelle nichts über eine »Kurzfassung« verlauten lassen, auch nichts über die Begegnung mit Ohlendorf, kann sich aber erinnern, daß er selbst »den Machthabern mißliebig geworden sei«. Sie hätten ihm nämlich Arbeits- und Hilfskräfte verweigert.

An der »Kurzfassung« kann das ebensowenig gelegen haben wie an der ausführlichen »Denkschrift«. Am 14. November 1944 schrieb Industrie-Vize Rudolf Stahl mit dem üblichen »Heil Hitler« dem SS-Gruppenführer und Massenmörder, dem »sehr verehrten Herrn Ohlendorf«, in sein Reichswirtschaftsministerium diesen Brief: »Da, wie ich höre, am Freitag im Verfolg unserer letzten Zusammenkunft die von Ihnen dabei angeregte Aussprache mit Herrn Dr. Erhard stattfinden soll, gestatte ich mir, Ihnen in der Anlage eine mir heute zugegangene weitere Ausarbeitung des Herrn Dr. Erhard zu übersenden.«

In diesem »Exposé Dr. Erhard« schlägt sich der auch gleich selbst für die Bearbeitung der »währungspolitischen Neuordnung« vor, und Stahl meint zu Ohlendorf, »daß sich dieses Exposé als Unterlage für ihre Unterhaltungen mit Herrn Dr. Erhard gut eignet«. Er fügt hinzu: »Den Auszug aus der Erhard'schen Denkschrift über die Schuldenkonsolidierung ... überreichte ich Ihnen bereits am Freitagabend. Ich habe Herrn Dr. Erhard gebeten, Ihnen seine ausführliche Denkschrift am Freitag persönlich zu übergeben.«

Der SS-Gruppenführer hatte also längst die »Kurzfassung« in der Tasche, die nach Meinung des Politikwissenschaftlers Eschenburg Erhard und auch ihn selbst ins KZ gebracht hätte, wenn sie den Nazis bekannt geworden wäre.

Am 10. April 1948 wurde Otto Ohlendorf vom US-Militärgerichtshof in Nürnberg zum Tod durch den Strang verurteilt. Erhard, bereits Ende 1945 bayerischer Wirtschaftsminister, ist 1946 von der US-Besatzungsmacht wegen Begünstigung alter Nazis aus dem Ministeramt entfernt, gleichwohl aber 1947 als Vorsitzender der Sonderstelle Geld und Kredit in der Bizonenverwaltung mit der Vorbereitung der Währungsreform betraut worden.

Die Währungsreform vom 20. Juni 1948 erlebte Ohlendorf in der Kriegsverbrecherzelle. Am 4. März 1949 bestätigte der US-Militärgouverneur Lucius D. Clay das Todesurteil gegen ihn – Erhard wurde derweil Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in Frankfurt. Im Juni 1951 wird Ohlendorf aufgehängt. Erhard ist im anerkannten Nachfolgestaat des Nazi-Reiches längst Bundesminister für Wirtschaft und beteiligt sich an den Vorbereitungen für eine deutsche Remilitarisierung. So endete der 20. Juli der deutschen Wirtschaft.

* Am 25. Juni 1932 hatten Abgesandte der IG Farben Hitler in München aufgesucht und von ihm die Zusage erhalten, er werde im Fall seines Sieges einen profitablen Preis für das aus Kohle gewonnene Leuna-Benzin garantieren, koste es, was es wolle. Darauf beschloß der in eine schwere Krise geratene Konzern trotz niedriger Weltmarktpreise sein synthetisches Benzin weiterzuproduzieren.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 6/94 über Schweizer Bankgeschäfte mit den Nazis

Konkret 07/94, S. 19

Stefan Ripplinger

Enger Ehrenhof

Der »Aufstand des Gewissens« (Helmut Kohl) ruft immer neue Kombattanten auf den Plan. SPD-Chef Rudolf Scharping wollte die deutschen Interessen besser vertreten, der designierte Bundespräsident Roman Herzog sah sich schon an der Spitze der moralischen Front. Doch der Sache des Vaterlandes dürfen nur die Besten dienen: Dr. Kohl wird mit der Bundeswehr und den Hinterbliebenen des Beck-Goerdelerschen Schattenkabinetts den 20. Juli alleine abfeiern. Die Rede zum Tage hält er und kein anderer, so verlautete es Anfang Juni aus dem Kanzleramt.

Die verhinderten Gedächtnisredner Herzog und Scharping mögen doch bedenken: Der Ehrenhof der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in der Berliner Stauffenbergstraße ist eng genug. Hinein müssen aber ein ganzes Wachbataillon, ein weiterer Zug Soldaten, die Inspektoren der Armee, der Verteidigungsminister und der beleibte Kanzler selbst. Damit ist die zentrale Gedenkfeier zum 50. Jahrestag des Offiziersanschlags auf Hitler fast voll besetzt.

In solch bedrängter Lage bietet immerhin der jüngste Sohn Claus Schenk Graf von Stauffenbergs (also des Staatssekretärs im Kriegsministerium des Schattenkabinetts) seinen Platz an. Franz Ludwig Gustav von Stauffenberg möchte am 20. Juli lieber nicht an der Hinrichtungsstätte seines Vaters weilen, dort, wo der patriotische Attentäter noch einmal »Es lebe das heilige Deutschland!« ausrief, bevor er sich für dasselbe opferte. Es könnte nämlich sein, daß dieser Ort bereits entweiht ist.

Zwei Stockwerke über dem Ehrenhof wird eine Ausstellung gezeigt, in der in unerträglich pluralistischer Weise der Widerstand für Deutschland mit dem kommunistisch oder sowjetisch affizierten vermengt wird. Die bis zum 20. Juli offene Frage ist also, ob nun oben oder unten ein Platz freigeschlagen wird – in der Ausstellung oder im Ehrenhof.

Da der Leiter der ständigen Ausstellung »Widerstand gegen den Nationalsozialismus«, Prof. Peter Steinbach, darauf beharrt, man könne »die Geschichte der Regimegegnerschaft nicht ohne die Erwähnung des kommunistischen Widerstands schreiben«, ist denkbar, daß im Getümmel der Ehrenformation ein Plätzchen für Scharping oder für Herzog – wenn er sich dünn macht – entsteht. Wird nämlich die Ausstellung nicht um Rote Kapelle und Nationalkomitee Freies Deutschland gekürzt, möchte Stauffenberg lieber zu Hause bleiben. Wird die Schau angetastet, geht Steinbach.

Die Kritik des Stauffenbergsohns, in der Widerstandsausstellung werde Unvermischbares vermischt, hat im Vorfeld einige Forscher verärgert. »Der Widerstand ist unteilbar«, erklärte Wolfgang Scheffler (Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin) gegenüber der Tageszeitung »Neues Deutschland« (2.7.). Es sei in der BRD schwer erkämpfter Konsens, »alle Widerstandsgruppen zu würdigen«, erläuterte Faschismusforscher Wolfgang Wippermann. Darf man deshalb gleich den Ehrenhof mit Kommunisten umstellen? Darf man deshalb alle Widerstandsgruppen auf die gleiche Stufe stellen?

Vielleicht kann Professor Steinbach in dem Streit mit dem Nachfahren des offiziellen Widerstands noch einiges zurechtrücken. Er hat dem jungen Stauffenberg für den Tag nach der Feier ein Gespräch angeboten. Es ist an Steinbach, noch einmal dem Sohn des Mannes, der mit seiner »Tat- und Gesinnungsgemeinschaft« in einem »Aufstand des Gewissens« (Kohl) Deutschland rettete, zu erklären, daß es gar nicht in der Absicht der Ausstellungsleitung liegt, »Ulbricht auf eine Ebene mit Stauffenberg (zu) heben« (Steinbach).

Der umgekehrte Schluß kommt dem pluralistischen Geschichtsverwalter natürlich nicht in den Sinn: daß Claus v. Stauffenberg nicht auf die Ebene Ulbrichts oder der Roten Kapelle gehoben werden darf. Ging es nämlich dem Schattenkabinett Beck-Goerdeler darum, mit der »Linie ›Hitler‹« zu brechen (Carl Goerdeler), wollten die Kommunisten nichts Geringeres, als den Faschismus zu zerschlagen.

Der Widerstand ist teilbar. Er teilt sich in solche, die fieberhaft darüber sannen, ob der Krieg für Deutschland noch zu retten wäre, und in solche, die den Krieg gegen Deutschland führten. Zu ersteren gehören wahrscheinlich auch die Mitglieder des vom Stauffenbergsohn so verabscheuten Moskauer Nationalkomitees Freies Deutschland.

Heinrich Graf von Einsiedel etwa, der heutige PDS-Kandidat. Unter Stalins Aufsicht las von Einsiedel die Klassiker des proletarischen Internationalismus, kaum war er aber in das zurückgekehrt, was er für die »freie Welt« hielt, ging er höchst bemerkenswerten Überlegungen nach: »Die deutsche Wehrmacht hat den Krieg verloren, weil sie sich von der politischen Führung unerfüllbare Aufgaben stellen und sich bei dem Versuch, sie entgegen aller menschlichen Voraussicht dennoch zu erfüllen, von einem Dilettanten (Hitler, S. R.) ins Handwerk pfuschen ließ« (»Tagesspiegel«, 1.4.1951). Ganz in diesem Sinn hatte Carl Goerdeler die »hybrisartige Maßlosigkeit Hitlers« gegeißelt.

Könnten die, die den Dilettanten das Handwerk legen und die Geschicke Deutschlands professioneller lenken wollen, doch zusammenfinden! Wollten sie sich am 20. Juli einträchtig im Ehrenhof versammeln, um erst Kohls Rede, dann dem Lied

vom guten Kameraden und dann der Nationalhymne zu lauschen! – Allein, der Hof der Ehre ist, wie gesagt, eng, und allzu viele drängen dieses Mal hinein.

Das Protokoll der Senatskanzlei hat den Ausweg schon gefunden: Die es nicht in den Hof schaffen, stellen sich auf dem Parkplatz neben der Gedenkstätte auf, dort wird das komplette Spektakel auf Monitoren gezeigt. Um 16 Uhr trifft man sich dann zur Kranzniederlegung vor den ehemaligen »Todeszellen von Plötzensee«, wo »unsere Freiheit neugeboren wurde«, wie Dr. Kohl schon vor zehn Jahren schwungvoll formulierte. Denn größer noch als der Versuch der aufständischen Offiziere, »Deutschland in letzter Minute vor dem Usurpator zu retten«, war ihre »Rettung Deutschlands vor der moralischen Hoffnungslosigkeit«. Dafür ist man in diesem Jahr besonders dankbar. Freilich dürfen nicht alle ihre Dankbarkeit in gleicher Weise bekunden, und mancher Patriot wird heuer auf den Parkplatz der Geschichte ausquartiert.

Stefan Ripplinger ist Feuilleton-Redakteur der »Jungen Welt«. Er schrieb in KONKRET 5/94 über Louis Althusser

Konkret 07/94, S. 20

Valentin Falin, John Goetz, Boris Gröndahl

Good fellas

Die Westalliierten hätten ein Bündnis mit Nazideutschland minus Hitler der Koalition mit der Sowjetunion jederzeit vorgezogen: Der Kalte Krieg begann in Stalingrad. Ein Interview mit dem Historiker Valentin Falin, dem ehemaligen Botschafter der UdSSR in der BRD

Wie hat die sowjetische Führung seinerzeit die Verschwörung analysiert, die am 20. Juli 1944 im Attentat auf Adolf Hitler gipfelte?

Die Tatsachen über den 2. Weltkrieg sind in den meisten Ländern bis heute unter Verschluß. Was wir kennen, sind zum Beispiel die Dokumente der Gestapo. Die Gestapo wußte Bescheid über die Rote Kapelle, eine linksgerichtete Verschwörung, die vom sowjetischen Militärgeheimdienst geführt wurde. In der DDR wurde diese Rote Kapelle zur Widerstandsgruppe hochstilisiert, deren Mitglieder eine Kooperation mit der sowjetischen Seite hergestellt hätten. Tatsächlich war es umgekehrt. Der sowjetische Militärgeheimdienst hatte den Kontakt gesucht und Offiziere, Industrielle, Adlige, Intellektuelle und Arbeiter auf deutscher Seite gefunden, die bereit waren, alles zu unternehmen, um das Naziregime zu zerschlagen.

Eine rechtsgerichtete Gruppe nannte die Gestapo »Schwarze Kapelle« oder »Grafenverschwörung«. Die meisten in dieser Gruppe waren Adlige, Fürsten, Grafen, Leute, die zum Teil deutschnational, bismarcktreu waren, die aber bereit waren, Hitler Schwierigkeiten zu machen. Diese Gruppe hat in der Zeit der Vorbereitung der Angriffe gegen die Tschechoslowakei und später gegen Polen, Frankreich, Luxemburg, Holland und Belgien viele Daten an Großbritannien verraten. Die Briten waren genau im Bilde, wann ein Angriff erfolgen sollte, und konnten sich, wenn sie wollten, entsprechend gut vorbereiten. Zur Aktion Barbarossa, dem Angriff auf die Sowjetunion, hat diese Schwarze Kapelle keine Informationen geliefert, weder an Großbritannien noch an die Sowjets.

Eine Paralle zur Roten Kapelle bestand in den Auslandskontakten: Bekannt ist zum Beispiel, daß Canaris sich im Jahre ‘43 mit dem Leiter des britischen Geheimdienstes traf. Es gibt Hinweise, daß er sich auch mit William J. Donovan, dem Chef der damaligen amerikanischen Geheimdienstbehörde COI, in Spanien oder in der Türkei getroffen hat. Eine ganze Gruppe hochgestellter Militärs in Nazideutschland hatte Kontakt zu den westlichen Alliierten. Inwieweit das geheimdienstliche Verbindungen gewesen waren, können nur Dokumente sagen, die bis heute nicht freigegeben sind.

Aufgrund der Dokumente, die unserer Seite zur Verfügung standen, kann ich sagen, daß die Schwarze Kapelle 1944 von den Amerikanern observiert wurde und in der Endphase, ab April ‘44, vielleicht sogar unter Führung des US-amerikanischen Geheimdienstes stand.

Von wem hatten Sie diese Dokumente?

Ein Gestapo-Mann namens Gesenius war als Agent der USA enttarnt worden und geflüchtet; er schrieb nach dem Krieg ein Buch über seine geheimen Kontakte. Er verriet sehr wichtige Geheimnisse, zum Beispiel, daß die Nazis die amerikanischen Chiffre-Telegramme aus der Schweiz lesen konnten. Er lieferte Angaben über die Arbeiten an V1 und V2 in Peenemünde. Er lieferte an die Amerikaner Listen aller Teilnehmer des Anti-Hitler-Putschversuchs im Sommer ‘44. Nach unseren Angaben wurden diese Daten manchem Linken in dieser Verschwörung zum Verhängnis, denn irgendwie wurden ihre Namen auch der Gestapo bekannt.

Wenn Sie behaupten, daß die Amerikaner dieses Attentat am 20. Juli sogar angeleitet haben, was für Belege haben Sie dafür?

Es war uns bekannt, daß Amerikaner im Mai, Juni ‘44 die Geduld verloren haben. Erst hatten sie nicht so auf die Durchführung dieses Attentats gegen Hitler gedrängt. Aber im Zusammenhang mit dem D-Day, der Landung in der Normandie, wurde befohlen, daß die Zeit gekommen sei. Und Stauffenberg bekam eine Anweisung, nicht abzuwarten, bis Hitler, Göring und Himmler gleichzeitig in einem Raum anwesend sein würden. Auch wenn Hitler allein sei, sollte die Bombe gezündet werden.

Besteht außer mit der Landung in der Normandie auch eine Verbindung mit dem Warschauer Aufstand von ‘44?

Die Briten, später auch die Amerikaner, waren immer der Überzeugung, daß man, um eine Wende im Krieg herbeizuführen, nur die Spitzen der deutschen und der italienischen Politik beseitigen müsse. Es gab einige Anläufe, in denen die Westalliierten signalisierten, daß ihre Bedingung für Friedensverhandlungen die Beseitigung von Hitler, Mussolini und ihrer engen Mitstreiter sei. Im August 1941, als angenommen wurde, daß der Angriff gegen die Sowjetunion Erfolg haben würde, erwogen britische und amerikanische Politiker, ob nicht sogar mit Hitler ein Kompromiß möglich sei.

Es gab seit Anfang ‘42 Pläne für den Fall, daß nach einer Niederlage vor Moskau Hitler von deutschen Militärs beseitigt würde. Man ging davon aus, daß, wenn die Militärs federführend würden, sie sich an Großbritannien und die Vereinigten Staaten wenden würden. In diesem Fall hätte man Truppen in Schlüsselpunkten Deutschlands und in Schlüsselpunkten der von Nazideutschland besetzten Länder stationiert. Dafür hielt man in Großbritannien immer Truppen bereit. Man behauptete in den Verhandlungen mit uns, die Eröffnung der zweiten Front bräuchte intensive Vorbereitung, das nehme viel Zeit in Anspruch und, und, und. Für den anderen Plan hatte man immer die Kräfte parat.

Hier gelangen wir an den Warschauer Aufstand, Juli, August, September ‘44. Dieser Aufstand wurde in engem Zusammenhang mit der Invasion vorbereitet. Es gab Pläne dafür, gleichzeitig mit der Invasion eine Veränderung an der Spitze des Deutschen Reiches herbeizuführen. Danach sollte Rommel die westliche Front öffnen und den in Frankreich gelandeten amerikanischen und britischen Truppen praktisch freies Geleit Richtung Osten geben. Der Aufstand in Warschau sollte dann in der Proklamation einer nationalen Regierung in Polen enden. Als das Attentat mißlang, waren die Vorbereitungen in Warschau so weit fortgeschritten, daß es keinen Weg zurück gab.

Aber die Haltung der Alliierten und insbesondere der USA zum 20. Juli war doch eher abwartend. Es gab ja erstens nur relativ wenige Kontakte zu den USA, zweitens gingen diese wenigen Kontakte immer von den Deutschen aus, also etwa von Moltke in Istanbul oder von Trott in der Schweiz, und drittens waren die Amerikaner immer skeptisch, sowohl was die Stärke dieser Bewegung als auch ihre Ziele anging. Jemand wie Goerdeler hat ja Ziele formuliert, die den Interessen der Alliierten gar nicht entsprachen: Er hat Kolonialforderungen gestellt und ein Deutschland in den Grenzen von 1914 gefordert.

Man muß da differenzieren. Wenn Sie über den US-Präsidenten Roosevelt sprechen, sind Sie nicht so weit entfernt von der Wahrheit. Roosevelt war gegen die Pläne, die im August ‘43 in Quebec von Donovan vorgetragen wurden und die der britische Premier Churchill unterstützte. Diese Pläne beinhalteten das Ausscheiden der USA und Großbritanniens aus der Antihitlerkoalition und den Einstieg in eine Koalition mit Nazideutschland gegen die Sowjetunion. Im August ‘43! Roosevelt war dagegen, aber er hat Donovan nicht direkt verboten, diese Aktivitäten fortzusetzen. Es gab in der Umgebung von Roosevelt viele Politiker, auch Republikaner, die diesen konservativen Grafen, Industriellen, Militärs usw. politisch sehr nahe standen oder zum Beispiel die Interessen dieser Industriellen in den USA vertreten haben.

Diese Fraktion hatte starke Argumente. Wenn ihre Operation erfolgreich sein würde, konnten sie sagen, dann würde die Zahl der amerikanischen Verluste niedrig sein. Ob das nun moralisch oder unmoralisch gewesen wäre, ob das mit den Verpflichtungen der Sowjetunion gegenüber zu vereinbaren gewesen wäre – egal. Die Aktivitäten von Dulles in dieser Zeit wurden zum Beispiel nicht vom Weißen Haus mitgetragen. Vieles geschah aus eigenem Antrieb und auf eigenes Risiko. Und Dulles hatte wiederum zwei Ebenen in seiner Arbeit. Donovan war sein Chef, aber Allen Dulles und sein Bruder pflegten intensive Beziehungen mit reaktionären Kreisen in den USA: im Kongreß und in der Industrie. Diese Kreise waren wie Churchill der Meinung, daß 1943 die Kriegsziele gegen Deutschland erreicht seien; daß eine weitere Schwächung Deutschlands falsch sei, weil Deutschland nach dem Krieg als Bollwerk gegen die Sowjetunion dienen solle.

Andererseits waren die meisten Verschwörer natürlich deutschnational eingestellt, Sie haben das Beispiel Goerdeler genannt. Leute wie der gaben Anlaß, wie Roosevelt zu denken: Was sollte das für eine Antihitlerverschwörung sein, die ihre preußischen Interessen so aggressiv und so herausfordernd vertrat, die für den Anschluß Österreichs plädierte, Kolonien forderte, also das gleiche Programm wie die Nazis hatte. Und Goerdeler war eine tragende Figur in dieser Verschwörung.

Wenn Sie jetzt sagen, die Kontakte zwischen Schwarzer Kapelle und USA seien bescheiden und prekär gewesen, ist das nicht ganz richtig. Stauffenberg, meinte jedenfalls die Gestapo, hatte einen direkten Kontakt zum Stabsquartier Eisenhower in London. Es gab direkte Kontakte zwischen den britischen und amerikanischen Alliierten, mit verschiedenen Gruppen von diesen Leuten, Kontakte, die sowohl von den Deutschen als auch von den Westalliierten ausgingen.

Gab es besondere Erkenntnisse der sowjetischen Führung über das Gespräch in Quebec ‘43, wo Roosevelt und Churchill über eine militärische Zusammenarbeit mit den Deutschen diskutierten?

Ja, es gab kontinuierliche Informationen über solche Kontakte, Überlegungen und Initiativen. Stalin berücksichtigte so etwas und versuchte, die verschiedenen Fraktionen gegeneinander auszuspielen. Er lancierte Informationen in die Presse oder ins Parlament, ins britische zum Beispiel. Oder signalisierte, daß er von etwas wußte, auch wenn er manchmal bluffte.

Gab es auch jemand in der US-Regierung, der Informationen an die Sowjetunion gegeben hat? In höheren Kreisen?

Es gab in dieser Zeit viele Sympathisanten in Washington und in London, die der Meinung waren, daß die demokratischen Ziele des Krieges mit solchen Plänen nicht vereinbar seien, und die bereit waren, an Moskau Informationen zu liefern, aus rein ideellen Gründen. Sagen wir Klaus Fuchs, der an der Atombombe, am Manhattan Project arbeitete. Sehr wichtige Quellen hatten wir in London, wo diese Leute in gemeinsamen Stäben mit den Amerikanern saßen. Das Problem in Moskau war, daß Stalin viele dieser Top-secret-Informationen als einziger bekam. Nicht einmal Molotow war im Besitz

vieler geheimer Informationen. Stalin wollte zehnmal mehr als jeder andere in seiner Umgebung wissen. Er setzte dieses Wissen dann gezielt ein, indem er zum Beispiel Voraussagen machte auf der Grundlage dieser Informationen, ohne die Quellen zu nennen. Lesen Sie das nach in Churchills Memoiren, wie er mit Stalin Verhandlungen führte! Churchill war entzückt, wenn Stalin beim Ablesen irgendeines Vorschlages sofort reagierte: Aha, Churchill, Sie wollen also erstens, zweitens, drittens. Zwei oder drei Monate brauchten wir, sagt Churchill, um in den Formulierungen zu verstecken, was wir wirklich wollten. Und Stalin hat alles sofort durchschaut.

Wenn man die Regierungserklärung von Dönitz liest, vom Mai '45, nach Hitlers Selbstmord, wenn man das Verhalten der Nazitruppen an der Westfront berücksichtigt und daß die westlichen Alliierten erst in der 2. Jahreshälfte '44 gekommen sind, obwohl sie versprochen hatten, '42 zu kommen: Könnte man nicht sagen, daß es eine objektive Zusammenarbeit gegeben hat zwischen den westlichen Allierten und Nazideutschland?

Das würde ich nicht sagen. Es gab vor allem Kontakte von Militär zu Militär. Im Gespräch war, ob und zu welchen Bedingungen die Nazis die Westfront öffnen würden. De facto war die Westfront im Februar, März geöffnet. Im Osten wurde erbittert weitergekämpft, mit großen Verlusten auf beiden Seiten. Im Westen gab es allenfalls lokalen Widerstand. Es ging schon seit März, eigentlich seit Februar, nicht mehr gegen die Nazis. Die massiven Bombardements in dem Teil Deutschlands, der gemäß den Vereinbarungen unter unserer Besatzungshoheit stehen würde: Dresden, Berlin, Oranienburg, Nordhausen, Leipzig, Plauen. Das ist eine Liste ohne Ende. Die wurden, wie auch einige tschechische Städte, bombardiert, weil dort industrielle Anlagen standen, die in unsere Hände geraten konnten, oder, wie in Dresden, weil es dort Brücken gab. Das ist auch ein Teil des Kalten Krieges, der begonnen hatte. Im Inneren des heißen Krieges entstand bereits der Kalte Krieg, eigentlich seit Stalingrad, aber verschärft dann Anfang '45.

Mit Valentin Falin sprachen John Goetz und Boris Gröndahl

Konkret 07/94, S. 22

Gerhard Scheit

B□ ch des Monats: Feld des Vergessens

Ingrid Strobl: Das Feld des Vergessens. Edition ID Archi□ , 1994, 140 Seiten, 14 Mark

Der Titel des Buches ist einem Gedicht von Nelly Sachs entnommen: »Nicht einschlafen lassen die Blitze der Trauer/ Das Feld des Vergessens./ Wer von uns darf trösten?«

Ingrid Strobls Texte handeln von den Tröstungen der deutschen ›Vergangenheitsbewältigung‹ und vom ›untröstlichen‹ jüdischen Widerstand. Die ersten Seiten gehören »Vergessenen Heldinnen« und Helden. Sie berichten von jüdischen Frauen im Kampf gegen die deutschen Besatzer, vom Aufstand im Warschauer Ghetto – und vor allem von Chaika Grossmann. Mit ihr hat Ingrid Strobl den Film über die Partisaninnen von Bialystok (»Mir zeynen do«) gemacht, und der Essay »Für Chaika« erzählt von den Dreharbeiten zu diesem Film, der die israelische Staatsbürgerin und Knesseth-Abgeordnete an die Orte der Vernichtung und des Widerstands zurückführte. Geschrieben ist er selber wie ein Film: Seine Sätze und Absätze gleichen Filmsequenzen – und zwar solchen ohne den Soundtrack der Sentimentalität. »Friedliche Stille liegt über der Idylle, nur die Vögel zwitschern und die Bienen summen, hier und da bellt ein Hund. Alles ist wie früher, so als wäre die Zeit stehengeblieben. Nichts ist wie früher. An den Türpfosten hing früher eine Mesusa, die Menschen, die auf den Bänken vor den Häusern saßen, haben Jiddisch miteinander gesprochen. Die Frauen haben den Scheitel getragen und die Männer Pejes. Die Menschen, die heute in diesen Holzhäusern leben, sprechen polnisch, sie gehen in die Kirche, nicht in die Synagoge. Sie wohnen hier erst seit 1942, 1943, seit die ursprünglichen Bewohner dieser Häuser, dieser Dörfer, dieser Kleinstädte nach Treblinka verschleppt worden waren.«

Wer angesichts der Heldin Pathos erwartet, wird enttäuscht. Der Text über Chaika ist lakonischer als alle anderen und dennoch vielleicht der persönlichste. Der Lakonismus verdankt sich dem Schnitt, der die Situationen, Vergangenheit und Gegenwart, Opfer und Täter, miteinander konfrontiert. In ihm sind die Gefühle der Autorin am Werk – der Haß natürlich und die Trauer; unvermutet läßt die Schnitt-Technik aber auch eine Art zärtlicher Komik entstehen: Chaika Grossmann habe nicht gezögert, »ihre Geschichte selbst vor Ort zu erzählen. Sie kam zusammen mit Meir, ihrem Mann, der wie sie aus Bialystok stammt. Für Chaika, sagt Meir heimlich zu mir im Hotel in Bialystok, ist das alles sehr schwer, wir müssen gut auf sie achten. Für Meir, sagt Chaika heimlich zu mir auf einem Spaziergang, ist das alles sehr schwer, wir müssen gut auf ihn achten.«

Die Filme von Marcel Ophüls und Claude Lanzmann mögen manches an dieser Technik inspiriert haben, die eigentliche Lehrmeisterin des Lakonismus aber scheint Chaika Grossmann selbst zu sein – auf Anlässe zu vorschneller Rührung reagiert sie mit Achselzucken. »Der Stadtpräsident verspricht ihr, in absehbarer Zeit würde ein Denkmal errichtet für die 60.000 ermordeten Juden von Bialystok. Wir werden sehen, sagt Chaika. Auf dem Schreibtisch des Stadtpräsidenten stehen Fotos von Woytila und Lech Walesa und eine Bronzestatue von Marschall Pilsudski.« Als die österreichische Regisseurin und die jüdische Partisanin allerorten auf polnischen Antisemitismus stoßen, fragt diese: »Wirst du das in deinem Film zeigen?« – und jene antwortet: »Ich mache diesen Film in Deutschland. Im Haus der Mörder soll man zuerst von den Mördern sprechen. Ja, sagt Chaika.«

Mit einem Abstecher nach Tirol, der Heimat der Autorin, beginnt die Reihe von Polemiken gegen die ›Vergangenheitsbewältigung‹ im Haus der Mörder. Die Kapelle von Judenstein bei Rinn, unweit von Innsbruck, ist eine Wallfahrtsstätte des alpenländischen Antisemitismus; sie diente und dient dazu, die Ritualmordlegende über »das Anderle von Rinn«, die im Anschluß an jene des Simon von Trient erfunden wurde, am Leben zu erhalten. Ingrid Strobl beschreibt nicht nur die Geschichte dieser überaus volkstümlichen Barockdichtung – sie kritisiert auch den vor einigen Jahren unternommenen Versuch, die Legende zu neutralisieren: Das Gemälde in der Kirche, das die »Schächtung« des Anderle durch Juden darstellt, wurde mit Holzfaserplatten zugedeckt, auf diese »malte der akademische Maler Prof. Wolfram Köberl ›Jesus und die Kinder‹. Das Original bleibt darunter der Nachwelt erhalten. Und gleich ein Bild weiter feiern häßliche, krummnasige Männer mit dicken Geldbeuteln den ›Erwerb des Kindes‹.« Einen doppelten Boden aber hat auch die neue Gedenktafel beim »Judenstein«: »Dieser Stein erinnert an eine dunkle Bluttat, aber auch durch seinen Namen an manches Unrecht, das von Christen an den Juden begangen wurde. Er soll in Zukunft ein Zeichen der Versöhnung mit dem Volke sein, aus dem uns der Erlöser erstand.«

Ob Ingrid Strobl nun über die Ausstellung im Haus der Wannseekonferenz oder über Helke Sanders Film »BeFreier und Befreite« schreibt, überall in der deutschen und österreichischen Öffentlichkeit entdeckt sie solche von akademischen Künstlern aller Art bemalten modernen Holzfaserplatten, genagelt über die alten antisemitischen Kolossalgemälde, die von weit populäreren Malern stammen. An den Rändern dieser Öffentlichkeit bleibt noch einiges zu erkennen, die einheimische Bevölkerung weiß ohnehin über die kaschierten Stellen Bescheid, doch Besucher aus Amerika werden nicht unnötig vor den Kopf gestoßen. Gedenktafeln mahnen da und dort zur Versöhnung und erinnern an dunkle Taten und manches Unrecht;

diejenigen aber, an denen man das Unrecht beging, die Taten verübte, werden gar nicht gefragt, ob sie denn überhaupt sich versöhnen wollen.

So wurde etwa auch Nelly Sachs eine »Säulenheilige der Versöhnungsapostel«. Um sie vor solcher Rezeption zu bewahren, zeichnet Ingrid Strobl ein sensitives Bild der Lyrikerin – am Ende des Bandes stehend, ist es wohl bewußt als Kontrapunkt zu dem Porträt von Chaika Grossmann gesetzt. »Weil sie kein Wort des Hasses schrieb – was immer wieder betont wird – beutet man sie aus, feiert sie als Vergeberin. Keiner sieht, daß sie zu erschöpft ist für den Haß. Daß sie es vielleicht ein wenig leichter gehabt hätte, hätte sie hassen können.«

Der brisanteste Text des Buches ist der über den Antisemitismus der Linken: »Das unbegriffene Erbe« (hervorgegangen aus einemVortrag in der Züricher Roten Fabrik vom Februar dieses Jahres). »Ich hätte diesen Text ebenso in der ersten Person verfassen können, da ein Teil des hier Kritisierten auch auf mich selbst zutrifft«, schreibt Ingrid Strobl in einer kurzen Vorbemerkung. Reflektiert wird darin ein Wandel innerhalb der Linken seit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten, der deutschen Wiedervereinigung und dem zweiten Golfkrieg. Es handelt sich dabei, so macht die Autorin deutlich, um mehr als eine Korrektur falscher Theorien: Die Lebenslüge einer Generation steht zur Debatte. »Nur in den kurzen Jahren des Aufbruchs um 1968 quälten sich deutsche Linke ernsthaft mit der Frage, was ihre Eltern ›damals‹ gemacht hatten, protestierten sie gegen alte Nazis, die wieder an den Universitäten lehrten und gegen den einen oder anderen Politiker, der als ehemaliger Nazi ›enttarnt‹ wurde.« Die Ansätze zu einer Konfrontation mit den Tätern und deren Verbrechen gingen unter in der »Masse der Aktionen, Demonstrationen und Publikationen, die sich gegen die Verbrechen der USA richteten und gegen die Verbrechen aller möglichen Regimes und Diktatoren, nur eben nicht gegen die Mörder im eigenen Land.«

Gewiß wäre es falsch, in der Anti-Vietnam-Bewegung oder in der Ideologiekritik nur eine Ersatzhandlung zu sehen – wonach der GI auf Transparenten angeklagt wurde, um nicht den ehemaligen Wehrmachtssoldaten oder gar SS-Mann, der einem das Studium finanziert, kompromittieren zu müssen; der Neopositivismus der Kritik verfiel, um nicht den Ex-Fachredner für Rassenkunde, der den Assistentenposten in Aussicht stellt, zu brüskieren. Doch ein Moment von Verdrängung, ein Ausweichen vor dem Konflikt mit den Vätern war wohl in der Rhetorik, in den Aktionen und in den Theorien der Neuen Linken in Deutschland und Österreich tatsächlich vorhanden. Gerade der typisch deutsche, idealistische Charakter der Bewegung könnte dafür ein Symptom sein; aber vielleicht auch der Verlust jeglicher Differenzierungskraft, der Hang, alles identisch zu machen: Unterdrückung ist gleich Unterdrückung, Patriarchat ist gleich Faschismus ist gleich Rassismus ist gleich Kapitalismus ... Der Antisemitismus, schreibt Ingrid Strobl, »wird als Phänomen der bürgerlichen Gesellschaft betrachtet, wie der Rassismus (dem er meist – unzulässigerweise – subsumiert wird) und lange Zeit auch die patriarchale Unterdrückung.« Aber hinter diesen abstrakten Identitäten verbergen sich konkrete Wünsche: »Zwanghaft wurde alles, was Israelis Palästinensern antaten, mit dem verglichen, was Deutsche den Juden angetan haben ... Wie unbewußt auch immer, durch die israelische Politik gegen die Palästinenser fühlten sich viele deutsche Linke befreit von jeder Verantwortung, der sie sich als Nachkommen der Täter womöglich stellen müßten.« Reichliches Material für diese Argumentation fand die neue Linke, so weist die Autorin schlüssig nach, im »Arsenal des stalinistischen und poststalinistischen Antisemitismus«.

Ob in der raffinierten Verdrängung des notwendigen Konflikts mit den väterlichen Antisemiten in jedem Fall bereits Antisemitismus wirksam ist, kann man bezweifeln. Nicht aber, daß diese Frage wie keine andere geeignet ist, den Widerstand über sich selber aufzuklären. Ist denn eine Linke, die antisemitisch ist, überhaupt noch »links«? Ist sie nicht allein dadurch schon zur Rechten geworden? (Die erfolgreiche Rechte war meist antikapitalistisch und antisemitisch.) Oder läßt sich, was rechts ist und was links, unabhängig vom Antisemitismus bestimmen? Blickt man zurück, so entdeckt man in ihm einen ständigen Begleiter der Linken – aber im Marxschen *Kapital* finden sich noch immer die besten Argumente gegen Marx' Artikel über die »Judenfrage«.

Die manchmal schmerzhafte Selbstreflexion über das »unbegriffene Erbe« macht jedenfalls deutlich, daß Ingrid Strobls Buch keine beliebige Zusammenstellung von Texten der vergangenen Jahre ist und kein Leitfaden zu Political correctness. Es erfaßt vielmehr das Schibboleth, ohne das zwischen Freunden und Feinden nicht unterschieden werden kann.

Konkret 07/94, S. 24

Jürgen Elsässer

Schluß mit den Menschenrechten

Neue Töne aus dem Weißen Haus: In der China-Politik versteckt sich Präsident Clinton nicht mehr hinter den Prinzipien von amnesty international, sondern orientiert ganz ungeniert auf die Interessen seiner Klasse. Methodisch kann die Linke da eine ganze Menge von ihm lernen

Clintons Entscheidung, China die Meistbegünstigungsklausel im Handel mit den USA einzuräumen, auch wenn es in der Volksrepublik mit den Menschenrechten nicht zum besten steht, bedeutet zweifellos eine spektakuläre Wende in der US-Außenpolitik. Seit der Einleitung des KSZE-Prozesses Mitte der 70er Jahre hatten die USA gegenüber den nominal-sozialistischen Staaten die Menschenrechtskarte gespielt, seit seinem Amtsantritt hatte Clinton die chinesische Führung mit der Forderung nach Erfüllung eines 7-Punkte-Katalogs als Voraussetzung für wirtschaftliche Sonderbeziehungen genervt, und selbst das Pentagon hatte die »Ausbreitung der Demokratie« zur neuen weltweiten Strategie erklärt.

Und jetzt der Schulterschluß der Yankees mit den roten Diktatoren! In den deutschen Leitartikeln und Feuilletons, die gerade bei der Entlarvung von F.J. Strauß als nützlichem Idioten der SED-Tyrannen so schön in Fahrt waren, begannen die tibetanischen Gebetsmühlen zu klappern, Bürgerrechtler erinnerten an Peking und Leipzig, wo vor fünf Jahren Hundert Blumen blühten, und Pfarrer riefen zur Kollekte für den Dalai Lama, den Yeti oder andere Opfer des Stalinismus (in diesem Fall: des Sado-Maoismus) auf. Natürlich könnte man sich einen kleinen Spaß daraus machen, Clintons lässiges Dementi der eigenen Versprechen zu denunzieren, oder wenigstens seine hiesigen Claqueure ein bißchen vorzuführen: So hatte etwa Joschka Fischer im »Stern« die Wahl des Teiggesichts als Linksruck abgefeiert und mit der Frage »Wo bleibt der Clinton von Bonn?« seine ganz persönlichen Ambitionen auf den Partner in leadership zu erkennen gegeben.

Doch das wären intellektuelle Peanuts, das Vergnügen hielte sich in Grenzen. Denn was will man den USA eigentlich vorwerfen? Daß sie zu den Menschenrechten ein taktisches Verhältnis haben und diese politische Waffe beiseite legten, nachdem sie ihren eigentlichen Zweck, die Solschenizinisierung des Ostens, erfüllt hat? Die meisten Kritiker der amerikanischen China-Politik sollten davon schweigen, denn sie haben diese Zielsetzung geteilt, und die wenigen anderen könnte diese Ableitung in die Irre führen. Spannend wird es doch erst dann, wenn man aus dieser Analyse Schlußfolgerungen zieht. Fordert man einen harten Kurs der Clinton-Regierung zwecks weltweiter Ächtung und wirtschaftlicher Strangulierung der VR China? Sieht man, um über den Einzelfall hinauszugehen, die USA auch als Verteidiger der Menschenrechte in Ruanda, Bosnien, Haiti und Nordkorea? Glaubt man den bösartigen Charakter des US-Imperialismus nun nicht mehr in seinem Interventionismus zu erkennen, wie in den letzten 40 Jahren, sondern in seinem Isolationismus, seiner neuen Tendenz zur Zurückhaltung? Fordert der notorische Antiamerikanist anstatt »Amis raus« nun also »Amis rein«, um den Großen Satan zu entlarven?

Der buntscheckigen Ablehnungsfront der amerikanischen Außenpolitik, die von ernsthaften 3.Welt-Aktivisten bis zu hartgesottenen »FAZ«- und »Taz«-Interventionisten reicht, steht die nicht nicht minder skurile Allianz der alten und neuen Freunde Amerikas gegenüber. Sie führen etwa folgende Argumente ins Feld: Unter der Ägide der USA sind seit 1989 die schlimmsten Kriegsschauplätze befriedet worden: Fast überall in Südamerika legte sowohl die Guerilla als auch die Contra die Waffen nieder, in Südafrika wurde die Apartheid vergleichsweise unblutig beendet, im Nahen Osten Israel und die PLO ausgesöhnt.

Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß die USA lediglich dort erfolgreich waren, wo sich die weltweite Bipolarität auf regionaler oder nationstaatlicher Ebene reproduzierte – wo also den Kombattanten des westlichen Lagers halbwegs vernünftige und berechenbare Kontrahenten aus dem linken oder prosowjetischen Lager – die PLO, der ANC, die FMLN, die Sandinisten – gegenüberstanden. Überall dort aber, wo die Linke geschlagen oder nicht vorhanden ist, verfallen geordnete Staaten der Barbarei, lodern Stammeskriege auf oder droht die Machtübernahme des fundamentalistischen Lumpenproletariats. Das beste Beispiel ist Afghanistan: Die USA konnten zwar den Abzug der Sowjets erreichen, danach ging der Wahnsinn aber erst richtig los. Die Mullahs, die das Pentagon zur Bekämpfung der sowjetfreundlichen Regierung in Kabul gesponsort hatte, sind ihrem Auftraggeber längst über den Kopf gewachsen.

Afghanistan ist überall: Nachdem der Kapitalismus seinen Widerpart verschlungen und sich die ganze Erde unterworfen hat, wird er von den Ungeheuern, die er selbst gezeugt hat, gefressen. So auch in China: Deng und seine Zöglinge haben das Land für die ausländische Bourgeoisie geöffnet und eine inländische Bourgeoisie zugelassen – das Resultat sind schwindelerregende Profite, massenhaftes Elend und eine beängstigende Dekomposition des Nationalstaates. Das muß so sein: Jede Nation ist nichts anderes als der gelungene Versuch unterschiedlichster Menschen einer Region, über die ursprüngliche Akkumulation von Kapital eine gemeinsame Ökonomie herzustellen. Jede Nationalökonomie und damit jede Nation ist ein künstliches Gebilde, das zerfällt, sobald es seinen Zweck nicht mehr erfüllt, der z.B. darin besteht, die dort lebenden Menschen zu ernähren. In China wird heute wieder gehungert, deswegen gibt es Riots auf dem Land, Kriminalität in den Städten und löst die Staatsmacht sich auf. Umgekehrt nähert sich der Lebensstandard in den Sonderwirtschaftszonen dem der anderen Kleinen Tiger, Tibet strebt über westliche Protektion nach Sezession. Wie soll angesichts dieser

zentrifugalen Tendenzen der Laden anders zusammengehalten werden als durch Repression? Ohne sie droht die negative Aufhebung von Nation und Staat, der Zerfall à la Jugoslawien oder der Bandenkrieg à la Somalia.

Nachdem man in China die kommunistische Alternative abgeschrieben und sie anderswo im Blut ertränkt hat, steuern die »Machthaber auf dem kapitalistischen Weg« (Mao) umso sicherer in die Katastrophe: Entweder säkulare Staatswesen verpanzern sich zur Militärdiktatur – oder sie kapitulieren vor dem Chaos respektive den Barbaren. Eine emanzipatorische Linke darf sich auf keine Seite dieses Widerspruchs drängen lassen. Sie verrät ihre Staatskritik, wenn sie, wie Wolfgang Pohrt vor fünf Jahren, die Panzer auf dem Platz des Himmlischen Friedens rechtfertigt. Trägt sie aber als Beiboot einer Menschenrechtskampagne zur Destabilisierung von Militärdiktaturen wie in China, Algerien oder der Türkei bei, so befördert sie die Zersetzung des staatlichen Gewaltmonopols durch kriminelle Warlords, Gottes- oder Ethnokrieger. Das Ergebnis wäre nicht weniger, sondern mehr Terror.

Tertium datur: Die algerische Frauenbewegung begrüßt die Unterdrückung der fundamentalistischen FIS, ohne im übrigen die Junta zu unterstützen. Der chinesische Linksoppositionelle Yuan Hongbin tritt für Arbeiterrechte ein, d.h. für die Entfaltung des Klassenkampfs, und kümmert sich nicht um den Dalai Lama. Also: Die Linke sollte sich nach dem Scheitern des Modells 1917 nicht auf das Modell 1789 zurückwerfen lassen, etwa auf die Propagierung allgemeiner Menschenrechte. Statt dessen sollte sie höchst selektiv nur die Menschen und Organisationen unterstützen, die – grob gesagt – ihren Zielen nützlich sind. Methodisch kann sie dabei vom Utilitarismus der Clinton-Regierung eine Menge lernen.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 6/94 über den Zug der Friedensbewegung von Kuweit-City nach Gorazde

Konkret 07/94, S. 26

Oliver Tolmein

Aparter Mix

Was geschah wirklich in Bad Kleinen? Neue Erkenntnisse widerlegen die offizielle Version der Staatsschutz-Aktion gegen Birgit Hogefeld und Wolfgang Grams. Erkenntnisse, die auch im Verfahren gegen den verantwortlichen Redakteur von KONKRET eine Rolle spielen werden, das der Staatsschutz wg. KONKRET 8/93 angestrengt hat und das am 30. Juni vor dem Hamburger Amtsgericht eröffnet werden soll

Ein Jahr nach der großangelegten Verhaftungs-Aktion von BKA und GSG 9 in Bad Kleinen können sich die Staatsschützer zufrieden zurücklehnen. Ihre »Weinlese« hat einen besonders aparten Mix reifen lassen. Die Kriminalitäts-Diskussion läuft auf vollen Touren, die parlamentarischen Parteien streiten sich allenfalls noch darum, wie weit die Kompetenzen des Staatssicherheits-Apparates ausgebaut werden sollen, die RAF und die Gefangenen-Gruppe haben sich heillos zerstritten, die Kronzeugen-Verfahren laufen weiter, ohne daß nachhaltige öffentliche Kritik laut würde, gleichzeitig werden die Haftbedingungen wieder verschärft oder sind, wie bei Birgit Hogefeld, ohnehin auf dem Stand der späten 70er Jahre, als Isolationshaft für politische Gefangene den Normalzustand darstellte. Dieser Erfolg auf der ganzen Linie ist bemerkenswerterweise nicht dadurch zu erklären, daß die Vertuschungs-Versuche des Staatsapparates im Fall Bad Kleinen erfolgreich gewesen wären. Es dürfte im Gegenteil kaum einen mit den Ereignissen befaßten Journalisten geben, der die Staatsversion vom Selbstmord Wolfgang Grams tatsächlich glaubt. Zu offensichtlich ist die Desinformations-Politik des Sicherheitsapparates.

Um die Aufklärung der Ereignisse in Bad Kleinen haben sich bislang vor allem die Anwälte der Familie Grams, Thomas Kieseritzky und Andreas Gross, verdient gemacht, die die zahllosen »Pannen« und »Versehen« veröffentlicht haben, die eine auf Indizien beruhende Aufklärung der Ereignisse in Bad Kleinen verhinderten. Ihnen verdanken wir auch als bislang aktuellste Quelle ein Anfang Juni veröffentlichtes gerichtsmedizinisches Gutachten, das schlüssig darlegt, daß Wolfgang Grams die Pistole keineswegs, wie bisher in den offiziellen Berichten behauptet wird, nach einem selbstmörderischen Schuß aus der Hand gefallen ist. »Die auf dem rechten Handrücken von Wolfgang Grams festgestellte bogenförmige Hautabschürfung und -rötung läßt sich widerspruchsfrei durch einen streifenden Kontakt mit dem Hahnende (der Waffe, O.T.) im Rahmen eines Entwindungsgriffs erklären. Form und Aussehen der Hautveränderung sind im Experiment in weitestgehender Annäherung reproduzierbar«, stellt der Gerichtsmediziner Professor Bonte in einer ausführlichen Stellungnahme fest. Ist Grams die Waffe aber entwunden worden, ist damit die ohnedies unwahrscheinliche Selbstmord-Version voll-ends erledigt, die Aussagen der gegen Grams eingesetzten GSG-9 Beamten wären damit unabweisbar als gelogen und der Vertuschung einer vorsätzlichen Tötung dienend widerlegt. Deswegen haben die Anwälte der Familie Grams gegen die Einstellung des Todesermittlungsverfahrens Beschwerde erhoben und verlangt, daß ein Ermittlungsverfahren wegen Mordes an Wolfgang Grams eingeleitet wird.

Der Täter war ihrer Auffassung nach der GSG-9 Mann, der als Nr. 3 in den Akten geführt wird. Er soll, den offiziellen Berichten zufolge, Führer des »Zugriffstrupps« gewesen sein und sich, nachdem Michael Newrzella und der Beamte Nr. 5 von Geschossen getroffen waren, direkt hinter Grams befunden haben. Von Bedeutung ist hierbei, daß er ein weinrotes Sweatshirt getragen hat – eine »weinrote Jacke« hatte nämlich die Kioskverkäuferin Baron bei einem der Männer gesehen, die – ihrer Aussage zufolge – bei Grams standen und auf ihn geschossen haben sollen. Nach dem Einsatz hatte der Beamte Nr. 3 einen Weinkrampf und war, wie die Anwälte erfahren haben, »noch am Bahnhof einer besonderen Betreuung zugeführt« worden.

Während diese Beobachtungen und Indizien immerhin noch dafür sprechen könnten, daß ein GSG-9-Mann im Verlauf des Einsatzes »durchgedreht« ist und anschließend eben versucht wurde, seine Tat zu vertuschen, ergibt die Gesamtschau der bis heute bekannten Ereignisse, von Widersprüchlichkeiten bei der angeblichen Einsatzplanung bis zur mutmaßlich gezielten Spurenvernichtung, ein anderes, noch unerfreulicheres Bild. Denn einige Indizien sprechen dafür, daß der Einsatz von vornherein zum Ziel hatte, Wolfgang Grams auf den Bahnsteig, auf dem er dann gestorben ist, zu treiben. Gegen die Regierungsversion spricht vor allem die auffällige Diskrepanz zwischen dem angeblichen Auftrag des GSG-9 Mannes Nr. 4 und dessen tatsächlichem Verhalten. Die Autorengruppe Landgraeber, Sieker und Wisniewski hat die »verschlungenen Wege des Beamten Nr. 4« in dem ansonsten eher ärgerlichen Buch *Operation RAF* präzise nachgezeichnet. Bemerkenswert dabei ist, daß Nr. 4 der einzige Beamte gewesen sein soll, der auf dem Bahnsteig 3/4 postiert worden war – und das, den offiziellen Berichten zufolge, nicht etwa, um auf jeden Fall zu verhindern, daß einer der Gesuchten auf den Bahnsteig flüchtet, sondern ausschließlich zu Observationszwecken. Auch diese hat er aber mitten im Einsatz plötzlich nicht weiter verfolgt. Die offizielle Version begründet das mit einem verstümmelten Funkspruch, den ein anderer Beamter gehört und dann an Nr. 4 weitergeleitet haben will.

Gegen diese Version spricht, daß ein Funkspruch, der sich mit Nebensächlichkeiten beschäftigt, in dieser Phase des Einsatzes überhaupt nicht hätte abgesetzt werden dürfen. Auch die Weiterleitung eines erkennbar verstümmelten Funkspruchs ohne Rückfrage ist unüblich. Unklar ist auch, warum der Spruch nicht klar empfangen werden konnte – die

offizielle Begründung, »schlechte Verbindungen in der Unterführung«, macht keinen Sinn, weil alle Beteiligten an dieser Panne sich außerhalb der Unterführung befunden haben. Irritierend ist ebenfalls, daß der Beamte Nr. 4 den Satzfetzen – »Zugriff erfolgt« – als Einsatzbefehl mißdeutet haben will: Der Einsatzbefehl war nämlich dem Bericht der Bundesregierung zufolge ein vorher verabredetes Handzeichen. Seltsam ist weiter das anschließende Verhalten von Nr. 4: Er verläßt seinen Posten und stürmt die Treppe zur Unterführung hinunter. Was er, der gar keinen Festnahmeauftrag hatte, dort wollte, bleibt genauso unklar wie die Beantwortung der Frage, warum Wolfgang Grams auf den hektisch an ihm vorbeistürzenden Mann nicht reagiert haben soll. Klar ist nur das Ergebnis: Das Verschwinden der Nr. 4 vom Bahnsteig eröffnet Grams den einzigen Fluchtweg. Auch der V-Mann Steinmetz begleitet Grams genau bis zum Aufgang zum Bahnsteig 3/4 und wird dort durch seine »Festnahme« aus dem Verkehr gezogen. Und ein weiterer »Zufall«: Ausgerechnet und nur Gleis 4 sollte den Aussagen des BKA-Beamten Stock zufolge von einfahrenden Zügen freigehalten werden.

Michael Newrzella verfolgt den fliehenden Grams und hat ihn fast erreicht, als er selbst durch zwei präzise Schüsse tödlich getroffen wird. Angeblich soll Grams sie abgefeuert haben. Bis heute spricht mehr dagegen als dafür: Während Newrzella von Winchester-Patronen getroffen wurde, befanden sich in Grams Magazin, das zwar theoretisch Winchester-Munition aufnehmen kann, ausschließlich Vollmantelgeschosse. Die Schußkanäle der Treffer sprechen darüber hinaus dagegen, daß Newrzella von einem einzigen Schützen getroffen wurde. Außerdem müßten sich dem Abschlußbericht der Bundesregierung zufolge die drei angeblich von Grams abgefeuerten Winchester-Patronen in 41 Teile zerlegt haben, was ebenfalls äußerst unwahrscheinlich ist. Bleiben zwei Fragen offen: Warum sollte Grams auf den Bahnsteig 3/4 gelangen, und: Wer, wenn nicht Grams, hat Newrzella erschossen?

Mehrere Zeugen haben maschinengewehrähnliche Schüsse während des Einsatzes gehört. Die Zeugin Baron, deren Aussagen zwar präzise und unwiderlegt sind, die aber von den Ermittlungsbehörden als unglaubwürdig abqualifiziert wurde, hat kurz nachdem der tödliche Schuß auf Grams abgefeuert worden ist, mehrere vermummte Männer gesehen, die »mit Maschinengewehren« bewaffnet waren und zu der Lok auf Gleis 5 gegangen sind. Landgraeber, Sieker und Wisniewski weisen darauf hin, daß laut einem BKA-Dokument 21 GSG-9 Beamte »den Zugriff« vorgenommen haben sollen, während in den offiziellen Berichten immer nur von 16 GSG-9 Beamten die Rede ist. Es ist also zumindest nicht ausgeschlossen, daß die vermummten Männer, die die Zeugin Baron gesehen hat, zu einem Scharfschützenkommando gehörten, das den Auftrag hatte, Grams zu erschießen, dabei aber Newrzella traf.

Bleibt die Frage nach dem politischen Ziel des so oder so auf Eskalation zielenden Großeinsatzes gegen Grams und Hogefeld. Die *Operation RAF*-Autoren, die sich zuvor schon mit dem *RAF-Phantom* in die Bestseller-Listen katapultiert hatten, legen in ihrem Buch nahe, daß Bad Kleinen die Antwort des Staatsschutzes auf ihr *RAF-Phantom* gewesen sei: »Selten haben Bundesanwaltschaft und BKA, aber auch die Verfassungsschutzbehörden, einen ›Fahndungserfolg‹ so dringend benötigt, wie den von Bad Kleinen ... Mit der ›Operation RAF‹ ... konnten angebliche Führungsfiguren der ›RAF‹ endlich einmal in persona vorgezeigt werden, mit dem Effekt, daß die leidigen Gerüchte um deren Existenz oder Nicht-Existenz einstweilen verstummten ...« Die Selbstüberschätzung der Autoren wird nur noch durch ihre politische Unbedarftheit übertroffen: »Zum ersten Mal«, behaupten sie, »wurde für jedermann offensichtlich: Bei der Fahndung nach der RAF geht es nicht mit rechten Dingen zu ... Man stelle sich vor, Wolfgang Grams wäre noch am Leben: ... Bei der Vielzahl der vernichteten Spuren und widersprüchlichen Zeugenaussagen wäre für ihn ein Freispruch aus Mangel an Beweisen im Bereich des Möglichen gewesen.«

Diese Annahme ist angesichts der Geschichte der real existierenden RAF-Prozesse dermaßen absurd, daß man, wendete man die Bewertungs-Methode der Autoren auf ihr eigenes Produkt an, es umstandslos als »Landgraeber-Sieker-Wisniewski-Phantom« entlarvt werden müßte, das in geheimem Auftrag sich müht, die politischen Verhältnisse hierzulande als im großen und ganzen in Ordnung darzustellen. Die Hausdurchsuchung, die das BKA bei den Autoren durchgeführt hat, wäre, richtete man auf sie einen so schrägen Blick, wie jene auf die RAF, nur ein zusätzliches Indiz für die Phantom-These: Wie sonst ließe sich der Ruf des Trios besser festigen, als wenn man sie in die Nähe von Staatsfeinden rückte ...

Anders als der linksliberale Mythos es will, muß die deutsche Staatssicherheit zwecks eigener Legitimation keinen Feind künstlich am Leben halten, sie muß ihn vor allen Dingen irgendwann einmal besiegen. Bad Kleinen war in gewisser Weise ein Schlußstrich unter ein Kapitel deutscher Polizei- und Justizpolitik. Im nächsten wird bereits geblättert – und es liest sich keineswegs schöner. Die innere Aufrüstug der deutschen Gesellschaft, der Umbau des Rechtsstaates zum Willkürstaat, hat längst ein anderes Feindbild: organisierte und Ausländerkriminalität. Und die Bevölkerung ist bei der Mobilmachung wieder begeistert dabei. Um jeden Preis die »Euro-Mafia zerschlagen« und »Sicherheit statt Angst« – das bleiben gute Gründe, CDU/CSU zu wählen.

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 3/94 über Bioethik

Konkret 07/94, S. 28

Peter Hetzler

Wahl der Waffen III

Praktische antirassistische Arbeit bedeutet in der BRD nach der Abschaffung des Asylrechts vor allem, die Abschiebung von Flüchtlingen zu verhindern. Besonders intensiv kümmern sich darum vereinzelte Kirchengemeinden

Im Frühjahr 1983 fand im Gemeindehaus der Berliner Heilig-Kreuz-Gemeinde ein Hungerstreik gegen die drohende Abschiebung des Türken Cemal Altun statt. Er blieb erfolglos, und Altun stürzte sich, als seine Abschiebung anstand, aus dem Fenster eines Gerichtsgebäudes in den Tod. Als kurz darauf eine Gruppe von Palästinensern abgeschoben werden sollte, hielten sich die Mitglieder der Heilig-Kreuz-Gemeinde nicht mehr mit Hungerstreiks auf – sie gewährten den Bedrohten Asyl. Es war der erste von inzwischen 2.200 Fällen von Kirchenasyl in der BRD – im Westen mehr als im Osten, in protestantischen Gemeinden mehr als in katholischen. Kurden, Roma, Libanesen, Angolaner, Moambiquaner, Inder, Bangladeshi, Tamilen, Pakistani, Eritreer, Vietnamesen, Kosovo-Albaner, Palästinenser, Sinti, Filipinos, Algerier und Ugander wurden entweder in Privatwohnungen versteckt oder in Kirchenräumen untergebracht.

Nun fragt sich nicht nur Bundesoberfeldwebel Kanther, wie aus anständigen Kirchengemeindemitgliedern scheinbar entschlossene Gesetzesbrecher werden konnten, die, entgegen den Bonner Bemühungen, die Todesstrafe für Ausländer auf dem Umweg der Abschiebung einzuführen, hartnäckig an antiquierten Vorstellungen von Menschenrechten festhalten und Asylbewerber dem staatlichen Zugriff entziehen.

Viele Kirchengemeinden kümmern sich seit Jahren um Asylbewerber in den staatlichen Wohnheimen und Lagern. Zu ihrem humanitären Engagement ist das politische hinzu gekommen. Zahlreiche Gemeindemitglieder sind mittlerweile zu Experten für die politischen Zustände in den Herkunftsländern und die Verantwortung der BRD für diese geworden. Ein völlig normaler Politisierungsprozeß also, der nur deshalb erstaunt, weil zur Zeit brave Bürger die Arbeit machen, die eigentlich die verschwundene linksradikale Opposition leisten müßte.

Seit der faktischen Abschaffung des Asylrechts registrieren die Ausländerbeauftragten der evangelischen Landeskirchen »katastrophale Zustände« bei der Abschiebepraxis. »Die Asyldebatte wirkt in den Köpfen der Entscheider«, so Wolfgang Weber, der Ausländerbeauftragte der Badischen Landeskirche. »Die Abwägung zwischen dem persönlichen Einzelschicksal und dem öffentlichen Interesse, Flüchtlingszahlen zu reduzieren, wird immer unbarmherziger zuungunsten der Flüchtlinge entschieden.«

Schlossen sich in Berlin Mitte der achtziger Jahre die asylgewährenden Kirchengemeinden überkonfessionell zusammen, so blieb das Kirchenasyl im restlichen Deutschland unkoordiniert. Einzelaktionen, die von akuten Notfällen getrieben wurden, waren die Regel. Manche Kirchengemeinde, die wochenlang Asyl gewährt hatte, gab entnervt auf, weil sie nicht weiter wußte.

1991 kam es zu einem ersten bundesweiten Vernetzungsversuch. 70 Vertreter unterschiedlicher Asylgruppen verabschiedeten die »Nürnberger Deklaration«, die zu einer Art Grundsatzerklärung zum Thema Kirchenasyl wurde: »Wir haben aus unserer Geschichte leidvoll gelernt, daß das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit unter allen Umständen unverzichtbar sein muß ... Unser Gewissen schweigt nicht, wenn sich Behörden und Gerichte dazu hergeben, gefährdete Flüchtlinge abzuschieben. Unser Gewissen wird auch nicht ruhig, wenn die Abschiebung entsprechend einem gesetzlichen Verfahren geschieht ... Wir fordern, Kirchen, Gemeindehäuser und Wohnungen zu öffnen ... In dieser Situation gibt es keine Zuschauenden, sondern nur Beteiligte.«

Trotz der eindeutigen Formulierung bereitet es den Kirchenleuten arges Kopfzerbrechen, daß sie nur moralisch, nicht aber juristisch im Recht sind. Auf der Suche nach Argumenten gegen den Vorwurf des Innenministers, sie würden sich ein »Privatrecht« basteln, durchforsteten sie erstmal die Bibel.

Ihre Lesart: Die Bibel ist ein Buch von Flüchtlingen für Flüchtlinge. War Jesus etwa kein Flüchtling? War nicht schon Adam, nachdem er aus dem Paradies vertrieben wurde, Flüchtling? Und Abraham, der erste historisch verbürgte Wirtschaftsflüchtling? Steht da nicht: »Birg den Fremden, den Flüchtling verrate nicht« (Jes. 16,3)? Oder: »Und ihr sollt den Fremden lieben, denn ihr seid auch Fremde gewesen im Land Ägypten« (5. Mos. 10,19)? Ist das Kirchenasyl nicht sogar eine Tradition, vom 4. Jahrhundert bis zur Aufklärung teilweise staatlich akzeptiert?

Doch auch entlang des weltlichen Grundgesetzes, nach dem die Würde des Menschen unantastbar sei, argumentieren die Gottesleute und behaupten, daß das Asylrecht dem zuwiderläuft und Kirchenasyl den verlorengegangenen rechtsstaatlichen Prinzipien Geltung verschafft. Der Heidelberger Pfarrer Ramsauer, dessen Kirchengemeinde einem Kurden monatelang Asyl gewährte: »Wir haben ja diesen Schritt deshalb getan, weil wir alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen wollen. Wir setzen auf diesen Rechtsstaat – voller Zuversicht und voller Vertrauen.«

Den Spagat zwischen Anerkennung der Gesetze und individueller Gewissensentscheidung formuliert die Evangelische Landeskirche Baden so: »Die Kirche erkennt an, daß es in einem Rechtsstaat Sache der zuständigen staatlichen Behörden

und Gerichte ist, ob einem Flüchtling Asyl gewährt wird oder nicht ... Es kann Situationen geben, in denen Christen nach bestem Wissen und Gewissen zu der Überzeugung kommen, daß eine nach staatlichem Recht zulässige Abschiebung die Betroffenen der Gefahr einer unmenschlichen Behandlung (Folter) aussetzt oder sogar in Lebensgefahr bringt. In solchen Fällen kann es als ›ultima ratio‹ gerechtfertigt und geboten sein, gegen den Willen des Staates Maßnahmen zu ergreifen, die eine drohende Abschiebung verhindern.« Andere Landeskirchen faßten nach anfänglicher Zurückhaltung ähnliche Beschlüsse, seit Entscheidungen über Kirchenasyl von immer mehr Kirchengemeinden getragen und auch noch von der Presse gelobt werden. Kirchenaustritte gibt es ohnehin genug.

Die Zustimmung der Kirchenführungen zum Bonner Asylkompromiß im vergangenen Jahr hatte an der Basis große Proteste ausgelöst. Die Kritik daran, daß die EKD der Abschaffung des Asylrechts zustimmte, obwohl neun Landeskirchen sich klar dagegen und die restlichen 15 nicht dafür ausgesprochen hatten, nahm in kirchlichen Publikationen breiten Raum ein. Auf der EKD-Synode im November ‘93 wurde deshalb beschlossen, die Auswirkungen der Asylrechtsreform zu beobachten. Seitdem laufen in der EKD-Zentrale permanent Berichte vom alltäglichen Abschiebungswahn ein. In der katholischen Kirche war es vor allem die Caritas, die aufgrund ihrer Erfahrungen mit der Abschiebepraxis Druck nach oben machte.

Während für die Beamten Folter kein Asylgrund, sondern, wie es in Bescheiden zuweilen heißt, »eine im Herkunftsland normale Methode der Wahrheitsfindung« ist, vertreten manche Gemeinden die Auffassung, daß nicht nur Folter, sondern auch soziale und wirtschaftliche Härten ein Bleiberecht garantieren müssen. Eine Bergarbeitergemeinde in Gelsenkirchen verhinderte beispielsweise die Abschiebung einer türkischen Familie, die aufgrund des Ausländergesetzes ausgewiesen werden sollte, weil der Vater gestorben und damit die Aufenthaltsberechtigung für die Familie entfallen war. In den meisten heutigen Kirchenasylfällen geht es allerdings um Kriegsflüchtlinge.

Kirchenasyl wird nur in Einzelfällen gewährt, und auch das nur, wenn vorher alle Vermittlungsversuche bei Behörden gescheitert sind. Jeder Fall wird überprüft – das geht bis zu Anfragen bei amnesty international in London – und die Beweise über die Gefährdung von Leib oder Leben des Flüchtlings auf Pressekonferenzen vorgelegt. Das schafft den Ausländerbehörden starke Legitimationsprobleme, und in Kirchen marodierende Polizeitruppen machen sich ohnehin nicht gut. Für rund 80 Prozent aller Kirchenasylanten konnte so trotz vorheriger Abschiebeverfügung ein Aufenthaltsrecht in Deutschland durchgesetzt werden. In den meisten Fällen waren nachträglich Abschiebehindernisse anerkannt oder Verfahrensfehler aufgedeckt worden.

Lediglich viermal (in Hamburg, Herscheid, München und Münster) hat die Polizei Kirchenasylanten gewaltsam abgeholt. Ein rundes Dutzend Anklagen gegen Kirchenvertreter wurden eingestellt; nur in Nürnberg wurden sechs Gemeinderatsmitglieder zu Ordnungsstrafen von jeweils 250 Mark verurteilt. Es ist umstritten, ob die offene Form des Kirchenasyls überhaupt strafbar ist: Schließlich ist der Aufenthaltsort der Flüchtlinge in diesem Fall bekannt.

Das offene Asyl in der Kirche vereinfacht die Öffentlichkeitsarbeit und die Verhandlungen mit den Behörden. Erst wenn es zu scheitern droht, gehen die Asylgruppen einen Schritt weiter. So konnte im August 1992 Anife, 17, entkommen, als in Münster ihre mazedonische Familie von der Polizei in den Räumen der Evangelischen Studentengemeinde festgenommen und abgeschoben wurde. Sie wurde monatelang mit Haftbefehl gesucht und im Rheinland und Westfalen von Christen versteckt. Drohte ihr Versteck aufzufliegen, bekam sie ein neues. Selbst Peter Beier, Präses der Evangelischen Kirche Rheinland, war bereit, Anife illegal in seinem Haus zu verstecken, bis sie schließlich von einem Kirchenmitglied adoptiert wurde.

Wenn gar nichts mehr geht, werden Flüchtlinge von Gemeindemitgliedern begleitet, um im Abschiebeland eine Lösung zu finden. Das ist aber selten. Adoption, Heirat oder Patenschaftsmodelle werden in der Kirchenasylbewegung in den 20 Prozent aller Fälle als Alternative gesehen, in denen selbst Kirchenasyl nichts mehr bewegt. Sollten auch diese Lösungen versagen, bleibt noch der Weg ins Ausland.

Kirchenasylbewegungen gibt es unter anderem in der Schweiz, in Skandinavien, in den Niederlanden und in den USA. Dort hat die Sanctuary-Bewegung eine lange Tradition (sanctuary = Allerheiligstes). Erst wurden geflohene Sklaven versteckt, später Deserteure, die sich weigerten, den Ameri-can way of life in Vietnam zu verteidigen. Heute sind es Flüchtlinge aus Mittel- und Südamerika. Der Sanctuary-Bewegung haben sich inzwischen ganze Städte wie Ithaca, Berkeley, Cleveland und Seattle angeschlossen sowie Bundesstaaten wie New Mexico, New York und Wisconsin, die jede Zusammenarbeit mit den Einwanderungsbehörden verweigern.

Daß es auch in Deutschland so weit kommen kann, glaubt Wolf-Dieter Just, Studienleiter an der Evangelischen Akademie Mühlheim und einer der drei Sprecher der im Februar dieses Jahres gegründeten Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche, nicht. Auch den Erfolg der norwegischen Kirchenasylbewegung, die der Regierung einen Abschiebestopp abtrotzte, wird nach Meinung von Just in Deutschland nicht zu wiederholen sein. Den von den SPD-Ländern verfügten Abschiebestopp für Kurden hält Just indes für einen Erfolg der Kirchenasylbewegung. Grundsätzliche politische

Änderungen durch das Kirchenasyl hält er allerdings schon deshalb für unwahrscheinlich, weil die Philosophie des Kirchenasyls keine politische, sondern eine rein humanitäre sei.

Die Kirchenasylinitiativen arbeiten vor Ort mit Menschenrechtsorganisationen, Dritte-Welt-Gruppen und manchmal auch mit Autonomen zusammen. Die Aktion der Autonomen in Norderstedt, die zusammen mit Flüchtlingen vom November ‘91 bis Februar ‘92 die Schalom-Kirche besetzt hielten, um den vor Faschoangriffen aus Greifswald geflohenen Flüchtlingen zu helfen, kam allerdings nicht gut an. Am Ende verließen die Autonomen die Kirche, nachdem der gestreßte Kirchenvorstand mit Räumung gedroht hatte.

Die organisierte Kirchenasylbewegung steht erst am Anfang. Von den gut 12.000 Kirchengemeinden in Deutschland haben sich bislang etwa 250 grundsätzlich bereit erklärt, Kirchenasyl zu gewähren. Geschätzte 600 bis 700 Kirchengemeinden haben bislang keine Grundsatzbeschlüsse gefaßt, wären im Einzelfall aber dazu bereit. Auch die Bundesarbeitsgemeinschaft kann nicht sagen, wieviele Fälle von Kirchenasyl es zur Zeit gibt, sondern nur schätzen: 11 bis 20 werden es sein. Die Vernetzung steht erst am Anfang, und auch die politische Standortbestimmung ist nicht abgeschlossen. Je näher an der Abschiebepraxis, desto konsequenter und entschlossener sind die Christen, je näher an der Kirchenspitze, desto moderater geben sie sich gegenüber Kanther. Daran wird sich erstmal nichts ändern. Man kann die Kirchenasylgruppen nur darauf hinweisen, daß dieses Spannungsverhältnis irgendwann dazu führen wird, daß – eine alte Masche der Widerstandsbekämpfung – die vorgeblich vernünftigeren Gruppen toleriert und die konsequenteren kriminalisiert werden.

Außer mit Kanther müssen sich die Kirchenasylleute übrigens auch mit Faschisten rumschlagen. Droh- und Schmähbriefe sind da noch die harmlosere Variante. In Detmold wurden Helfer zusammengeschlagen, aus anderen Orten wird ähnliches berichtet. In Köln, wo Kirchenmitglieder eine Romafrau versteckt hielten, erstellte die DVU Steckbriefe und setzte 1.000 Mark Belohnung zur Ergreifung der Frau aus.

Peter Hetzler schrieb in KONKRET 4/94 über den Tarifabschluß der IG Metall

Konkret 07/94, S. 30

ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK

Jeder ist uns der nächste 28

Donnerstag, 5.5.1994 –

Das Jugendschöffengericht in Groß-Gerau verurteilt einen 17jährigen Rüsselsheimer, der im Juni 1993 ein im Bau befindliches Asylbewerberheim angezündet hat, zu einer Jugendstrafe von 18 Monaten. Der 22 Jahre alte Mittäter wird zu einer Haftstrafe von zwei Jahren verurteilt, die auf Bewährung ausgesetzt wird. Außerdem muß er 3.000 Mark Geldbuße zahlen.

Freitag, 6.5. 1994 –

In Berlin-Weißensee überfallen 15 Skinheads Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien. Sie treten die Wohnungstür ein, demolieren die Kücheneinrichtung. Die Täter können, bis auf zwei Mädchen, die festgenommen werden, fliehen.

Dienstag, 10.5. –

Nach Angaben des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Werthebach, ist die Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten rückläufig. Von Januar bis zum 28. April 1994 wurden 37 Prozent weniger derartige Straftaten registriert als im gleichen Vorjahreszeitraum. –

Vor dem Berliner Landgericht beginnt der Prozeß gegen acht Mitglieder einer Jugendbande im Alter von 15 bis 23 Jahren, die vietnamesische Zigarettenhändler als eine Art »Freizeitsport« gejagt, mißhandelt und beraubt haben.

Donnerstag, 12.5. –

Unbekannte Täter werfen in Berlin-Kreuzberg eine Handgranate in eine Pizzeria. Bei der Explosion entsteht erheblicher Sachschaden, verletzt wird niemand. Ein Beamter der Staatsanwaltschaft teilt mit, ein politisches Motiv für den Anschlag sei nicht erkennbar. –

Etwa 30 Hooligans jagen 5 Schwarzafrikaner durch die Magdeburger Innenstadt. Die Verfolgten flüchten in die von Türken geführte Marietta-Bar und einen Kebab-Stand. Der Hooligan-Trupp, dem sich inzwischen weitere Schläger angeschlossen haben, randaliert in den Lokalen und wird von den türkischen Angestellten an der Mißhandlung der Schwarzafrikaner gehindert. Etwas später trifft der erste Einsatzwagen der Polizei ein und stellt mehrere Schlägereien zwischen Deutschen und Ausländern fest. Im Laufe der nächsten Stunden kommt es zu andauernden Auseinandersetzungen zwischen Rechtsradikalen und Ausländern. Augenzeugen sprechen von kriegsähnlichen Szenen. Es fallen Schüsse, mehrere Personen werden durch Messerstiche erheblich verletzt. Die Polizei nimmt insgesamt 48 Personen vorläufig fest. Gegen sieben Deutsche wird Haftbefehl erlassen. –

In Magdeburg werfen betrunkene Deutsche einen Körperbehinderten aus einer vollbesetzten Straßenbahn. Ein Jugendlicher mißhandelt den Behinderten mit Fußtritten. Der Verletzte wird mit einem Rettungswagen ins Krankenhaus gebracht.

Freitag, 13.5. –

Der Polizeipräsident in Magdeburg, Antonius Stockmann, bestreitet, daß bei den Krawallen am Vortag die Polizei Fehler gemacht habe. »Beherzt und tatkräftig« seien die Beamten trotz ihrer zahlenmäßigen Unterlegenheit eingeschritten. Bei den Gewalttätern habe es sich nicht um eine homogene Gruppe gehandelt. »Sonne und Alkohol« hätten als Ursachen eine stärkere Rolle gespielt als »überwiegend dumpfe Gewaltbereitschaft«. Ausländerfeindliche Tendenzen seien »nicht zu erkennen« gewesen. –

Nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Frankfurt/Main erfüllt das seit mehreren Jahren in neonazistischen und rechtsextremistischen Kreisen umlaufende anonyme Gedicht »Der Asylbetrüger« nicht den Tatbestand der Volksverhetzung. Damit hat der 2. Strafsenat einen Freispruch des Amtsgerichts Fulda bestätigt. Das Schmähgedicht enthalte keinen eindeutigen »Angriff auf die Menschenwürde«, der Voraussetzung für eine Bestrafung wegen Volksverhetzung sei. Das Gericht betont gleichzeitig, daß eine Änderung des geltenden Gesetzes über Volksverhetzung »wünschenswert« sei.

Samstag, 14.5. –

Auf der Autobahn A2 zwischen Königslutter und Braunschweig rammen zwei unbekannte Männer ein mit fünf Türken besetztes Auto. Als die Türken daraufhin anhalten, steigt einer der Männer, der maskiert ist, aus dem Auto und feuert zwei Schüsse ab. Die Angegriffenen können unverletzt fliehen.

Montag, 16.5. –

Wie bekannt wird, hatte die Magdeburger Polizei am Vortag der ausländerfeindlichen Krawalle am 12. Mai vom Verfassungsschutz konkrete Hinweise auf geplante Gewaltaktionen von Rechtsradikalen erhalten. –

Nach Berichten des Bundeskriminalamtes (BKA) ist bei den fremdenfeindlichen Brandanschlägen eine »deutliche Verlagerung der Angriffsziele« festzustellen. Immer häufiger seien Wohnungen und Geschäfte von Ausländern Ziel solcher Anschläge. Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte machen inzwischen nur noch 45 Prozent der ausländerfeindlichen Gewalttaten aus. –

In München stellt Innenminister Günther Beckstein (CSU) den bayerischen Verfassungsschutzbericht für 1993 vor. Danach wurden 1993 über 1.100 fremdenfeindliche, neonazistische, antisemitische und rassistische »Vorfälle« registriert. Dies bedeutet eine deutliche Steigerung gegenüber 1992 mit 875 derartigen Straftaten. Die fremdenfeindlichen Gewalttaten sind dabei von 103 auf 65 zurückgegangen, während fremdenfeindliche Straftaten von 389 auf 460 anstiegen. Die antisemitischen »Vorfälle« nahmen von 484 auf 699 zu. –

Die 18. Strafkammer des Landgerichts München I verurteilt den 61jährigen Tierarzt Wolfgang S. in der Berufungsverhandlung wegen Volksverhetzung zu einem Jahr Freiheitsstrafe auf Bewährung, mit der Auflage, eine Geldbuße von 5.000 Mark zu zahlen. Der 61jährige hatte in einem kostenlos verteilten Anzeigenblatt Ausländer unter anderem als »Parasiten« bezeichnet, »die, selbst wenn sie arbeiten, noch Schaden anrichten«. In erster Instanz war der Mann am 3. November 1993 freigesprochen worden. Die Staatsanwaltschaft hatte Berufung eingelegt.

Dienstag, 17.5. –

In Lüneburg schießen zwei junge Männer aus einem fahrenden Auto auf eine Asylbewerberunterkunft. Es wird niemand verletzt.

Mittwoch, 18.5. –

In Erkner bei Berlin überfallen unbekannte Jugendliche einen vietnamesischen Zigarettenhändler. Sie schlagen ihn zusammen und berauben ihn. –

Brandanschlag auf ein Ausländerwohnheim im Hamburger Stadtteil Wellingsbüttel. Unbekannte Täter legen Feuer an der Holzwand des von 40 Menschen bewohnten Hauses. Ein Bewohner entdeckt das Feuer frühzeitig und kann den Brand löschen. –

In der Studie »Rechtsextremismus in Berlin« beschreibt der Berliner Verfassungsschutz die Aktivitäten und Strukturen der Rechtsextremisten. Danach steigt die Zahl der Neonazis in Berlin weiter an. Allein im vergangenen Jahr wuchs sie um rund 100 auf etwa 1.700. Insgesamt wurden 1993 647 Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Hintergrund, darunter 75 Gewalttaten, registriert.

Donnerstag, 19.5. –

Sieben Soldaten der Bundeswehr – Angehörige des Wachbataillons, das für die militärischen Ehren bei Staatsbesuchen zuständig ist – randalieren an ihrem Stationierungsort in Siegburg bei Bonn in angetrunkenem Zustand in einem Bus und rufen »Juden vergasen« und »Ausländer raus«. Ein Fahrgast wird geschlagen. Der Sprecher der Bonner Staatsanwaltschaft teilt mit, die Soldaten seien seines Wissens weiter im Dienst.

Freitag, 20.5. –

Die Jugendkammer des Landgerichts Regensburg verurteilt zwei 19 und 20 Jahre alte Lehrlinge wegen versuchter schwerer Brandstiftung, Diebstahls und Verstoßes gegen das Waffengesetz zu Jugendstrafen von drei Jahren und zehn Monaten sowie drei Jahren. Zwei weitere angeklagte Jugendliche erhalten wegen Beihilfe Bewährungsstrafen. Die Jugendlichen hatten im September 1993 einen Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Cham verübt. Das Gericht folgt der Forderung der Staatsanwaltschaft nicht, den Brandanschlag als versuchten Mord zu werten.

Samstag, 21.5. –

Brandstiftung in einem deutsch-türkischen Kindergarten in Siegburg bei Bonn. Es entsteht ein Sachschaden von einer Million Mark. Der Kindergarten war erst in der vergangenen Woche eröffnet worden.

Sonntag, 22.5. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Hauzenberg/Kreis Passau. Nach einem Streit mit einem italienischen Gastwirt versucht der 18jährige Täter, das Asylbewerberheim in Brand zu setzen. In dem Heim leben 77 Menschen. Es wird niemand verletzt. Der Täter wird festgenommen. –

In Halle wird ein Asylbewerber aus dem Tschad vor einer Diskothek von etwa zehn bis 15 Männern eingekreist und zusammengeschlagen. Dabei fallen Rufe wie »Neger plattmachen« und »Sieg Heil«. Der Afrikaner wird schwer verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert. Eine 23jährige Frau, die dem Flüchtling helfen will, wird ebenfalls verletzt. Weitere Umstehende greifen nicht ein. Die Polizei trifft erst ein, als die Täter bereits verschwunden sind. –

Im Magdeburger Stadtteil Cracau werfen Skinheads aus einem Auto heraus eine Flasche nach zwei Schwarzafrikanern, die auf dem Heimweg in ihre Asylbewerberunterkunft sind.

Mittwoch, 25.5. –

Ein Streit zwischen einem deutschen und einem türkischen Mädchen im Mannheimer Arbeiterviertel Waldorf ist der Auslöser für ausländerfeindliche Krawalle. Die Familie der Deutschen hetzt ihre Hunde auf die türkische Familie, die sich mit Schlagwaffen wehrt. Es kommt zu einer Massenschlägerei zwischen den beiden Familien, in deren Verlauf sich immer mehr deutsche Anwohner zusammenrotten, die die deutsche Familie mit ausländerfeindlichen Parolen anfeuern. Als die Polizei mit neun Einsatzfahrzeugen eintrifft, ziehen die rund 150 Deutschen ab. Drei Stunden später rotten sie sich abermals zusammen und schlagen bei einer weiteren türkischen Familie die Fensterscheiben ein. Im Laufe der nächsten Tage nimmt die Polizei 24 an der Randale beteiligte Deutsche fest.

Donnerstag, 26.5. –

In Magdeburg wird ein 25 Jahre alter Syrer von zwei Männern überfallen und verprügelt. Zwei unbeteiligte Männer sehen dem Überfall tatenlos zu. Aufgrund der Beschreibung des Überfallenen werden kurze Zeit später zwei Tatverdächtige festgenommen. –

In einem von Asylbewerbern und Sozialhilfeempfängern bewohnten Haus in Linz am Rhein bricht aus bislang ungeklärter Ursache Feuer aus. –

Nach der Wahl einer Thailänderin zur »Miß Bayreuth« zetteln Rechtsextremisten auf dem Volksfestplatz eine Prügelei an und rufen ausländerfeindliche Parolen. –

Das Landgericht Kiel verurteilt zwei Skinheads wegen gefährlicher Körperverletzung zu Haftstrafen. Der 20jährige Peter Borchert, der sich im Gerichtssaal zum Nationalsozialismus bekennt, erhält eine Jugendstrafe von drei Jahren und neun Monaten. Ein 24jähriger wird zu 16 Monaten Haft verurteilt. Ein mitangeklagter 18jähriger muß wegen Volksverhetzung und Beleidigung 100 Stunden gemeinnützige Arbeit leisten. Borchert findet das Gericht für schuldig, einen Kieler Busfahrer, der einem Sudanesen zu Hilfe kam, mit einem Messer schwer verletzt zu haben. Wenige Tage später hatten alle drei Angeklagten ein Fest überfallen, von dem sie annahmen, es handele sich um eine türkische Hochzeitsfeier. –

Der bereits verurteilte Thüringer Neonazi Thomas Dienel wird erneut zu einer Haftstrafe verurteilt. Das Landgericht Erfurt verurteilt den 32jährigen wegen eines Überfalls auf ein Asylbewerberheim in Weimar sowie wegen Betrugs, Beleidigung und der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von viereinhalb Jahren. –

Das Landgericht Dortmund verurteilt den 23jährigen Neonazi Andre Krieger wegen Brandstiftung und anderer Delikte zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren auf Bewährung. Das Gericht befindet ihn für schuldig, 1988 einen Brandanschlag auf einen türkischen Laden in Witten verübt zu haben. Vier weitere Mitglieder der inzwischen verbotenen Nationalen Offensive, die neonazistische Sprüche gesprüht haben, erhalten Strafen bis zu acht Monaten Haft.

Freitag, 27.5. –

Brandanschlag auf ein türkisches Lebensmittelgeschäft in Bebra/Hessen. Der Laden brennt völlig aus, verletzt wird niemand.

Sonntag, 29.5. –

Brandanschlag auf das Bürgerhaus im Stadtteil Froschhausen in Seligenstadt, in dem ein türkischer Sportverein feiert. Zum Zeitpunkt des Anschlags halten sich 250 Personen in dem Haus auf. Verletzt wird niemand. –

In der Kleinstadt Trebsen/Kreis Grimma in Sachsen überfällt eine Gruppe von etwa 30 Jugendlichen drei portugiesische Arbeiter. Sie mißhandeln die Portugiesen mit Faustschlägen und Fußtritten. Zwei zu Hilfe kommende Portugiesen werden ebenfalls angegriffen. Die Verletzten müssen im Krankenhaus behandelt werden. Die Polizei nimmt drei Jugendliche im Alter von 16 bis 20 Jahren wegen gefährlicher Körperverletzung vorläufig fest. –

In Füssen greift der 51jährige Vorsitzende des Ortsvereins der Republikaner in einem Lokal mehrere türkische Gäste an. Als der Wirt ihm Lokalverbot erteilt, fängt er an zu randalieren. Gegen seine Festnahme durch die eintreffende Polizei wehrt er sich mit Schlägen und Fußtritten.

Montag, 30.5. –

Das Amtsgericht Tiergarten in Berlin verurteilt einen einschlägig vorbestraften Neonazi wegen Volksverhetzung und Verwendens von Nazi-Symbolen zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren ohne Bewährung. Der 23jährige Umschüler hatte am 19. Dezember 1992 in einem Lokal gesagt, Juden und Ausländer müßten vergast werden.

Dienstag, 31.5. –

Die Jugendkammer des Landgerichts Mönchengladbach verurteilt vier junge Männer im Alter zwischen 22 und 23 Jahren wegen einer Serie von Brandanschlägen auf Asylbewerberheime in Erkelenz und Grevenbroich zu Jugendstrafen zwischen drei und sechs Jahren. Drei von ihnen werden wegen versuchten Mordes und versuchter schwerer Brandstiftung verurteilt, der vierte wegen Beihilfe.

Mittwoch, 1.6. –

Das Landgericht Konstanz verurteilt die drei Angeklagten in der Revisionsverhandlung wegen Schändung von Friedhöfen und Anschlägen auf Asylbewerberheime zu höheren Haftstrafen als in der ersten Instanz. Das Gericht verhängt Haftstrafen zwischen zwei Jahren und drei Monaten sowie vier Jahren und fünf Monaten.

Donnerstag, 2.6. –

In Sassnitz auf Rügen greift eine Gruppe Jugendlicher eine schwedische Juniorenfußballmannschaft mit Baseballschlägern an. Bei dem Überfall werden mehrere der 22 schwedischen Fußballer verletzt.

Freitag, 3.6. –

Brandstiftung in einem türkischen Lebensmittelgeschäft im Karbener Ortsteil Rendel/Hessen. Es entsteht Sachschaden von rund 100.000 Mark. –

In Frankfurt/Main werden Mitarbeiter des für die Stadtwerke arbeitenden Sicherheitsdienstes »Industrie- und Handelsschutz GmbH« (IHS) brutaler Tätlichkeiten gegen Obdachlose und Ausländer beschuldigt. Die Vorwürfe werden von einem noch bei der IHS tätigen und einem bereits ausgeschiedenen Mitarbeiter der IHS bei der Staatsanwaltschaft zu Protokoll gegeben. Außerdem seien Anreden wie »Heil Hitler« und »Herr Obersturmbannführer« üblich. Es handele sich »keineswegs um Einzelfälle, Ausländer und Stadtstreicher werden systematisch verfolgt, beleidigt und auch geschlagen«.

Das Archiv für Sozialpolitik (Ffm) erstellt diese Chronik für KONKRET seit November 1991

Antisemitische Angriffe

Mittwoch, 20.4. –

Die Jüdische Gemeinde in Mainz erhält von einem anonymen Anrufer eine Bombendrohung. Ein Sprengkörper wird nicht gefunden. –

In Berlin-Tiergarten wird das Mahnmal zum Gedenken an die Verfolgung der Juden beschmiert. –

Die Stadt Frankfurt/Main verbietet kurzfristig einen von den rechtsextremistischen »Jungen Nationaldemokraten« geplanten Aufmarsch vor der Wohnung des Zentralratsvorsitzenden Ignatz Bubis. Die Rechtsextremisten wollten nach eigenen Angaben »gegen den weitreichenden Einfluß des Zentralrats der Juden im politischen Alltag« protestieren. Polizisten schützen deshalb am Abend Bubis' Wohnung. Der Aufmarsch findet nicht statt.

Donnerstag, 21.4. –

Erneute Bombendrohung gegen die Jüdische Gemeinde in Mainz durch denselben Anrufer. Wieder wird kein Sprengkörper gefunden. –

Das Mahnmal in Berlin-Tiergarten wird erneut beschmiert. Unbekannte Täter schmieren ein Hakenkreuz und die Parole »Alles Judenlüge« auf die Metallplatten des Mahnmals.

Freitag, 22.4. –

Das Ordnungsamt der Stadt Frankfurt/Main verbietet einen für das Wochenende geplanten Aufmarsch der rechtsextremistischen »Jungen Nationaldemokraten« vor der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt.

Samstag/Sonntag, 23./24.4. –

In Dortmund beschmieren unbekannte Täter auf einem jüdischen Friedhof Grabsteine mit Hakenkreuzen. Auch in der Umgebung des Friedhofs werden Schmierereien gefunden.

Sonntag, 1.5. –

Der Jüdische Friedhof in Kirn bei Bad Kreuznach wird von unbekannten Tätern verwüstet. Die Täter schmieren Hakenkreuze auf Grabsteine, reißen andere Grabsteine um und zerstören an vier Steinen die Inschriften.

Montag, 2.5. –

Das Amtsgericht Meppen stellt das Verfahren wegen Beleidigung gegen den Dominikanerpater Heinrich Basilius Streithofen mit der Auflage, eine Geldstrafe von 4.000 Mark zu zahlen, vorläufig ein. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen den 68 Jahre alten Dominikanerpater aus Bonn Anklage wegen Beleidigung erhoben. Das Landgericht erklärt, Streithofen

habe inzwischen zugegeben, daß er bei einer öffentlichen Veranstaltung 1992 in Meppen den ihm zur Last gelegten Satz, Juden und Polen seien die »größten Ausbeuter des deutschen Steuerzahlers«, gesagt habe.

Freitag, 6.5. –

Im Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Nordostniedersachsen verbreiten Unbekannte antisemitische Pamphlete. Einer Studentin mit jüdischen Vorfahren werden Flugblätter ins Auto gelegt, in denen der nationalsozialistische Mord an Juden geleugnet wird. Es ist der zweite Vorfall dieser Art in den letzten drei Monaten. Die Hochschulleitung erstattet Anzeige.

Dienstag, 10.5. –

Unbekannte Täter schänden den Jüdischen Friedhof in Bad Kissingen. Sie zerstören vier Grabsteine und beschmieren 14 weitere mit Hakenkreuzen und politischen Parolen. Einige Tage später nimmt die Polizei zwei 14 und 16 Jahre alte Schüler als Tatverdächtige fest.

Konkret 07/94, S. 32

Bernhard Schmid

Der Spießer als Volkstribun

In ganz Europa haben rechtspopulistische Parteien, die in den Jahren zuvor eher als Kuriositäten durchgingen, plötzlich Erfolg. Ein Überblick über die Shooting stars der europäischen Rechten

Italien zeigt im Zeitraffer ein Modell des Übergangs zu neuen Konstellationen der Ausübung bürgerlicher Macht nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus. Auch in anderen europäischen Ländern wankt die bisherige politische Ordnung; das Parteiensystem franst aus der bürgerlichen »Mitte« her nach rechts aus.

Das erste erfolgreiche Beispiel für den »neuen« Diskurs auf der europäischen Politbühne war die italienische Lega Nord. 1990 erreichten die Lega Lombarda und andere regionale »Ligen« erste größere Wahlerfolge. Die Ligen zeichneten sich durch eine aggressive Propaganda aus, die sich gegen die »faulen und unproduktiven« Süditaliener ebenso richtete wie gegen afrikanische und asiatische Immigranten und gegen die Zentrale in Rom, die das Geld aus dem reicheren Norden Italiens verschleudere. Drei Jahre später sattelte die Lega um: Die offene, auf Abspaltung des reicheren Nordens vom ärmeren Süden und auf Dreiteilung Italiens gerichtete Agitation wurde zurückgenommen, an ihre Stelle trat als Thema Nummer 1 der Kampf gegen »Korruption« und »Parteienfilz«, gegen die schmutzigen Geschäfte der politischen Klasse und gegen die »römischen Diebe«.

Mit ihren so modifizierten Inhalten bot sich die Lega als auch im Zentrum und Süden Italiens wählbare Alternative an. Die Strategie bestand darin, weder erkennbar von rechtsaußen noch zwischen Nord und Süd zu polarisieren, sondern Mehrheits- und Hegemoniefähigkeit in der politischen wie geographischen »Mitte« zu gewinnen. Daß das kein Verrat an den ursprünglichen Zielen der Lega ist, lassen die antisemitischen Sprüche, die Verharmlosung der Attacken von Naziskins und das Lob auf Mussolinis Frauenpolitik erkennen, mit denen Irene Pivetti, die neue Parlamentspräsidentin aus der Lega Nord, von sich reden macht.

Der Diskurs »gegen Filz und Korruption«, den der Medienzar Silvio Berlusconi für den Aufbau seiner populistischen Forza Italia-Clubs übernahm, begleitete die gesamte »Revolution« der letzten zwei Jahre, während derer unter dem Titel des Kampfs gegen die »Schmiergeldrepublik« und die Mafia Teile des alten politischen Personals ausgewechselt wurden. Den demokratischen Gehalt dieser »Revolution gegen die Diktatur der Altparteien« demonstrierten jene Lega-Abgeordneten, die im Parlament die Galgenschlingen schwenkten, an denen sie die Politiker gerne aufhängen würden.

Aus dieser »Revolution« gingen erstaunlicherweise Angehörige der herrschenden Klasse wie der Großkapitalist Berlusconi nicht nur ungeschoren, sondern geradezu als moralische Sieger hervor: Der Manager als Regierungschef; Lenkung durch Sachverstand statt »Ideologie«; nüchtern-fachliche Entscheidung statt politischer Grabenkämpfe; jene sollen regieren, die mitten im Wirtschaftsleben stehen, nicht jene, an deren Händen der schmutzige politische Morast klebt – in diesen Bildern bewegt sich die Ideologie der Gruppierungen, die nun auch in Deutschland und Frankreich zu den Wahlen antreten. Unverzichtbare Ingredienzen sind weiterhin die ideologischen Forderungen nach »moralischer Reinheit« des politischen Personals, nach unpolitischen Fachleuten und nach Reduzierung des politischen und des Staatsapparats.

Vorläufer dieser Parteien sind die in den 70er Jahren gegründeten »Fortschrittsparteien« in Dänemark und Norwegen. Deren dänische Ausgabe, die bis heute mit Wahlergebnissen von 10-15 Prozent rechnen kann, wurde 1972 durch Mogens Glistrup gegründet und wurde 1973 zur zweitstärksten Partei im dänischen Parlament. Glistrup, ein bekannter Steueranwalt, begann mit der Forderung nach völliger Abschaffung direkter Steuern, weitete sein Programm allerdings rasch aus und profilierte seine Partei auf der extremen Rechten. Glistrup zufolge haben Arbeiter und Kapitalbesitzer als »produktiv Arbeitende« dieselben Interessen und im Fiskus und den öffentlich Bediensteten einen gemeinsamen Feind: die »Schmarotzer und Parasiten« – ein Diskurs, der heute, im Namen der Anti-Korruptions-Moral, wieder höchst zugkräftig ist.

Der Wahlsieg der Hamburger Statt Partei (vgl. KONKRET 12/93) war das Startsignal für die deutschen Spießer, die ihre Chance gekommen sehen, zum donnernden Volksredner emporzusteigen und die »politische Klasse« das Fürchten zu lehren. Während etwa die deutsche Kopie der in der Schweiz recht erfolgreichen Autopartei jahrelang nicht voran kam, ist nun Bewegung in die politische Landschaft gekommen. Der Erfolg bei Wahlen erfordert nämlich mehr als zweifellos mehrheitsfähige populistische Sprüche. Der nötige politische Resonanzboden entstand erst durch den Wegfall der bedrohlichen sozialistischen Systemalternative und den Einbruch auch der sozialdemokratischen Regulierungsmodelle. Noch geht es bei den vielen neu gegründeten Gruppierungen aufgrund mangelnder Kaderpolitik zuweilen drunter und drüber wie etwa nach den eher glücklosen Versuchen, die Statt Partei auszudehnen; man wird beobachten müssen, wo ihr Potential aus den Durchlauferhitzern wieder rauskommt.

Der Versuch der organisierten Neonazis, auf den Zug aufzuspringen, ließ jedenfalls nicht lange auf sich warten. In rechtsextremen Strategieblättern wird seit längerem über den Charakter der rechtspopulistischen Parteien diskutiert: wittern einige ein »trojanisches Pferd des Parteienkartells«, so plädieren realistischere Kräfte für eine pragmatische Haltung. In der

Statt Partei vermutet man bereits ehemalige Reps, Anhänger der Deutschen Liga für Volk und Heimat versuchen ihr Glück im Bund Freier Bürger des ehemaligen FDP-Vorständlers Manfred Brunner, der seine Programmatik auf die Ablehnung eines europäischen Bundesstaats gründet, als »D-Mark-Partei« gegen die europäische Währungsunion wettert und sich scharf gegen die »große Maastricht-Partei CDU/SPD/FDP« abgrenzt. Brunner, der seine Wahlkampfveranstaltungen gemeinsam mit dem FPÖ-Führer Jörg Haider und CSU-Rechtsaußen Peter Gauweiler bestritt und intensiven Wahlkampf in der »Jungen Freiheit« führt, liebäugelt nach eigenen Angaben mit der Gründung einer Partei, die in Anlehnung an den österreichischen Shooting star der europäischen Rechtsextremen »Die Freiheitlichen« heißen soll. Ob das nach Brunners Mißerfolg bei der Europawahl (unter 1 Prozent) realistisch ist, bleibt abzuwarten.

Brunner ist nicht der einzige, der an das erfolgreiche »Modell Haider« andocken will. Haiders Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) wurde 1945 als »Verband der Unabhängigen« gegründet und diente zunächst, wie die deutsche FDP, als Auffangbecken für die Nazis - allerdings ohne daß später ein liberaler Flügel die Oberhand gewinnen konnte. Freiheitlichenführer Haider ist Meister der »demokratischen« Demagogie gegen die »Diktatur der etablierten Parteien«, für »frischen Wind« und gegen »Filz und Privilegien«, die neben großdeutschen Losungen wie der Diffamierung der österreichischen Eigenstaatlichkeit als »geschichtliche Mißgeburt« und »kommunistische Erfindung« den größten Raum in seinen Reden einnehmen.

Haider, der sich im Sommer 1990 noch mit Franz Schönhuber, Front National-Führer Jean-Marie Le Pen und dem italienischen Faschisten Gianfranco Fini in einem Hotel am Genfer See getroffen hatte, umgibt sich inzwischen mit weitaus feineren Freunden: Er gründete eine »Freiheitliche Union« mit Partnern in allen europäischen Kernländern: der Lega Nord in Italien (mit deren Chef Umberto Bossi Haider das Buch *Europa der Regionen* herausgab), dem Kreis um Lady Thatcher in Großbritannien und hohen Parteiführern der bürgerlichen Parlamentsmehrheit in Frankreich (die »Frankfurter Allgemeine« nennt Gaullistenchef Jacques Chirac, Jörg Haider selbst den Ex-Präsidenten Giscard d'Estaing). In Südtirol ist die FPÖ selbstredend mit einem eigenen Verband präsent; in Deutschland bestehen immer noch gute Kontakte zu CSU- und FDP-Mitgliedern und eben zu dem FDP-Abweichler Brunner.

Unterm Druck der Konkurrenz hat sich auch die Truppe des Herrn Le Pen den »Kampf gegen Korruption und Filz« auf ihre Fahnen geschrieben; der Front National wirbt mit der Losung »Tous pourris, tous coupables« (Alle verfault, alle schuldig), wird allerdings noch zu sehr mit den »klassischen« rechtsextremen Themen identifiziert, um auf diesem Ticket den Weg eines Berlusconi gehen zu können. Das wird in Frankreich eher der Parteigründung des Unternehmers Bernard Tapie zugetraut? einer schillernden Figur, die die Sozialisten einst als populistische »Geheimwaffe« gegen die Le Pen-Faschisten aufzubauen versuchten. Tapie hat die Aufmerksamkeit allerdings von einer anderen Figur abgelenkt, deren Programm Berlusconi viel näher kommt: Alain Madelin, französischer Minister für Unternehmen und wirtschaftliche Entwicklung, gründete unter ausdrücklicher Anlehnung an das Vorbild Berlusconi seine »Bewegung Idées-Action«. Die versteht sich nicht als Partei sondern als überparteiliche Bewegung und hat daher den Segen von Premierminister Balladur und die Unterstützung von 120 Abgeordneten der bürgerlichen Parlamentsmehrheit (das ist ein Drittel ihrer Abgeordneten). Am 9. März, dem Gründungstag der Bewegung, verkündete Madelin seine populistischen Ziele in der rechtsradikalen Wochenzeitung »Présent«. Das Organ paßt zu Madelins beachtlicher Karriere: in den 60er Jahren war er Führungsmitglied der rechtsradikalen Gruppe »Occident« und führte deren »Ordnerdienst«, eine brutale Schlägertruppe.

Konkret 07/94, S. 34

Klaus Bittermann

Keine Frage des Frisörs

»Krieg statt Frieden« für Bosnien forderte am 1. Juni 1994 die »Taz«; »bis zum Sieg« sollten die Muslime weiterkämpfen, »statt einen schlechten Frieden zu akzeptieren«. Kriegshetze pur, aber doch bloß ein billiges Imitat. Das Original stammt vom französischen Philosophendarsteller Bernard-Henri Lévy

Wie die Welt aussehen würde, wenn an den Schalthebeln der Macht Intellektuelle säßen, die sich moralisch verpflichtet fühlen, sie menschlicher zu gestalten, klärt ein Kommentar des französischen Philosophendarstellers Bernard-Henri Lévy auf, der im Auftrag der spanischen Tageszeitung »El Mundo« aus Sarajevo berichtete.

»Hebt das Waffenembargo auf!« fordert Lévy in seinem Beitrag, den auch die »Taz« am 30.12.93 veröffentlichte, denn »die bosnische Armee ist noch lange nicht geschlagen«. Das darauf folgende Kleingedruckte ist reine Kriegspropaganda, wie sie jede Kriegspartei von ihrer Propagandakompanie erwartet. »Nicht nachzugeben und auf keinen Fall zu kapitulieren«, heiße das Gebot der Stunde. Aus Verzweifelten, die nicht wissen, wohin sie flüchten sollen, macht Lévy ein »neues Märtyrervolk« und legt »Zeugnis« ab vom »Heldenmut dieser Menschen«, von ihrem »Widerstandsgeist und ihrer unglaublichen Willensstärke«.

Die Gründe für diese Kriegshetze verpackt Lévy in Zitate, die er »einfachen Soldaten« oder auch dem bosnischen General Divjak zuschreibt. Demnach muß der »Triumph der ethnischen Säuberungen« verhindert und das »Modell der Zivilisation« gerettet werden – was noch jede Kriegspartei behauptet, wenn ihr ein »Reporter ohne Grenzen« dumme Fragen stellt. Die bosnische Armee scheint Lévy dafür besonders gut geeignet zu sein, da die »rivalisierenden Mafiabanden«, deren Anführer er liebevoll »Hitzköpfe« nennt, als ob es sich um ein paar Halbstarke handelt, die ein wenig über die Stränge schlagen, inzwischen »eliminiert« seien. »Reguläre Offiziere haben nun die Armee in die Hände genommen«, frohlockt er.

Dann wird es richtig ekelhaft. Selbst die traurige Mitteilung, daß in einer Keksfabrik jetzt Uniformen hergestellt werden, begeistert den ehemaligen Maoisten, weil doch die Uniform als Emblem des Nationalen dem Krieg erst das richtige Outfit gibt. Widerwärtig, wie sich Lévy an General Divjak heranschmeißt: »Seine Professionalität, sein physischer Mut, seine Popularität bei den Truppen, seine Intelligenz in strategischen, aber auch in politischen Fragen, nötigen allen Beobachtern Respekt ab.« Dagegen die feigen Serben: »Die Serben sind schlechte Infanteristen, sie sind nur stark, wenn es darum geht, aus großer Distanz Granaten abzufeuern. Doch die direkte physische Auseinandersetzung scheuen sie.« Der Kampf Mann gegen Mann – das waren noch Zeiten, schwärmt Lévy und weiß Beispiele: »wie einst unsere Soldaten in Verdun, buchstäblich eingegraben«, oder wie die Einwohner von Le Havre und Caen 1944, die den »alliierten Bombardements« standhielten.

Gegenüber derlei gefährlichen Idioten, die Landserromantik mit Journalismus verwechseln, sehen sich die Militärs in die Rolle derjenigen gedrängt, die Vernunft und Klarsicht vertreten. »Es macht mich verrückt, wenn einer daherkommt und behauptet, ein paar Flugzeuge würden genügen, um Bosnien zu retten«, sagte der ehemalige UN-Kommandeur in Bosnien-Herzegowina, General Franis Briquemont.

Lévy zufolge, dem selbstlosen Sprachrohr des »einfachen Soldaten«, das den Zerfall Jugoslawiens als Befreiung aus einem »Vielvölkergefängnis« begrüßt, »kämpfen wir gegen den Faschismus«. Die Faschisten sind die Serben, wahlweise auch die Kroaten, die gestern noch den antifaschistischen Kampf gegen die Serben ausgefochten haben. Was kümmert es schon unsere intellektuellen Kriegshetzer, daß Bosnien morgen möglicherweise selbst dem Faschismus zugeschlagen wird, dann nämlich, wenn die umkämpften Gebiete »befreit« sind und man sich den Konflikten mit den ethnischen Minderheiten innerhalb der eigenen Landesgrenzen zuwenden kann. Opponenten der Regierung Izetbegovics haben entsprechende Erfahrungen bereits gemacht.

All seine Schlachtrufe haben Lévy nicht geschadet, sie wurden mit Zurückhaltung und Verständnis aufgenommen, weil es hierzulande schon einen Glaubwürdigkeitsbonus gibt, wenn einer um seine Empörung nur genug Lärm macht. »In der bosnischen Frage hatte ich nie Distanz. Ich bin angewidert seit dem ersten Tag dieses Krieges und will meine Empörung über dieses Desaster hinausschreien«, formulierte Lévy laut »Zeit« vom 20.5.94 sein »ehrliches Anliegen«, welches treffender »intellektueller Offenbarungseid« heißen müßte. Nun hat er aber aus dem Aufruf zu den Waffen auch noch einen Film gemacht, und das war dann selbst der »FAZ« zu dicke. Vorsichtig ging sie auf Distanz, wenn auch nur aus dem Grund, weil ihr der PR-Rummel des »Besserwissenden, Besserredenden, Besseraussehenden, Besserdenkenden« (Iris Radisch über Lévy, »Zeit«, 3.6.94) der Sache nicht angemessen schien: »Bernhard-Henri Lévy an allen Fronten: von Sarajevo direkt nach Cannes, wo der Film, den er im ehemaligen Jugoslawien gedreht hat und hat drehen lassen, zwar außer Programm gezeigt wurde, aber bisher mit Abstand die größte Aufmerksamkeit beanspruchte. Mehrere Seiten im ›Nouvel Observateur‹, Interviews in allen Gazetten, Magazinen und Kanälen. Und am Montag im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ›France-Inter‹ BHL total: Von morgens bis abends war er live im Äther. Der Rummel um seinen Film ›Bosna!‹ ist so gigantisch, daß man dazu am liebsten ›basta!‹ sagen würde. ... Lévy will zusammen mit ein paar Intellektuellen

(André Glucksmann, Edgar Morin) bei der Europawahl vom 12. Juni mit seiner eigenen ›Bosna!‹-Liste antreten. Dieses Projekt wurde am Tag der Vorführung bei den Fimfestspielen in Cannes publik und als PR-Aktion für den Lévy-Film lanciert. Unwidersprochen läßt sich sein Regisseur als neuer Malraux feiern. ... Man wird bei BHL den Eindruck nicht los, daß es ihm vor allem um den Werbeeffekt in eigener Person geht. Neben seinem feinen Instinkt für die intellektuelle Macht verfügt BHL auch über einen Riecher für die politische Konjunktur. Verzweifelt sucht er nach einer historischen Legitimierung seines Tuns, und es wäre ihm zuzutrauen, den Vergleich mit André Malraux selbst suggeriert zu haben. Nach Jugoslawien pilgerte er auf der Suche nach seiner Legende. Er brachte sie in Form eines Schnellfilms nach Hause und mußte dabei nicht einmal sein Leben riskieren – die französische Presse hat diesbezüglich kompromittierende Bilder veröffentlicht. Lévy hat sich stets so aufdringlich inszeniert ... Mit den Malraux-Lévy-Vergleichen ist der Lernprozeß der Vergangenheitsbewältigung, der sich lange auf die Vichy-Phase konzentriert hatte, nun bei der Vorkriegszeit angekommen. Auf diesem kurvenreichen Weg haben seine Protagonisten etwas von ihrer persönlichen Glaubwürdigkeit verloren.«

Auch die »Zeit« hatte, bevor Frau Radisch die »ungewöhnliche Attacke der Intellektuellen auf die politischen Tagesgeschäfte« und die »kalkulierte Unverschämtheit der französischen Amateure« loben und verlautbaren durfte, all das sei »keine Frage des Frisörs«, schon mal ihre Zweifel am Unternehmen BHL angemeldet und Auszüge aus seinem Vorstrafenregister veröffentlicht: »Früher hatte er sich für Bangladesch engagiert, gegen die argentinischen Generäle und die französischen Kommunisten, für Salman Rushdie.« Nicht zu vergessen die afghanischen Freunde Lévys. In Landestracht, mit Turban und Burnus, hatte er sich zusammen mit Mudschaheddin-Kämpfern ablichten lassen, als diese Unterstützung im Kampf gegen den Kommunismus brauchten. »Und jetzt kämpft er eben für seine ›bosnischen Freunde‹, die ihm den Ehrendoktortitel der Universität Sarajevo verliehen. Immer wieder hat er sie eingeladen nach Paris, wo Präsident Izetbegovic, zu Gast in Lévys luxuriöser Wohnung, erstaunt ausrief: ›Wieso engagiert sich einer wie Sie so sehr für uns?‹ Viele Male hat er auch sie besucht, das weiße Hemd unter einem Winterparka gerade noch zu erkennen, mit gepflegtem Dreitagebart; fast immer war ein Photograph dabei. Mit wachem Sinn für Effekte ließ er sich einmal mit vorgehaltenem Mikrophon befragen, geduckt vor einer Mauer, über die, wie der Zuschauer annehmen mußte, die Gewehrkugeln pfiffen. Das nicht vorgesehene Folgebild offenbart dann, daß hinter der Mauer gelassen zwei Soldaten vorbeigingen – also kein Kugelhagel, sondern eine Inszenierung zum Zwecke der Dramatik.«

Zwar lösten »Bosna!«-Film und »Sarajevo«-Liste einige Aufregung in Kreisen der debattierenden Klasse aus, aber wie stets, wenn's bloß um Einschaltquoten, Talkshow-Einladungen und Auflagenhöhen geht, wollte auch in diesem Fall jeder möglichst selbst im Zentrum des öffentlichen Interesses stehen. Also wetteiferte die »Säbelrasselbande«, wie die intellektuellen Kriegstreiber von der »FAZ« genannt wurden, um Publicity und öffentliche Auftritte. Die Aufmerksamkeit der Medien wird einem jedoch nur zuteil, wenn man selber etwas zur Debatte beisteuern kann, und davon gab's denn auch reichlich: »Während manche Listenmitglieder wie André Glucksmann, von der gereizten Reaktion Mitterands (dem die Initiative seines Freundes Lévy nicht gefiel, K.B.) angespornt, sich mit aller Kraft in die Schlacht werfen möchten, hält Bernard-Henri Lévy sich eher zurück. ... Der Politologe Alain Joxe greift kritisch Mitterands Wort auf, wonach nicht ›dem Krieg noch ein Krieg hinzugefügt‹ und aus diesem Grund das Waffenembargo aufrechterhalten werden solle. ... Auch Alain Finkielkraut zweifelt an der Glaubwürdigkeit des Lévy-Kreises und kritisiert dessen einseitiges Vertrauen in den bosnischen Präsidenten Izetbegovic, einen ›Mann von gestern‹, der heute dem muslimisch-kroatischen Schulterschluß alle erdenklichen Hindernisse in den Weg lege, als politisch naiv, ja verantwortungslos« (»FAZ«, 27.5.94).

Im Eifer der Debattierenden kündigte sich bereits das Ende der Initiative für Bosnien an. Zunächst mit 12 Prozent verbucht, lag die für die Europawahlen angemeldete »Sarajevo«-Liste laut Meinungsumfragen rasch bei nur mehr 5 Prozent der Wählerstimmen. Auch die Tatsache, daß die französische Sozialdemokratie in Gestalt ihres Parteivorsitzenden Rocard auf den bereits abgefahrenen Zug noch hat aufspringen wollen, war ein sicheres Indiz dafür, daß dieses Thema die Öffentlichkeit bald langweilen würde. Und tatsächlich: Am Montag, den 30. Mai 94, wurde die erst am Freitag zuvor angemeldete »Sarajevo«-Liste wieder zurückgezogen. Die von der »Taz« rapportierte offizielle Begründung Lévys lautete, daß das Ziel der Liste, den Krieg in Bosnien zum Thema des Wahlkampfes zu machen, erreicht worden sei. Wie so oft, wußte es auch diesmal die »FAZ« vom gleichen Tage besser: »Die Gründe sind viel banaler. Am Sonntag vermeldeten die Meinungsumfragen nach einem relativ sonnigen Wochenende, an dem unvermittelt auch wieder andere Themen existierten, Wahlprognosen von deutlich unter fünf Prozent. Das ließ nicht nur keine Abgeordneten erwarten, sondern vor allem kein Geld. Doch ein Wahlkampf verschlingt im Minimum ein paar Millionen Francs. Nur wer die Fünf-Prozent-Hürde erreicht, kommt in den Genuß einer Rückerstattung.«

Régis Debray hat den Opportunismus einiger Sozialisten scharf kritisiert. Die Politiker würden »vor den moralischen Augenblicksgefühlen der Bildschirmhelden« kapitulieren und den »Demagogen der hehren Gefühle und kantigen Worte« das Feld überlassen, berichtete die »FAZ«, die die Zeichen der Zeit offensichtlich verstand, denn sie referierte Debray nicht ohne Sympathie: »Lautstark ›bis zum letzten Bosnier in Paris zu kämpfen‹, hält Debray nicht für ein Modell der Ehrenhaftigkeit. Jedem sei es freigestellt, mit dem Gewehr auf dem Balkan für die gerechte Sache zu kämpfen. Wem der Bosnien-Konflikt ein moralisches Problem stelle, der solle es auch moralisch angehen – in der ersten Person Singular.«

Als der »Bosna!«-Film in Cannes gezeigt wurde, lief unter weniger spektakulären Umständen in Belgrad ein Film von Zelimir Zilnik. Angeregt durch Ernst Lubitschs »Sein oder Nichtsein« hatte Zilnik einen Schauspieler in Marschallsuniform als Tito öffentlich auftreten lassen und Passanten bei ihrer Begegnung mit der Vergangenheit interviewt. Keine Dramatik, kein Heroismus, keine Propaganda à la »Bosna!«, sondern Ironie und Spott mitten in der »Zentrale des Faschismus«. »Der Film wurde produziert von Radio B92, einer kleinen Station, die nur in Belgrad zu hören, aber quicklebendig ist und bislang hartnäckig in ihrer Kritik am Milosevic-Regime. Wie lange sie durchhält, weiß niemand, und viele fragen sich, warum Milosevic die zwar im wesentlichen auf Belgrad begrenzte, aber doch bemerkenswerte Freiheit duldet«, wunderte sich die »Zeit«, der man keine Sympathien für serbische Kommunisten nachsagen kann.

In dem von ihm herausgegebenen Buch »Serbien muß sterbien. Wahrheit und Lüge im jugoslawischen Bürgerkrieg« beschäftigt sich der Autor ausführlicher mit dem Thema dieses Beitrags. Der Band erscheint im Juli in der Edition Tiamat, Berlin.

Klaus Bittermann schrieb in KONKRET 8/93 über Chaika Grossmann

Konkret 07/94, S. 36

Joachim Bischoff, André Brie, Thomas Ebermann, Jürgen Elsässer, Hermann L. Gremliza, Boris Gröndahl

Dem deutschen Volke dienen?
KONKRET-Streit

Seit 1990 haben in KONKRET regelmäßig verschiedene Autoren an nationalistischen Elementen in der Politik der PDS Kritik geübt. Gab es in den vergangenen Jahren darüber eine rege Auseinandersetzung mit der SED-Nachfolgepartei, so ließ »Gysis bunte Truppe« im Wahljahr 1994, spürbar dünnhäutig geworden, den Streit eskalieren. Eine Erklärung des Parteivorstands zur Kandidatur des deutschnationalen Bismarckenkels Graf Einsiedel, die wir im folgenden auszugsweise dokumentieren, geriet gar zum völkischen Manifest. In Berlin stritten Joachim Bischoff, Mitglied des Parteivorstands der PDS, André Brie, Leiter des Wahlkampfbüros der PDS, die KONKRET-Autoren Thomas Ebermann und Jürgen Elsässer, KONKRET-Herausgeber Hermann L. Gremliza und KONKRET-Redakteur Boris Gröndahl über den Nationalismus der PDS

Borniertheit als politische Kategorie. Einige notwendige Anmerkungen zu Reaktionen auf die Kandidatur Heinrich Graf von Einsiedels für die PDS

Für die meisten Menschen endet Familiengeschichte dort, wo das Fotoalbum beginnt. Zwei, drei Generationen zurück – und schon dehnt sich das dunkle Loch der Unwissenheit. Nur für wenige haben auch diese Vorfahren Name und Gesicht. Bei einem Grafen von Einsiedel, zum Beispiel, reicht die eigene Chronik bis in die Zeit vor der Entdeckung Amerikas oder der Goldenen Bulle von Kaiser Karl, jenem berühmten Reichsgrundgesetz von 1356, dem ersten, das sich die Deutschen gaben.

Es ist dem Zufall geschuldet und kein persönliches Verdienst, wenn eine oder einer justament unter einem solchen Stammbaum das Licht der Welt erblickte. Aber: Der Umstand erklärt, weshalb ein solcher Mensch stärker in der Geschichte wurzelt, und warum er mitunter eine größere Verantwortung verspürt als andere für das, was im Laufe der Jahrhunderte Generationen geleistet haben. Er möchte, daß dies geachtet, bewahrt und, wenn es denn gut war, auch fortgesetzt werde. Für so einen ist die deutsche Nation auch nicht 1871 im Spiegelsaal zu Versailles geboren worden. Sie bildete sich in Junker Jörgs Kemenate auf der Wartburg ebenso wie in Mainz beim Drucker Gutenberg. Sie wuchs auf mecklenburgischen Kornfeldern und in erzgebirgischen Silbergruben, in den jüdischen Synagogen von Nürnberg, in den Berliner Manufakturen der Hugenotten und in Goethes Dichterwerkstatt, sie reifte auf den Einsiedlerschen Weinbergen bei Meißen, in Hambach und in einem literarischen Wintermärchen.

Nation heißt für so einen nicht primär Nationalstaat. Nation ist für so einen nicht primär eine politische Kategorie, sondern eine kulturell-geschichtliche. Und die deutsche Nation ist ihm aus offensichtlichen Gründen besonders nah.

»Im lieben Deutschland daheime«, schrieb der erwähnte Heine im Exil, »Da wachsen viel Lebensbäume,/ Doch lockt die Kirsche noch so sehr,/ Die Vogelscheuche schreckt noch mehr.« Heinrich Graf von Einsiedel hat diese Vogelscheuche auch wahrgenommen. Doch er hat sich nicht schrecken lassen und aktiv gegen die deutschen National-Sozialisten gekämpft. Niemand hat ihn dazu gezwungen. Als junger Mann von 22 Jahren zog er gegen seine Landsleute zu Felde, die »Für Volk, Führer und Vaterland« andere Völker emordeten.

Er tat dies aus eigenem Antrieb und mit nationaler Überzeugung. Weil er kein Deutschland, Deutschland über alles wollte, auch kein Deutschland unter anderen – sondern ein Deutschland neben anderen. Das Volk, welchem er angehörte, sollte einen gleichberechtigten Platz im Kreis der anderen haben. Das war national gedacht und richtete sich gegen Nationalisten, ganz im Sinne von Engels: »Ein Volk, das andere unterdrückt, kann sich nicht selbst emanzipieren.«

Das war auch international gedacht. Und deshalb verunglimpften ihn die deutschen Nationalisten vor und nach 1945 als »Landesverräter«. Als Verräter galt er auch der DDR-Führung. Menschen in der PDS, wie die Mitglieder der Kommunistischen Plattform von Hannover und Hamburg, der Hamburger PDS-Geschäftsführer Andreas Grünwald und eine lautstarke bayerische Gruppe von PDS-Mitgliedern etikettieren ihn nun erneut als Verräter an den internationalistischen Idealen der PDS. Seine Denunziation als National-Sozialist entlarvt nur die schreckliche Kulturarmut der Autoren. Seine Charakterisierung als Rassist zeugt von einer schrecklich verengten Sicht, weil für einige Kurzsichtige die Zuneigung zur eigenen Nation die Ablehnung von Angehörigen anderer Nationen zwangsläufig einschließt ...

Daß er schon in den frühen 50er Jahren gegen die nationale und politische Borniertheit der CDU/CSU, der FDP und der SPD für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze eintrat, kennzeichnet gleichermaßen sein Verantwortungsbewußtsein für den europäischen Frieden, der durch westdeutschen Revanchismus gefährdet war, wie seinen Realismus. Für diesen Frieden die Existenz der DDR aufzugeben, war im übrigen eine Überlegung, die auch von vielen Linken damals geteilt wurde, zumal sie darin eine demokratische, neutrale und entmilitarisierte Entwicklung Deutschlands einschlossen.

Heinrich Graf von Einsiedel hat im Feuer des Weltkrieges begriffen, daß die kapitalistische Gesellschaft strukturell menschenfeindlich ist. Er wurde zum Sozialisten. Später begriff er – viel früher als andere – , daß der real existierende Staatssozialismus wenig mit Sozialismus zu tun hatte. Dieser Weg führte ihn (und andere) in eine Sackgasse. Ihn weiterzuverfolgen schien ihm töricht – also kehrte von Einsiedel um. Seitdem versucht er eine andere Straße, auf der man zu einer gerechteren, einer besseren Welt, einer wirklich sozialistischen Gesellschaft gelangen könnte. Bei dieser Suche ist er auf andere demokratische Sozialistinnen und Sozialisten gestoßen, die sich im Herbst 1989 auf den Weg gemacht haben. Und denen hat er sich nun angeschlosen ...

Von Einsiedel ist in der Kritik an der untergegangenen DDR rigoroser, weil er im Unterschied zu anderen mit ihr nicht emotional verbunden war... Von Einsiedels Auseinandersetzung erfolgte rational, aus politischer Einsicht und Vernunft. Er sah nüchtern, daß die DDR – wie die BRD – Resultat des Kalten Krieges war. Dieser Geburtsfehler behinderte nicht nur beide deutsche Staaten zeitlebens auf unterschiedliche Weise, er verhinderte vor allem eine demokratische sozialistische Bewegung auf deutschem Boden.

Kann man es darum einem, der üblicherweise jeder Gefühlsduselei abhold ist, verdenken, wenn er lauter als andere den Untergang der DDR feierte? Mit dem Ende der DDR ist Sozialismus in Deutschland erst möglich geworden. Diese Erkenntnis tut Sozialistinnen und Sozialisten aus der DDR begreiflicherweise weh, sehen sie sich doch in ihren ehrlichen Bemühungen um eine gesellschaftliche Alternative betrogen. Sie fällt umso schwerer, als das westdeutsche wirtschaftliche und politische System alles andere als die gewünschte und notwendige Alternative darstellt. Ohne diese Erkenntnis aber wird es bei der Selbstblockierung sozialistischer Politik bleiben.

Wer das als Linker noch immer nicht sieht, ist blind. Wer sich heute gegen die Einheit stellt, verhält sich reaktionär. Nicht die deutsche Einheit an sich ist das Ärgernis, sondern wie sie hergestellt und was bislang aus ihr gemacht wurde. Das müssen wir zurecht als undemokratisch und fortschrittsfeindlich kritisieren. Mit »Deutschland, halt's Maul!« aber ist kein demokratischer Staat zu machen, Ablehnung ist noch keine Politik.

Die Linke muß endlich die deutsche Einheit als emanzipatorischen Impuls aufnehmen. Wir dürfen sie nicht weiter rechts liegen lassen, nur weil sie von anderen okkupiert wurde. Erst wenn die Mehrheit der Menschen in der BRD gewonnen wird, kann ein demokratischeres, antimilitaristisches, antirassistisches Deutschland entstehen, das frei von Nationalismus ist. Die PDS hat in den vergangenen Jahren auch dort ihre internationalen Positionen verteidigt und aktiv vertreten, wo es unpopulär wurde und andere sie fluchtartig aufgaben (AusländerInnenwahlrecht, Asylrecht, Forderung nach offenen Grenzen, Ablehnung von internationalen Einsätzen der Bundeswehr, Entschuldung der Entwicklungsländer usw.). Sie wird durch das Bündnis mit einem Mann wie Heinrich Graf von Einsiedel in diesen Positionen nicht geschwächt, sondern gestärkt ...

Die großen Veränderungen seien unausbleiblich, sobald ein Volk, das mißbraucht wurde, klar zu sehen beginne, schrieb Heinrich Mann in »Die deutsche Opposition«. Wer den nationalistischen Kleister aber lediglich durch ideologische Scheuklappen oder das Brett der Intellektuellenfeindlichkeit und Kulturlosigkeit vor dem eigenen Kopf vertauscht, wird zu solcher Klarsicht nie fähig sein.

Lothar Bisky, André Brie, Claudia Gohde, Gregor Gysi und Andrea Lederer. Mitunterzeichner: Dieter Lattmann, Schriftsteller, München.

(aus: »Neues Deutschland«, 29.3.94)

Gröndahl: Ich würde gerne damit beginnen, daß alle fünf Anwesenden einen Kommentar zu der Erklärung »Borniertheit als politische Kategorie« abgeben, speziell zu dem ersten Teil. Sie, Herr Brie, haben die Erklärung unterschrieben. Deshalb die Frage an Sie: Haben sich die Deutschen wirklich 1356 die goldene Bulle als erstes Reichsgrundgesetz gegeben?

Brie: Ich muß erstmal sagen, daß ich ganz froh bin, daß KONKRET hier so zahlreich vertreten ist. Da kann es wenigstens Herrn Gremliza oder Herrn Ebermann nicht passieren, daß sie wechselseitig attackiert werden für ein Treffen mit einem Fellow traveller der Faschisten, der ich ja laut Flugblatt zu der Rostocker KONKRET-Diskussionsveranstaltung sein muß. Das ist für Sie schon ganz vorteilhaft.

Gremliza: Meinen Sie, daß hier einer zuviel ist?

Brie: Nein, ich finde einfach diese zwei Maßstäbe bemerkenswert. Gysi vorzuwerfen, daß er sich mit Arnulf Baring zu einer Diskussion trifft, und sich selbst mit den Fellow travellers des Faschismus zu treffen.

Was die Anfangspassage unserer Erklärung betrifft: Das ist nicht das Nationenverständnis oder die Haltung zur Nation und zur nationalen Frage der fünf Autorinnen und Autoren. Es ist der Versuch, das zu beschreiben, was Heinrich Graf von Einsiedel dabei bewegt. Und das halte ich für ausgesprochen wichtig. Ich weiß, daß KONKRET die Welt einteilt in die linken Internationalisten auf der einen und die Faschisten und ihre Fellows auf der anderen Seite. Ich meine, daß man

würdigen muß, daß Menschen auf unterschiedlichen Wegen zu antikapitalistischen und internationalistischen Positionen kommen. Es ist umso bemerkenswerter, daß ein Mann aus einem Umfeld wie Heinrich Graf von Einsiedel dann für die Rote Armee gegen den deutschen Faschismus gekämpft hat und stolz darauf ist, daß er das Ehrenzeichen der Sowjetarmee trägt.

Elsässer: Die erwähnte Passage wirft einen Nationenbegriff auf, der nicht einfach gegen irgendwelche linken Standards verstößt, sondern der selbst den westlichen, fortschrittlichen Nationenbegriff französischer Art verrät. Es wird behauptet, es gäbe eine deutsche Nation weit vor der Gründung des Nationalstaats, es wird also das Volk oder die Nation als eine übergeschichtliche und vorpolitische, vor allem vorstaatliche Kategorie in das politische Denken eingeführt. Das ist Blut und Boden. Das ist ein völkischer Nationenbegriff, der sich von dem westlich-französischen unterscheidet. Das französische Modell besagt: Jeder Mensch, der im Gebiet des Nationalstaates geboren ist, ist Teil der Nation. Die Passage des PDS-Papiers behauptet, die Nation habe es schon lange vor der Nationalstaatsgründung gegeben. Das ist der Begriff des ius sanguinis, das bis heute Teil des Grundgesetzes der BRD ist, und gegen das die PDS an anderer Stelle auch kämpft, indem sie versucht, ein neues Staatsbürgerrecht einzuführen. Es geht nicht um einen Streit zwischen linken Positionen und nicht darum, daß alles, was nicht links ist, faschistisch sei. Es geht darum, daß hier eine Art politischen Denkens eingeführt wird, das den anderen Traditionen der PDS und selbst den besten Traditionen des Bürgertums ins Gesicht schlägt.

Bischoff: Ich möchte drei Punkte festhalten. Erstens: Einsiedel hat eine sehr spezifische Biografie, aus der heraus seine politischen Bewertungen erst erklärbar sind, und er hat seine Positionen in seinem Leben eindeutig verändert; das kann man höchst unterschiedlich bewerten. Die Ineinssetzung mit der PDS verbietet sich allerdings. Das Zweite sind die Offenen Listen. Eine solche Konzeption hat natürlich eine ganze Reihe von problematischen Seiten. Und der dritte Punkt ...

Gröndahl: Wir reden hier nicht über Einsiedel. Wir reden über ein Papier, das die Führungsriege der PDS unterschrieben hat.

Bischoff: André hat doch gesagt, das ist eine Gewichtung der Motive Einsiedels. Deswegen will ich das klar getrennt haben. Der dritte Punkt: Es ist absolut nicht gerechtfertigt, auch nicht ausgehend von diesem Papier, der PDS oder der PDS-Führung vorzuwerfen, wir würden auf einen Nationenbegriff zurückfallen, der noch nicht mal dem vom aufgeklärten französischen Bürgertum entwickelten entspricht. Das muß ich einfach mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

Gröndahl: Mit welchem Argument?

Brie: Zum Beispiel mit dem Argument, daß dort auf die jüdischen Synagogen verwiesen wird. Wir könnten jetzt streng marxistisch herangehen, dann würden wir die Nation eben nur unter dem Gesichtspunkt der Nationalökonomie sehen. Aber für Einsiedel gilt das eben so, wie es dort steht. Das kann man ablehnen. Aber ich finde es schlimm, einen Menschen mit Einsiedels Biografie ein für allemal abzustempeln.

Bischoff: Unsere Position läßt sich vielleicht – bei allen Streitpunkten – so zusammenfassen: Die Nation entsteht im Übergang zur bürgerlichen Gesellschaft, weshalb jeder völkische Begründungszusammenhang absurd ist. Auf der einen Seite wird die Nation durch die Globalisierung des Kapitals infragegestellt. Auf der anderen Seite greifen Teile des bürgerlichen Lagers in Zeiten der Krise zurück auf nationalistische Lösungsversuche.

Im herrschenden Block sozialer Kräfte gibt es Auseinandersetzungen. Das läßt sich zum Beispiel an der Kommentierung der »FAZ« ablesen, die nach langem Schwanken derzeit gegen Brunner & Co. die Option vertritt, daß die Nation nicht die Sache des Kapitals ist. Das kann selbstverständlich wieder umkippen. Politisch brisant wird es, wenn immer größere Teile des bürgerlichen Blocks unter Einschluß größerer subalterner Schichten ans Nationalempfinden appellieren, um soziale Konflikte zu lösen. Mir und der PDS anhängen zu wollen, daß wir uns gegen diese Instrumentalisierung der Nation nicht zur Wehr setzen würden, ist absurd.

Gremliza: Ich kenne den Grafen Einsiedel nicht. Ich weiß über den nur, was da und dort geschrieben steht. Ich habe mich aber nicht damit beschäftigt, das interessiert mich auch nicht sehr. Ich habe hier ein Papier, das von führenden Figuren der PDS in der Art einer Bulle verfaßt worden ist. Keiner goldenen Bulle diesmal, aber der ganze Gestus ist so, und wird dann auch so durchgehalten, daß dieses eine Erklärung des Vorstandswillens der PDS ist. Und worüber ich hier diskutieren will, ist dieser Text und nicht Herr Einsiedel.

Brie: Okay. Dann müßte man noch was zum Hintergrund sagen. Dieser Text ist ja eine Reaktion auf die Position, wie sie auch KONKRET im nachhinein vertreten hat, Einsiedel sei National-Bindestrich-Sozialist. Ich finde, daß man mit einem Menschen mit dieser Biografie nicht so umgehen kann. Mir selbst ist das völlig fremd, ich komme aus einer jüdischen Familie, aber daß Menschen aus einer national geprägten Biografie zu internationalistischen Positionen kommen, zum Kampf gegen Deutschland – das muß man erst mal zur Kenntnis nehmen.

Ebermann: Ich möchte über den Nationalismus der PDS reden, um das gleich vorweg zu sagen. Der vorliegende Text gibt die Meinungen der Autoren wieder. Der reaktionäre Wunsch, alles Mögliche zu etwas Natürlichem zu verklären, ist darin allgegenwärtig. Sozialistische Aufklärungsarbeit muß darin bestehen, solche Mythen zu zerstören. Einer ist der von der

möglichst vor langer Zeit beginnenden und möglichst lange gewachsenen Nation. Nur in diesem Kontext ist dieses 1356 von so großer Relevanz. Es ist eben nicht einfach nur Blödheit der Autoren, die nicht wußten, daß der gute Karl IV. kein Deutsch sprach und daß die hier erwähnten Deutschen sich nicht für Deutsche hielten, und es ist nicht nur die Dummheit der Autoren, daß sie diese Goldene Bulle als Grundgesetz, das sich *die* Deutschen gaben, bezeichnen, statt nüchtern festzustellen, daß da ein paar wenige Adlige einen Vertrag geschlossen haben darüber, wie man die Subalternen drangsaliert, daß also die schlichten Fragen eines lesenden Arbeiters nicht beantwortet werden. Das alles verschwimmt nur mit einer Zielsetzung: Deutschland muß alt sein, der Weg dahin muß ein natürlicher sein, Nationalgefühl ist das selbstverständlichste von der Welt.

Wir finden die Worte »wurzeln«, »wachsen«, »reifen«, genau wie in Willy Brandts biologistischem Spruch, daß nun zusammenwachse, was zusammengehöre. Wie kommt man auf sowas: »Die deutsche Nation wuchs auf mecklenburgischen Kornfeldern.« Wie tat die das denn? Da wuchs Korn. Dem stimme ich zu. Außerdem ritt da ein Schwein rum, das hatte eine Peitsche und peitschte die aus, die entweder nicht devot genug waren oder nicht fleißig genug – das hätte man früher assoziiert. Ein Müßiggänger, wie er laut »Internationale« beiseite geschoben gehört. »Gutenbergs Werkstatt«, das faßte man früher mal schlicht unter die Entwicklung der Produktivkräfte. Was hat das mit Deutschland zu tun? Nichts.

Der ganze reaktionäre Quatsch dieser Sache wird deutlich, wenn man sich die zweckvolle Willkür vor Augen hält, mit der die Beispiele ausgewählt sind. Mecklenburgische Kornfelder, Weinberge von Meißen. Ich könnte als Mitautor problemlos die Erwähnung des Kampfs gegen den Blanken Hans reklamieren und des Deichgrafen von Pellworm. Es ist doch nur Zufall, daß sich alles in den Grenzen der jetzigen BRD abspielt. Warum wuchs die deutsche Nation nicht in der Studierstube von Kant in Königsberg? Warum nicht in den Kohlegruben Elsaß-Lothringens? Warum nicht bei den Druckern Wiens oder bei Kafka in Prag, bei den Fischern Sonderburgs oder den Handwerkern Tonderns? Wenn schon kulturell-geschichtliche Ableitung, dann aber auch alle Wurzeln auf den Tisch. Dann wird erst deutlich, was gemeint ist.

Brie: Das beschreibt, wie dieser Einsiedel ...

Ebermann: Nein, das beschreibt euch.

Brie: ... sich und seine Rolle sieht. Und dafür möchte ich um Verständnis bitten. Ich finde diese linke Arroganz, Menschen über einen Kamm zu scheren, furchtbar. Man muß diesen Einsiedel als Individuum zur Kenntnis nehmen.

Elsässer: Wenn ihr Einsiedel nur gegen Kritik verteidigen wolltet, hättet ihr doch ganz einfach sagen können: Liebe Kritiker, nehmt mal nicht das, was der Mann sagt, sondern nehmt seine Taten. Er hat mit der Waffe in der Hand gegen den Faschismus, gegen Deutschland gekämpft. So eine Figur ist, unabhängig davon, was sie sagt, erstmal eine Respektsperson. Das hättet ihr sagen können. Ihr habt aber seine schlimmsten Sachen durch diesen Artikel verteidigt. Das sind doch eure Worte.

Brie: Nein.

Gremliza: Das haben Sie doch geschrieben, Herr Brie?

Bischoff: Laßt uns wenigstens versuchen, die Differenzen einzugrenzen. Ich gehe ja mit euch mit, wenn ihr sagt, daß die Nation keine aus frühesten Zeiten stammende völkische, kulturelle oder sprachliche Einheit ist, sondern erst aus dem Zerfallsprozeß von vorbürgerlichen Gesellschaften hervorgeht.

Die Differenzen beginnen an zwei Punkten. Erstens: Wir haben in den entwickelten kapitalistischen Ländern einerseits die Tendenz der Internationalisierung des Kapitals, weshalb das Bürgertum in Phasen flotter Akkumulation nicht aufgeschlossen ist für nationalistische Propaganda. Andererseits gibt es keine störungsfreie Entwicklung dieser Produktionsweise, so daß das Bürgertum auf nationalistische Argumentationen zurückgreift. Zu diskutieren ist: Sind wir jetzt an so einem Punkt?

Zweitens: Sind beispielsweise das Asylrecht oder die Standortdiskussion Elemente in dieser Auseinandersetzung, und habt ihr der PDS in diesen Fragen was vorzuwerfen in dem Sinne, daß wir nationalistische Stimmungen einführen? Das ist die unfaire Masche bei dem Ding, daß ihr mit dieser Erklärung zugunsten Einsiedels dasselbe macht, was du, Thomas, schon mal gemacht hast: Wenn wir in irgendeiner Basisorganisation Leute haben, die mit der Forderung nach Offenen Grenzen nicht klarkommen, dann sagst du, die PDS ist zu keinem emanzipatorischen Gedanken fähig.

Elsässer: Verstehe ich das richtig, daß Sie der Ansicht sind, daß hierzulande das Kapital nicht auf nationale Lösungen setzt? Was soll das denn heißen? Wollen Sie damit nahelegen, daß es in so einer Phase halb so schlimm sei, sich auf nationalistische Argumentationen wie die von Einsiedel einzulassen? Ich bin an dem Punkt völlig anderer Ansicht. Nach Auschwitz kann in diesem Land in keiner Situation und egal, wie sich das Monopolkapital verhält, noch unschuldig auf den Begriff der deutschen Nation Bezug genommen werden. Und in diesem Zusammenhang ist mein Bezugspunkt nicht irgendeine Weltrevolution, sondern mein Bezugspunkt ist Auschwitz und der deutsche Nationalismus als wesentliches Element, das dahin geführt hat.

Brie: Also ich vermute, daß es dazu in der PDS Konsens gäbe. Es wird viel problematischer, wenn man mal in die Tiefe geht. Ich glaube, daß wir in der PDS hinsichtlich des deutschen Nationalismus und daß er nicht zufällig zu Auschwitz geführt hat, das Dargelegte unterstützen würden. Aber erstens seid ihr Publizisten, ihr seid viel freier; wir versuchen, Politik zu machen unter komplizierten Bedingungen. Nicht unter idealen Bedingungen, sondern mit realen Menschen. Dazu gehört eben auch, daß wir Politik machen müssen in einer Welt, in der trotz solcher Internationalisierungs- und Europäisierungsprozesse nach wie vor die Nationalstaaten einfach als Realität viele Rahmenbedingungen vorgeben. Wir können uns davon nicht einfach frei machen.

Bischoff: Die Nation ist ein vielschichtiger, aber dennoch realer Tatbestand in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, nicht einfach eine ideologische Erfindung, wie Benedict Anderson oft mißverstanden wird. Und die herrschende Klasse greift in Konfliktsituationen auf den Appell an das Nationalgefühl zurück ...

Elsässer: Darauf zurückgreifen! Was ist denn das für eine Terminologie?!

Ebermann: Seit fünf Jahren wuchert die nationalistische Propaganda, und du fragst, ob die Herrschenden im Moment Interesse am Nationalismus haben oder mehr internationalistisch orientiert sind. So ein weltfremder Schwachsinn ist mir selten untergekommen.

Bischoff: Du tust jetzt so, als sei die nationalistische Propaganda schon auf dem Höhepunkt. Der Widerspruch zwischen Weltmarktorientierung und nationaler Abschottung ist doch real.

Elsässer: Für Sie ist Nationalismus erst dann gegeben, wenn der Nationalismus auf einen Sonderweg außerhalb der EU und der Nato drängt. Das ist doch ganz falsch. Auch die Teile der Bourgeoisie, die auf Maastricht und auf die Nato setzen, verbreiten nationalistische Propaganda.

Bischoff: Ich zitiere aus der »FAZ«: »Mit dem Appell an das Nationalempfinden läßt sich in Notfällen ein Winterhilfswerk inszenieren, aber keine vernünftige Wirtschafts- und Sozialpolitik in einer demokratisch verfaßten und republikanisch gesinnten Gesellschaft organisieren.« Darüber gibt es innerhalb des Lagers der Besitzenden einen realen Konflikt, in dem die »FAZ« lange schwankend war und jetzt Stellung bezogen hat für Europa. Andere in diesem Lager ziehen eindeutig die nationalistische Karte.

Elsässer: Das ist doch nur die Differenz zwischen Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot.

Bischoff: Nein. Es gibt Leute, die sagen, sie setzen den Appell an das Nationalempfinden bewußt als Gestaltungskriterium ein. Und es gibt andere Kräfte, die das ablehnen.

Gremliza: Das hat Herr Barbier tatsächlich im Leitartikel der »FAZ« vor ein paar Tagen geschrieben. Gut. Dieser Leitartikel steht gegen etwa 500 andere aus den letzten fünf Jahren und gegen weitere 100, die im nächsten Jahr erscheinen werden, von allen Herausgebern der »FAZ«. Daß man nun wirklich ernsthaft sagen kann, das Bürgertum schwanke in der Frage, ob Nationalismus eine Option sei, die zu ihrer jetzigen Politik gehört, nach diesen fünf Jahren nationalistischer bis völkischer Aufwallung, finde ich rätselhaft.

Ebermann: Daß darüber gestritten wird, muß ja einen Grund haben. Wenn man nicht sieht, wie der Historikerstreit geführt wurde und wie er entschieden ist, daß Parolen, die vor fünf, sechs Jahren als rechtsradikal galten, heute als politische Position der besonnenen Mitte verkauft werden, daß auf SPD-Plakaten steht: »Die deutschen Interessen besser vertreten!«, wenn man nicht merkt, daß das Deutschtümelei ist, Nationalismus, daß das opferbereit, für einen Krieg fähig machen soll, wenn man sich statt dessen irgendwie die Frage stellt, ob in Deutschland die herrschende Meinung aggressiv-nationalistischer geworden ist oder nicht, wenn man das noch thematisieren kann, muß man selbst derart nationalistisch sein, daß einem der Rest schon nicht mehr auffällt.

Bischoff: Über den Tatbestand einer deutlichen Rechtsverschiebung brauchen wir nicht zu streiten. Wenn wir uns anschauen, in welchem Maße sich die sozialen Antagonismen bereits entwickelt und die politischen Terrains verschoben haben, stellt sich die Frage, wann die Scheidelinie zwischen einer noch demokratisch verfaßten Gesellschaft und einer autoritären, totalitären überschritten werden könnte. Ich bezweifle zwar, daß man das als Wiederholung von faschistischen Strukturen sehen kann, aber daß das eine qualitative Veränderung ist, bestreiten wir nicht. Es ist für mich noch nicht so weit, daß wir den Rubikon überschritten hätten. Das würde ich mit aller Eindeutigkeit zurückweisen. Wir wehren uns jetzt im Vorfeld gegen diese Entwicklung. Und deswegen haben wir eine Position zum »Standort Deutschland«, weil es in dieser Standortdebatte eine klar nationalistische Komponente gibt. Wir haben eine sehr differenzierte Position auch im Hinblick auf die Frage der Neugestaltung Europas.

Ebermann: Diese Debatte wäre ja absurd, wenn dieses Dokument in der PDS nicht einige hundert Vorläufer gehabt hätte. Einsiedel ist doch nicht nationaler gesonnen als Modrow. Der ganze Gründungsakt der Komitees für Gerechtigkeit hatte einen völlig nationalistischen Begründungszusammenhang: Deutsche erster Klasse, Deutsche zweiter Klasse. 40, 50 Dokumente, wo über gesunden Nationalismus geschwafelt wird. Euer vehementes Eintreten dafür, daß Berlin wieder Hauptstadt wird. Oder euer Bundestagswahlprogramm: »In Anbetracht der Verschärfung der internationalen Konkurrenz

kann die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nur durch eine zukunftsorientierte Strukturentwicklung der Wirtschaft gesichert werden, die eine aktive Industrie- und Forschungspolitik voraussetzt.« Daß Deutschland auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig sei, ist das ein nationalistischer Wunsch oder nicht?

Bischoff: Es gibt in diesem Land eine Krise der Erwerbsgesellschaft. In dieser Krise sollen zum Beispiel die Sozialversicherungssysteme außer Kraft gesetzt werden. Das ist ein Prozeß, der mit der Aufkündigung des überlieferten Klassenkompromisses durch die Herrschenden begann und der in die zunehmende Selbstzerstörung dieser Gesellschaft mündet. Selbst immanent gedacht kann eine Weltmarktoffensive keine spürbaren Entlastungen bringen, so stark kann der Außenhandel der BRD gar nicht expandieren. Es geht um Alternativen gegen Massenarbeitslosigkeit. Und dabei muß man zur Kenntnis nehmen, daß Europa nicht einfach schon grenzenlos ist, sondern daß wir uns wirklich auf einem abgegrenzten Territorium befinden.

Ebermann: Einen Moment mal. Es geht in diesem Zitat um die »Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft«, also um die Position des deutschen Kapitals gegenüber anderen.

Brie: Ich kann natürlich überall Zitate rausreißen. Es gibt kaum eine Zeitung, die so sorgsam mit deutscher Sprache umgeht wie KONKRET. Das schafft ja kein Rechter, die deutsche Sprache dermaßen zu verteidigen, wie Sie das machen, Herr Gremliza. Wenn ich solche einzelnen Zitate nehme, um jemandem Nationalismus zu unterstellen, dann kann ich alles. Die Wirtschaftsprogrammatik der PDS ist eingebettet in einen Kontext. Wir wollen eine neue Weltwirtschaftsordnung, und wir wollen in diesem Land zum Beispiel Arbeitsplätze schaffen. Wir stellen uns nicht hin und finden es schön, daß hier sieben Millionen Menschen arbeitslos sind, weil wir der Meinung sind, daß das diese Gesellschaft zerstört. Wir denken, daß daraus keine linke antikapitalistische Bewegung entsteht, sondern Faschismus.

Ebermann: Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sichern zu wollen und sich das zum Anliegen zu machen, ist das ein nationalistisches Motiv oder ist es das nicht? Das bedeutet Tote woanders, Ruinen, Hungersnöte, Armut.

Bischoff: Was willst du denn damit sagen? Die Aufteilung des Weltmarkts unter den kapitalistischen Ländern ist mit Elend verknüpft. Das liegt an den Funktionsgesetzen der Kapitalakkumulation, nicht daran, daß in den Metropolen verstärkt die nationalistische Karte gespielt wird.

Elsässer: Das Problem an Ihrem Programmist doch, daß es ein Warenhauskatalog ist. Da ist für jeden etwas drin, und Sie verweisen jetzt auf Dinge, die sich sympathisch anhören, Dritte-Welt-Soli, Antifaschismus, Demokratisierung usw. Da steht eines neben dem anderen, alles ist völlig unvermittelt – und entscheidend ist am Schluß, was Gysi sagt.

Leider ist uns ein Ereignis in der Berichterstattung ziemlich durch die Lappen gegangen, das das ganze Dilemma eures Agierens an dem Punkt sehr deutlich macht. Und zwar war das eine Veranstaltung, die Gysi in Stuttgart gemacht hat zusammen mit Manfred Brunner. Da saßen drei Leute auf dem Podium. Gysi, Brunner und der Veranstalter Manfred Roth. Manfred Roth ist aus der FDP ausgeschlossen worden, weil er öffentlich den Satz von Haider, daß das Beschäftigungsprogramm der Nazis recht ordentlich gewesen sei, unterstützt hat. Zu so einer Veranstaltung hat sich Gysi, der nicht mit Ebermann reden will, einladen lassen. Aber damit nicht genug: Diese Veranstaltung war, man kann das dem Bericht der »Stuttgarter Zeitung« entnehmen, durchtränkt von Einigkeit: in puncto Politikverdrossenheit, in puncto Maastricht-Kritik. Und das ist doch ein Punkt, wo dieses rot-braune Bündnis, das sich in Frankreich und Rußland schon hergestellt hat, beginnt.

Brie: Ich werde mich nicht scheuen, gegen Maastricht zu sein, bloß weil die Republikaner auch gegen Maastricht sind. Ich habe andere Motive, ich habe andere Argumente gegen Maastricht. Wenn dann irgendein Journalist daraus macht, was er sowieso ständig macht, was sie ja auch schon 1930, ‘33 gemacht haben, Kommunisten und Nationalsozialisten in eine Ecke zu stecken, kann ich auch nichts dafür.

Gremliza: Wenn ich jetzt nichts Schlimmeres unterstelle, das will ich auch nicht tun, dann bleibt dennoch bei der Beobachtung der Politik und der Äußerungen der PDS der Eindruck, daß sie es sich selbst einräumt, auf nationalistische Emotionen, die sie voraussetzt, zuzugehen, um dort Stimmen zu holen. Im »Stern« hat Gysi gesagt, »die Klügeren unter unseren Gegnern werden irgendwann anerkennen, daß die PDS die bessere Art ist, den Protest einzufangen«, weil die Leute dann nicht Republikaner wählten. Warum sagt ihr nicht, wer uns wählen will, hat zu wissen, daß er mit uns sowas nicht kriegt?

Brie: Wir wollen Protestwähler, wir wollen nicht nur diejenigen gewinnen, die bewußt links wählen, sondern auch die, die einfach die Schnauze voll haben, bei denen die Gefahr besteht, daß sie die Republikaner wählen. Wir wollen keine rechten Wähler. Aber diese Protestwähler wollen wir schon. Das tun wir nicht, indem wir uns nationalistisch anbiedern. Wir haben im Berliner Kommunalwahlkampf ein vietnamesisches Plakat in Ostberlin und ein türkisches in Westberlin verwendet. Wir haben jetzt ein großes Plakat auf dem in 20 Sprachen steht: »Jetzt links wählen!« Es gibt Prinzipien, die im Wahlkampf nicht verletzt werden. Und dazu gehört auch der Internationalismus.

Ebermann: Okay. Ihr sagt jetzt also nicht mehr, daß in Wirklichkeit alles Einsiedel geschrieben habe, sondern daß ihr das, was ihr sagt und schreibt, ehrlich meint. Das ist gut. Drei Zitate, wie immer aus dem Zusammenhang gerissen. »Mit dem Ende der DDR ist Sozialismus in Deutschland erst möglich geworden.« Das ist das erste. »Wer sich heute gegen die Einheit stellt, verhält sich reaktionär.« Das ist das zweite. Und: »Die Linke muß endlich die deutsche Einheit als emanzipatorischen Impuls aufnehmen.« Das ist das dritte.

Das ist nicht aus der Gefühlswelt des Grafen, sondern, wie der Anfang auch, Gesinnung der Autoren. Ich spiele ernsthaft mit dem Gedanken, in Hamburg eine Wählerinitiative zu gründen, die nur diese drei Zitate plakatiert. Wenn das eure Meinung ist und nicht taktisches Geschleime, dann übernehmt ihr damit die größtmögliche Mitverantwortung für den Nationalismus und Rassismus und die rassistischen Pogrome in Deutschland. Denn es ist unbestreitbar, daß die ihre Ursache in der Wiedervereinigung haben. Nach dem Verlust der Angst vor der Strafe der Alliierten, nach der leider erfolgten Wiederherstellung der nationalen Souveränität ist rausgekommen, was schon immer gedacht, aber nicht immer gemacht wurde und häufig nur hinter vorgehaltener Hand gesagt wurde.

Diese Zitate sind natürlich aus dem Zusammenhang gerissen. Aber sie bedeuten, daß ich mich reaktionär verhalten habe, als ich für die Streichung des Wiedervereinigungsgebots aus dem Grundgesetz war. Ich wollte damit offenbar den Sozialismus verhindern. Statt dessen wird ein Mensch gelobt, der schon immer gegen die Zweistaatlichkeit war.

Bischoff: Es ist ja richtig, daß die Pogrome was mit der Einheit zu tun haben. Aber Rassismus ist doch kein Spezifikum der BRD.

Brie: Also an dieser Stelle muß ich natürlich sagen, ohne hier etwas jetzt entschuldigen zu wollen, daß das erste eine schlechte und falsche Formulierung ist. Daß Sozialismus erst nach dem Ende der DDR möglich geworden sei, würde ich aus wissenschaftlicher Sicht differenzieren. In den 50er und 60er Jahren war die DDR reformfähig. Damals hätte man einen Sozialismus, der den Namen verdient, entwickeln können. In den 70er und 80er Jahren waren alle Ressourcen aufgebraucht. Es ging nicht weiter, man mußte raus aus dieser Sackgasse.

Gröndahl: Das klingt ja beinahe wie Sahra Wagenknecht.

Brie: Ja, ich behaupte aber, daß die Wurzeln der Sackgasse bei Stalin und in den 50er, 60er Jahren liegen, und sie sagt, das sei dann verraten worden durch den Opportunismus.

‘89 und ‘90 wollten wir die DDR verteidigen. Aber irgendwann war das gelaufen. Man kann keine Donquichotterie machen, die womöglich dann noch zum Blutbad führt. Das fängt an mit dem Modrow-Papier »Deutschland einig Vaterland«. Von diesem Papier ist leider nur der Titel geläufig. Im eigentlichen Text steckt die Überlegung, daß, wenn diese Einigung unabwendbar geworden ist, man versuchen mußte, Einfluß zu nehmen. Auch wenn man geflucht hat darüber: Man mußte diese Einheit annehmen und von ihr ausgehend emanzipatorische Politik machen.

Ebermann: Da steht »als emanzipatorischen Impuls annehmen«, nicht: als Scheiße, die man nicht ändern kann.

Bischoff: Ich komme aus der alten Bundesrepublik. Ich habe die Umbruchsituation 1989 durchaus als Chance für einen weitergehenden Reformprozeß eingeschätzt. Große Teile der Herrschenden hier waren ja gegen eine Vereinigung über den Weg der Konföderation beider Staaten, weil dann auch die BRD ihr Gesicht verändert hätte. Vielleicht nicht in den ökonomischen Grundstrukturen, aber in der Gestaltung der sozialen Verhältnisse und der Rechtsnormen. Das hat sich nicht realisieren lassen, war also, wenn man so will, illusionär. Wir müssen uns jetzt auf die neue Situation einstellen und die neue Situation ist, daß wir das zu akzeptieren haben.

Elsässer: Ihre ganze Diskussionsführung, Herr Bischoff, ist ein brillantes Beispiel für Kathedersozialismus in seiner besten Ausprägung. Immer die großen Worte: Ökonomie, Weltkapital, Globalisierung, Regionalisierung, Nationbildung – high sophisticated. Und immer, wenn es konkret wird, Verharmlosung der realen gesellschaftlichen Entwicklung, Verharmlosung des Nationalismus. Den Einschnitt der deutschen Wiedervereinigung, mit dem die rassistische Gewalt losgetreten worden ist, haben Sie wegdiskutiert mit dem Verweis auf andere europäische Länder, mit dem Verweis auf die Zeit vor 1989. Jetzt kommen Sie mit Realpolitik und mit Ihren Illusionen von damals. Die hat man damals vielleicht haben können, aber das Schlimme ist, Sie schwelgen in diesen Illusionen auch heute noch. Was hier als Realpolitik verkauft wird von Ihnen, aber offensichtlich auch von der gesamten Partei, ist doch die größte Irrealpolitik, das größte Wunschdenken, das man sich überhaupt vorstellen kann.

Ich bin wirklich dankbar um die antikommunistische Öffentlichkeit in diesem Land, die die PDS unverdientermaßen immer noch in Zusammenhang mit der SED bringt. Die Formulierung von der SED-Nachfolgepartei verhindert, daß diese ganze Anbiederung, von der Thomas jetzt einige Beispiele genannt hat, daß diese ganzen Anbiederungen an den nationalistischen Mainstream ihre volle Wirkung entfalten kann. Wenn diese Stigmatisierung der PDS nicht wäre, und wenn die größte Leistung deutscher Linker, nämlich diese Bestie Deutschland gespalten zu haben, über den Begriff SED-Nachfolgepartei nicht unverdientermaßen mit der PDS in Verbindung gebracht würde, wäre die PDS doch schon viel weiter bei der Osmose mit den Deutschnationalen.

Bischoff: Was heißt denn »deutsche Bestie«? Es geht doch um gesellschaftliche Kräfteverhältnisse.

Brie: Sie können sich ja mal Bundestagsprotokolle durchlesen und sich anhören, wie Gysi dort fertiggemacht wird von rechts bis zum Bündnis 90, und zwar für Äußerungen, die eben nicht aus der SED denkbar gewesen wären. Wo ist denn da die Anbiederung? Wir sind doch nicht nur ausgegrenzt, weil wir SED sind.

Gremliza: Das ist richtig, die Anbiederung gelingt nicht, sie wird ja immer wieder zurückgewiesen. Es gibt einige wenige Punkte, wo man sagen kann, gut, hier wird die PDS angegriffen für ihre aktuelle Politik, also etwa in der Frage des Antidiskriminierungsgesetzes. Aber ansonsten kann Gysi erzählen, was er will. Er kann sich so brav hinstellen, wie er will. Und wenn er etwas sagt, was alle schon gesagt haben, kriegt er trotzdem fiese Zwischenrufe.

Die Zurücknahme eines der Zitate ist ja ganz schön uns gegenüber. Aber das ist so gut formuliert, so präzise und pathetisch formuliert, daß es halt nicht danebengegangen ist, sondern »Wer sich heute gegen die Einheit stellt, verhält sich reaktionär« ist ein Programm: Wer heute nicht der Nation sich anschließt, ist reaktionär.

Brie: Ich habe nie und würde auch nie verwenden diesen Begriff von Deutschen erster und zweiter Klasse. Aber die soziale und politische Spaltung existiert, die kann nicht als etwas Wünschenswertes genommen werden. Sie bereitet den rechten Boden. Hier die Einheit herzustellen, ist eine Voraussetzung um ganz andere Dinge ...

Gröndahl: Den rechten Boden bereitet man, wenn man sagt, den Deutschen in Ostdeutschland gehe es schlecht, die würden nicht so behandelt, wie sich das für deutsche Staatsbürger gehört.

Brie: Ich verwende überhaupt nicht diesen Begriff deutsche Staatsbürger, ich würde vielleicht von Bürgerinnen und Bürgern sprechen.

Elsässer: Aber Ihre Beispiele laufen doch immer darauf hinaus, daß man die Unterschiede zwischen Ost und West aufzeigt, zum Beispiel: Hier im Osten wird noch nicht mal das Lohnniveau des Westens erreicht, das Gerede von der neuen Mauer durch Deutschland, anstatt daß Sie ganz einfach sagen, die Grenze verläuft nicht zwischen West und Ost, sondern zwischen Kapital und Arbeit, und gegen Ausbeutung hilft nur Klassenkampf.

Brie: Mir fällt einfach schwer zu glauben, daß irgend jemand in der Linken es gut finden könnte, daß AusländerInnen oder InländerInnen, Frauen oder Männer, Ost- oder Westdeutsche unterschiedliche Rechte haben. Für die einen gibt es das Grundgesetz, für die anderen wird ausdrücklich festgeschrieben, daß es für sie nicht gilt. Auch die Vietnamesen hier werden anders behandelt als nichtdeutsche Bürgerinnen und Bürger in Westdeutschland. Auch ein unterschiedliches Recht. Auch dagegen wenden wir uns. Wir haben im Parteiprogramm ja nicht eine Angleichung Ost- an Westdeutschland gefordert. Da steht im Gegenteil: Wir wollen keine Verwestlichung des Ostens. Wir wollen eine andere Entwicklungsrichtung, aber eben auf gleicher Grundlage.

Ebermann: Darum geht es, glaube ich, in zweiter Linie. Es geht darum, daß ihr das Blaue vom Himmel gelogen habt, was mit der Wiedervereinigung kommen würde.

Brie: Nein, da haben wir ganz realistisch gewarnt. Das ist genauso eingetroffen, wie wir gesagt haben. Ich durfte zum ersten Mal in meinem Leben im Dezember 1989 im »Neuen Deutschland« einen Artikel veröffentlichen. Da habe ich vor der Einheit gewarnt ...

Ebermann: Reaktionär!

Brie: ... es wird manches ja auch reaktionär, was damals richtig war, wenn man daran festhält.

Ebermann: Also, ich habe noch eine ganz gute Erinnerung an die »zivilisatorische Potenz der Börse«, das hat Frau Luft in die Welt gesetzt. Die Effizienz der Marktwirtschaft ...

Brie: Das wäre natürlich wieder ein eigenes Thema. Eine Planwirtschaft erlebt zu haben, die nur eine Kommandowirtschaft war, hochbürokratisiert, verschwenderisch in jeder Hinsicht, unfähig zu internationaler Arbeitsteilung. Die konnte es ja nun wirklich nicht sein.

Bischoff: Thomas, ökonomische, soziale und politische Alternativen sind doch nicht von vorneherein an die Abschaffung des Kapitalverhältnisses geknüpft. Seit drei Jahren läuft deine Argumentation darauf hinaus, alle Positionen zu verteufeln, die nicht auf die Aufhebung der Ware-Geld-Verhältnisse im Zuge der Etablierung irgendeiner Planwirtschaft orientieren. Wie das möglich sein soll, und zwar auf nicht-stalinistische Art, vor dieser Antwort kneifst du immer wieder.

Ebermann: Ich kneife überhaupt nicht. Periodisch weise ich darauf hin, daß diejenigen, die ein bestimmtes Rhetorikmuster haben, Bluffer sind. Das tut der Karl Held nicht, und deswegen kam der Gysi in KONKRET so ungeschoren davon. Karl Held sagt, er mag den Erfolgsmaßstab gar nicht hören, das sei ein ganz schlimmes Argument. Ich mag ihn eigentlich ganz gerne hören. »Gestalten statt negieren!« Das ist eine typische Parole derer, die vorgeben, sich am Erfolgsmaßstab zu orientieren. Von der deutschen Einheit habt ihr aber gar nichts gestaltet. Man durfte sie vor einigen Jahren nicht bekämpfen, weil ihre Gestaltung klüger sein sollte als ihre Verhinderung. Das war die Zeit der Wortschwälle, Deutschland könne doch der Welt eine unüberschaubare Zahl von Wohltaten zukommen lassen, der Dritten Welt helfen,

ökologisches Vorbild sein, Friedensinitiativen starten und noch vieles mehr. Nun sagt man einmal, das ist Spinnkram. Deutschland wird reaktionär großmächtig sein und wird über den Prozeß der deutschen Einheit seine Subalternen dermaßen ideologisch fertigmachen, daß sie auch noch selber glauben, sie hätten über ihre Verhältnisse gelebt.

Daß der Sozialabbau und der Lohnabbau so glatt über die Bühne gehen, hat ja die Ausrottung der letzten rudimentären klassenkämpferischen, klassenpolitischen Gedanken in Gewerkschaften und Arbeiterbewegung selbst vorausgesetzt. Daß jetzt Tyll Necker auf einem Gewerkschaftstag der IG Metall eigentlich nichts mehr entgegengehalten wird, muß ja was mit dem Ende der DDR, mit dem Ende des Realsozialismus, also mit dem, von dem ihr behauptet, dadurch sei Sozialismus erst möglich geworden, zu tun haben. Richtig ist, die Entwaffnung auch noch der korporativistisch klassenkämpferischen Position hat darüber stattgefunden. Kein Schwein muß mehr Rücksicht nehmen, kein Schwein muß mehr Sozialstaat spielen, und Zivilgesellschaft gehört nicht mehr aufgeführt.

Brie: Daß die Existenz der DDR den Kapitalismus in Westdeutschland gefesselt hat, ist ganz unbestreitbar. Mit ihrem Wegfall passiert genau das, was Sie sagen. Das heißt aber nicht, daß man die DDR aufrechterhalten konnte. Die ist doch nicht zufällig innerhalb von Tagen implodiert.

Elsässer: Das höre ich zum ersten Mal von Ihnen. Daß für Sie die deutsche Spaltung eine emanzipatorische Sache war, weil sie den deutschen Imperialismus gefesselt hat. Das sollten Sie öfter sagen, zum Beispiel im Wahlkampf, und nicht bloß hier im KONKRET-Kämmerchen.

Brie: Es ist hundertmal gesagt worden. Nehmen Sie meine Rede auf dem letzten Parteitag, da steht genau das drin.

Bischoff: Natürlich ist der Wegfall der Systemkonfrontation gerade hier folgenreich. Aber das Problem der Rechtsentwicklung ist doch in anderen Ländern ebenso virulent. Nehmen wir Italien, das Gremliza ja schon als »Schnittmuster« bezeichnet. Die Rechtsentwicklung dort hat zu tun mit der Zerüttung der sozialökonomischen Verhältnisse, auch der kulturellen Werte und Normen. Die populistische und extreme Rechtehat das für sich genutzt, und die Frage lautet, wie dieLinke das in Europa wirksamer verhindern kann als in Italien.

Elsässer: Was ist denn der Unterschied zwischen Deutschland und Italien? In Italien kann der Faschismus frecher, ungenierter in die politische Arena treten, weil die italienische Geschichte nicht mit Auschwitz kontaminiert ist. Dieser entscheidende Unterschied macht es den deutschen Nationalisten, oben wie unten, schwer, da nachzuziehen, weswegen Italien jetzt erst mal die Nase vorn hat in dem Prozeß. An der Beseitigung dieses Hindernisses arbeiten Sie mit durch die Wiedergutmachung der deutschen Geschichte. Dieses ganze Zeug mit Einsiedel und das Drumherum ist ein Teil dieser Wiedergutmachung der deutschen Nationalgeschichte, dieser nivellierenden Einordnung von Auschwitz in eine 1000jährige deutsche Nationalgeschichte.

Gremliza: Die italienische Rechte arbeitet mit genau den gleichen Parolen wie andere bei uns: mit der nationalistischen Parole, der Parole der Politikverdrossenheit, dem Kampf gegen Verbrechen und Korruption. Das ist genau der gleiche Setup wie hier. Und die Frage ist: Wie kriegt man diese nationalistischen, faschistischen Muster hier politisch realisiert? Mit Schönhuber geht es nicht, weil der immer noch sagt, er sei stolz, bei der SS gewesen zu sein. Das geht international noch nicht. Das können sie nicht durchsetzen. Sie brauchen das faschistische Muster ohne den alten braunen Anstrich. Und jeder, der dem Nationalen zuarbeitet, aus welcher Position auch immer, als Maoist, als Stalinist, als Reformsozialist, der kann sich nennen wie er will, jeder, der dem zuarbeitet mit Sätzen wie »die deutsche Einheit muß als emanzipatorischer Impuls gesehen werden«, erleichtert denen das Geschäft. Und die Reaktion darauf ist ja tatsächlich so. Natürlich geht es der PDS in der Berichterstattung in deutschnationalen Blättern wie dem »Spiegel« in letzter Zeit besser. Jetzt muß nur noch die Kommunistische Plattform ausgeschlossen werden, dann ist die PDS dort richtig in.

Brie: Ach, gemessen am Ziel gesellschaftlicher Änderung ist die Kommunistische Plattform doch das Ungefährlichste an der PDS.

Ebermann: Ich habe zum Schluß eine Frage. Gibt es gesundes Nationalbewußtsein?

Bischoff: Nee, gesundes sicher nicht.

Ebermann: Gibt es akzeptables Nationalbewußtsein?

Bischoff: Nein, es gibt sowas wie Nation, und es gibt Nationalgefühl.

Ebermann: Gibt es ein Nationalgefühl, das okay ist?

Bischoff: Das »okay« mußt du weglassen.

Ebermann: Das ist ja nun von dir: »Für die moderne Nation im republikanischen Sinne gilt, daß die Menschen eines Gebietszusammenhangs eine Nation bilden, soweit sie die gesellschaftliche Arbeit und Arbeitsteilung in einem politischen Willenszusammenhang ausgestalten und fortführen wollen.« Das ist die freiwillige Dienstverpflichtung, die nicht völkisch, nicht rassisch, sondern auf den Nationalstaat bezogene Dienstverpflichtung.

Bischoff: Ich habe nicht von Nationalstaat geredet. Es geht darum, wirklich konsequent einen Republikanismus durchzusetzen in dieser Gesellschaft. Und das heißt bei dem, was Nationalstaat oder Nation immer noch ist: Bürger, Bürgerinnen verschiedener Klassen, alle Leute, die auf einem Territorium sind, sollen für die gemeinschaftlichen Belange und für alles das, was dort kulturell im Gange ist, gleichermaßen verantwortlich sein und daran beteiligt werden, ohne irgendeine Diskriminierung und Ausgrenzung. Das ist nur möglich, wenn du die kapitalistische Gesellschaft sprengst. Und das wird nicht auf einen Sprung gehen, sondern eher ausgehen von Veränderungen von Kräfteverhältnissen und grundlegenden Verhältnissen peu à peu und braucht dann eine sehr lange Entwicklungszeit.

Gremliza: Weil André Brie mit einem Zitat aus dem Flugblattext angefangen hat, mit dem KONKRET zu einer Diskussionsveranstaltung in Rostock eingeladen hat: In diesem Text wird weder er noch sonst jemand aus der PDS als Fellow traveller des Faschismus bezeichnet. Der Satz, auf den sich diese Formulierung bezieht, heißt: »Wie verhängnisvoll dieses taktische Verhältnis zum Nationalismus ist, bezeugen das Scheitern der KPD in den 30er Jahren ebenso wie der jugoslawische Sezessionskrieg und die braun-roten Allianzen in Rußland heute. Um sich von *diesen* Fellow travellers des Faschismus abzugrenzen ...«

Konkret 07/94, S. 44

Sahra Wagenknecht

Kungelkurs und Widerstand

Wer über Erich Honecker schreibt, schreibt über die DDR; das Wohl- oder Übelwollen, das ihn trifft, gilt gemeinhin ihr. Ein Nachruf

»Ich habe für die DDR gelebt, ...]und ich habe am Ende meines Lebens die Gewißheit, die DDR wurde nicht umsonst gegründet. Sie hat ein Zeichen gesetzt, daß Sozialismus möglich und besser sein kann als Kapitalismus.«
Erich Honecker am 3. 12. 1992

Als die deutsche Gegenrevolution in einer ihrer ersten Amtshandlungen den Kommunisten und Antifaschisten Honecker vom Krankenbett weg ins Gefängnis verbrachte, ihn dann ins russische Exil trieb, dann zurückerpreßte und in der (ihm aus Jugendtagen bekannten) Moabiter Haftanstalt gefangenhielt, als sie gegen das frühere Staatsoberhaupt ein Verfahren anstrengte, das neben den mustergebenden Kommunistenprozessen des zurückliegenden Jahrhunderts bestehen kann, und es endlich, um sich schlimmste Blöße zu ersparen, ins chilenische Exil entließ – als die deutsche Gegenrevolution all das ins Werk setzte, wußte sie, warum sie es tat, und hatte die Weltzusammenhänge auf ihre Weise begriffen. Besser begriffen jedenfalls als jene Linken, die unbekümmert bis zum heutigen Tag daherplaudern, der »bureaukratische Staatssozialismus« habe die Realisierung der »sozialistischen Idee« verhindert, die Liquidierung der DDR gelte es daher als »empanzipatorisches« und »progressives« Ereignis zu würdigen etc.

Sehen wir von den Rechtfertigungsbedürfnissen gewisser Herbst-Akteure ab, gibt es keinen Grund, gesellschaftliche Rückschläge in Fortschritte umzulügen. Die DDR war das friedfertigste und menschenfreundlichste Gemeinwesen, das sich die Deutschen im Gesamt ihrer bisherigen Geschichte geschaffen haben, und es war die DDR, die den westzonal wiedererstandenen Imperialismus über vierzig Jahre daran gehindert hat, im Inneren und in der Welt zu tun und zu lassen, wonach ihm gelüstete. (Und welcher Wesensart diese Gelüste waren, sollten diejenigen, die’s vorher nicht wußten, in den letzten vier Jahren mitbekommen haben.) Die DDR hatte den wütenden Haß durchaus verdient, den ihr das deutsche Großkapital von der ersten Stunde an entgegenbrachte; sie hatte ihn verdient, und er gereicht ihr und ihren Repräsentanten zur Ehre.

Erich Honecker gehörte zu jener Gruppe deutscher Kommunisten mit Walter Ulbricht an der Spitze, die – begleitet von der Dauerfehde des Westens und ohne Gegenliebe im Osten – buchstäblich aus dem Nichts den neuen deutschen Staat aufbauten. Er leitete die Maßnahmen zur Grenzbefestigung im August einundsechzig, die dem lästigen Einwirken des feindlichen Nachbarn ein (längst überfälliges) Ende setzten. Ohne jenen 13. August wäre das Ulbrichtsche Reformprogramm undurchführbar geblieben und hätte es jene einzigartige Prosperität, die der DDR-Sozialismus in den sechziger Jahren erlebte, nie gegeben. Das DDR-Modell der sechziger Jahre ruhte auf einer Politik der Balance und des Kräfteausgleichs und setzte daher ein Grundmaß an gesellschaftlicher Stabilität voraus; Ulbricht hatte den Einfluß der Wirtschaftselite gestärkt, den Apparat bei Begrenzung seiner ökonomischen Befugnisse auf die politisch-ideologische Führungsrolle konzentriert, und er leistete sich einen breiten Sektor privater und halbprivater Klein- und Mittelbetriebe; der Staat seinerseits hatte zu vermitteln und diese verschiedenen, vielfach gegenwirkenden Interessenlagen in einem dem Sozialismus dienlichen Gleichgewicht zu halten. Dieses Gesamtgefüge sicherte eine weitgehend leistungsabhängige Verteilung der gesellschaftlichen Güter und sorgte für höchstmögliche Produktivität. Erich Honecker hatte den Ulbrichtschen Gesellschaftsentwurf während des gesamten Jahrzehnts mit durchgesetzt; seine Grundideen indes sind ihm wohl immer fremd geblieben. Ende der sechziger Jahre begann er, die sowjetischen Aktivitäten gegen Walter Ulbricht und dessen politische Linie zu unterstützen.

1971, das Jahr der Amtsübernahme Erich Honeckers, steht für das Ende sowohl der flexiblen Balance-Politik im Inneren als auch der offensiven Ulbrichtschen Westpolitik. Die Umverteilung nach dem Maß der Leistung ersetzte der neue Erste Sekretär durch opulente Sozialgaben, die jedem Mitglied der Gesellschaft – ob faul ob fleißig, ob begabt ob unvermögend – in gleicher Höhe zugute kamen. Das war ganz sicher menschlich gedacht, hatte aber schlimme wirtschaftliche Folgen. Um die üppigen Sozialleistungen zu finanzieren, mußte die Akkumulationsrate drastisch gesenkt und eine zunehmende West-Verschuldung in Kauf genommen werden. War die »Störfreimachung« der DDR, insbesondere gegenüber Westdeutschland, zentrales Anliegen der Ulbricht-Politik, leitete sein Nachfolger eine gegenläufige Entwicklung ein: das Mauerwerk bekam erneut Risse und diese ließen in immer größerem Umfang westliches Kapital und westliche Denkinhalte ins Land.

Man wird jedoch der Politik Erich Honeckers nicht gerecht, wenn man sie aus dem internationalen Bedingungsgefüge jener Zeit herauslöst, das allein sie begreiflich macht. Von der Nixon-Administration ermutigt, lockte die damalige Brandt-Scheel-Regierung mit der vorläufigen Respektierung des europäischen Status quo, die deutsche Zweistaatlichkeit eingeschlossen, verlangte freilich im Gegenzug diverse Abänderungen der DDR-Innen- und Außenpolitik (nämlich Schritte

zur »Entideologisierung« im Inneren und eine Öffnung gen Westen); verhandelt wurde darüber zunächst mit der sowjetischen Führung, keineswegs mit der der DDR. Der Streit zwischen Ulbricht und Breshnew betraf im Kern die Frage, ob sich der Sozialismus auf den »Wandel durch Annäherung« partiell einlassen könne, ohne längerfristig seine Gesellschaftsgrundlagen zu gefährden; Breshnew bejahte das, Ulbricht verneinte.

Walter Ulbricht mußte gehen, weil er nicht bereit war, die ihm abverlangten politischen Konzessionen hinzunehmen. Erich Honecker nahm sie hin. Er respektierte das Westberlin-Abkommen trotz seiner für die DDR nachteiligen Regelungen; er ließ sich ein auf die Scheel-Doktrin und verhandelte mit Bonn; er reiste nach Helsinki und ertrug den Korb III. Unzweifelhaft war es sein ehrlicher Glaube, daß nur jene Politik existentieller Zugeständnisse den Frieden zu sichern vermöchte, und daß die sozialistische Macht ihrerseits robust genug sei, solche Zugeständnisse auszuhalten. Erich Honecker billigte und unterstützte den sowjetischen Kungelkurs – bis zu dem Tag, an dem letzterer die Übergabe der DDR in seine Kompromißerwägungen einzubeziehen begann. Mit derselben Bestimmtheit, mit der er ihr zuvor die Treue gehalten hatte, stellte Erich Honecker sich von da an der sowjetischen Politik entgegen.

Immer wieder finden sich welche, die behaupten, Erich Honecker habe das Neue Denken nicht begriffen. Der Vorwurf, die Gorbatschow-Linie mißverstanden und fehlgedeutet zu haben, trifft viele; Erich Honecker trifft er nicht. Er gehörte zu den sehr wenigen, die sofort einsahen, daß eine Politik, die das »Auch« predigt, wo das gesellschaftliche Sein ein »Entweder-Oder« vorschreibt, dort enden muß, wo sie binnen fünf Jahren tatsächlich endete: in der Selbstaufgabe, in der bedingungslosen Kapitulation. Dafür, den Gorbatschow-Kurs vom ersten Tag an durchschaut und sich ihm verweigert zu haben, gebührt Erich Honecker unser bleibender Respekt. Die Geschichte hat ihm recht gegeben. Aber im Gegensatz zu Ulbricht, dessen Ablehnung der Breshnew-Politik durch ein politisches Gegenkonzept untermauert war, erschöpfte sich Honeckers Widerstand im Nein. Für das Nein hat er unsere Achtung; die Beschränkung auf das Nein ist es, die wir ihm vorwerfen müssen. Ein trotziges Ohne-mich, so berechtigt es sein mag, ist kein Ersatz für Politik. Und nur eine politische Gegenoffensive hätte es dem in jenen letzten Jahren zunehmend Isolierten ermöglicht, Verbündete und Unterstützer zu finden.

Freilich, auch Ulbricht hatte seinerzeit den Kampf verloren. Er hatte ihn verloren, obschon er auf einer ungleich günstigeren gesellschaftlichen Basis agierte, als sie die DDR der mittleren achtziger Jahre bot, und obgleich er über ein politisches Format und Geschick verfügte, das sein Nachfolger – der kein unbefähigter Staatsmann war – nie erreichen konnte. Gegen sowjetische Absichten war die DDR nicht zu retten; doch es wäre möglich und Pflicht gewesen, der Gegenrevolution den Sieg minder leicht zu machen.

Nicht, daß Erich Honecker gegen die gewendete Moskauer Führung kämpfte, sondern daß er nicht genug kämpfte, war sein Versäumnis. Aber noch der unbeholfenste Verteidiger der DDR steht hoch über all denen, die – direkt oder indirekt – ihrer Übergabe zugearbeitet haben.

Sahra Wagenknecht schrieb in KONKRET 5/93 über 1968 in der DDR

Konkret 07/94, S. 46

Kunst & Gewerbe

Erbfeind

Es ist unsereinem dann aber doch immer wieder ein innerer Reichsparteitag, wenn sich *der französische Philosoph* einmal mehr genau so benimmt, wie man das von ihm erwartet: Einer (siehe Abbildung) kann sich nur noch mit Mühe verkneifen, zu seiner nächsten Buchpräsentation mit Trikotwerbung einzulaufen, andere gründen munter Parteien, die sich zunächst proimperialistisch geben, um sich nur wenige Tage später anläßlich ihrer Auflösung ebenfalls als bloße PR-Maßnahme für einen Film des Parteigründers zu erweisen (siehe »Keine Frage des Frisörs«, in dieser Ausgabe).

Und schon stimmt unser totes Weltbild wieder, indem *das alles* unter »albern« abgeheftet ist und meistens auch bleibt.

Von der Stasi lernen

Der Maler Wolfgang Mattheuer, der zu DDR-Zeiten von der Führung des zweiten deutschen Staates durchaus hofiert und mit Preisen bedacht wurde, hat sich in den letzten Jahren zum bekennenden Deutschnationalen entwickelt; seine Bilder illustrieren regelmäßig deutsche Edelnaziblätter.

Daß er zum Deutschnationalen nicht jetzt erst geworden ist, kann man einer Mitteilung in der »Frankfurter Allgemeinen« entnehmen, die aus der Akte zitiert, welche das Ministerium für Staatssicherheit über den Künstler angelegt hatte. In einem Vermerk vom 6. Februar 1979 zum Beispiel heißt es, daß »Mattheuer offensichtlich beginnt, ins Lager unseres politischen Gegners überzulaufen«, und daß er bei einer Ausstellung in Aachen geäußert habe, die Kulturpolitik der DDR sei zu starr und dogmatisch; Mattheuer selbst fühle sich als »deutscher Künstler«.

Mattheuer kämpft zur Zeit um die Aufnahme seiner Werke in die Neue Nationalgalerie in Berlin, die ihm manche mit dem Verweis auf seine Nähe zum DDR-Staat verweigern wollen. Die »FAZ«, die mit dem Abdruck seiner Stasiakte für Mattheuer Partei ergreift, zitiert den »bitteren« Kommentar des Künstlers: »Natürlich werden die Verleumder... der Stasi nicht glauben.«

Wir schon, Mattheuer. Wir schon.

Ullschwein

Ende April erhielt eine »erlesene Auswahl« von Buchhandlungen aus der gesamten BRD einen Brief, in dem sie aufgefordert wurden, einen relativ teuren Roman aus dem Programm des Ullstein-Verlages an diesen zurückzusenden. Ullstein sei in einem Rechtsstreit um die deutschen Übersetzungsrechte unterlegen; der Verlag sei sich zwar keiner Schuld bewußt, doch vorerst müßten alle Lagerexemplare an den Verlag oder die Auslieferung zurückgehen.

Mittlerweile hat sich eine »Verlagsgruppe Ullschwein« zu dem fingierten Rückruf bekannt. Ihre Aktion richte sich gegen den Ullstein-Verlag, weil der »federführend daran beteiligt ist, braune Ideologie zu verbreiten und salonfähig zu machen« (vergleiche »Ein deutscher Verlag«, KONKRET 10/93). Für den Rückruf habe man bewußt keines der geschichtsrevisionistischen und rechtsradikalen Pamphlete aus dem Lektorat des Salonfaschisten Zitelmann gewählt, um diesem nicht zusätzliche PR zu verschaffen, sondern »einen x-beliebigen Schundroman«.

Die in bester Spaßguerilla-Tradition (unsere autonomen Genossen Medientheoretiker würden das Konzept postmodern »Imageverschmutzung« nennen) stehende »Verlagsgruppe Ullschwein« bediente sich professioneller Mittel: Gefälschte Briefbögen und Kenntnisse der Personalstruktur waren vonnöten, um den Schwindel nicht allzu schnell auffliegen zu lassen. Die Aktion, so die »Ullschweine«, zeige, »daß sogar solche Mediengiganten wie der Ullstein-Verlag nicht unantastbar sind«.

Ladybird, Ladybird

Ken Loach ist für das britische Kino seit vielen Jahren ein wichtiger Mann. Seinem aufrechten Sozialistischen Realismus gelingt es, den Sozialkitsch zu vermeiden, der so gerne als »liebevoll« bezeichnet wird. Auch »Ladybird, Ladybird«, Loachs neuer Film, ist wieder im Milieu der englischen Unterklasse angesiedelt und wird getragen von Laien und semiprofessionellen Darstellern, unter denen vor allem Crissy Rock beeindruckt, die bei der Berlinale den Silbernen Bären für die beste weibliche Hauptrolle gewann.

Ken Loach erzählt die Geschichte der labilen Maggie, der nach mehreren gescheiterten Beziehungen vom Sozialgericht das Sorgerecht für ihre vier Kinder entzogen wird. Damit gelang Loach zwar ein dichtes Emotionsdrama, doch ist die Wahl

einer solchen Story in dem politischen Kontext seiner Filme zumindestens unglücklich.

Loach muß sich nun gegen Vorwürfe erwehren, er denunziere sozialstaatliche Errungenschaften von rechts als Reglementierung durch unmenschliche Sozialarbeiter. Dabei ist es eigentlich umgekehrt: Fragwürdig und letztlich links-konservativ ist Loachs Vertrauen in solche Institutionen – in »Raining Stones« war es die Kirche, in »Ladybird, Ladybird« ist es die harmonische Ehe/Zweierbeziehung, die als Maggies letzte Rettung erscheint.

Michael Nauert

Taz, die Kaderschmiede

Wie bereits in dieser Zeitschrift berichtet (Kunst & Gewerbe, KONKRET 5/94, siehe auch 6/94), organisiert die »Tageszeitung«, bislang als Ganzes das ausgelagerte Volontariat der Bürgerpresse, nun ein separates Ausbildungswesen. Ab Herbst 1994 sollen aus den »nahezu täglich« eingehenden Anfragen ein Volontär und eine Volontärin ausgewählt werden, die ein bis anderthalb Jahre von der »Taz« ausgebildet werden.

Um die großen bürgerlichen Verlage, die aus der »Kaderschmiede Taz« (Ulrich Wickert) ungeniert rekrutieren, an den Aufwendungen zu beteiligen, gingen Bettelbriefe an Gruner + Jahr (»Stern«, »Geo«, »Berliner Zeitung«), den Jahreszeiten Verlag (»Tempo«, »Prinz«, »Die Woche«), den »Spiegel« und an

Aenne Burda, Burda Verlag, Am Kestendamm 2, 77652 Offenburg.

Sehr geehrte Frau Burda,

auf die Frage, welches die markantesten Charakteristika der tageszeitung sind, lautet eine meiner Antworten: die taz ist die erfolgreichste Journalistenschule Deutschlands... Wenn Sie beispielsweise die Redaktion Ihres Focus nehmen, finden Sie dort in Gestalt von Nana Brink, Erwin Jurtschitsch und Axel Kintzinger drei Redakteure, die ihr journalistisches Handwerkszeug bei der taz erworben haben...

Wir haben uns daran gewöhnen müssen, daß große Verlage kontinuierlich die besten Leute von der taz fortlocken, und nicht zuletzt angesichts der immer noch jämmerlichen Gehälter hier im Hause können wir dagegen nicht viel tun. Unsere auch ein wenig ernst gemeinte Idee, in solchen Fällen wie bei Fußballspielern Ablösesummen zu verlangen, stieß bislang... nicht auf allzu große Gegen-liebe.

Doch da Not bekanntlich erfinderisch macht, haben wir uns etwas Neues ausgedacht. Wir wollen ab Herbst dieses Jahres das bewährte Ausbildungspotential dieser Redaktion nicht weiterhin zufällig wirken lassen... Obgleich wir jährlich nur zwei junge Menschen in einem taz-spezifischen Intensiv-Volontariat ausbilden wollen, fehlt uns das dafür nötige Kleingeld von TDM 40 im Jahr, und wir werden deshalb einen Ausbildungsfond gründen. Wir sind auch für bescheidene Einlagen dankbar und gehen davon aus, daß sie sich mit gewisser Zeitverzögerung für alle großen deutschen Verlage als sinnvolle Investitionen in »human ressources« auszahlen werden.

Lassen Sie mich doch bitte wissen, ob wir mit einer Einlage von Ihnen rechnen können, und falls ja, in welcher Höhe sich selbige bewegen könnte...

Mit den besten Grüßen aus Berlin

Ihr ...

Frau Burda und der Jahreszeiten Verlag haben auf das Schreiben bislang nicht reagiert. Gruner + Jahr wies das Ansinnen zurück – aber der »Spiegel« hat zugesagt, 20.000 Mark per annum in das Joint venture einzubringen.

Volker, die Volksmaus

An ihre Wahlkampfaktivisten verteilt die Partei des Demokratischen Sozialismus einen dicken Ordner mit allerhand Anweisungen und Wahlkampfmaterial. Unter Punkt 2: »Wahlkampfstrategie«, Unterpunkt 3: »Visuelles Erscheinungsbild« findet sich darin die Motivierung des »PDS Wahlmaskottchens«:

Die rote Maus

Maskottchen, Sympathiefigur, Identitätssymbol, Ar-gumentationsmittler – alles das und noch einiges mehr soll sie werden. Sie ist pfiffig, gewitzt, flink und mutig – Schnelldenker, Richtigdenker, Klardenker. Die rote Maus ist aber auch oppositioneller Querdenker.

Ihre riesige Aufgabe ist es, komplizierte Inhalte auf plakative, leicht verständliche Art, in der verknappten Sprache der Straße (Bild und Text) sympathisch zu kommunizieren. Sie lebt in einer Mäusewelt, die der unsrigen, gegenwärtigen aufs Haar gleicht. Sie kolportiert nicht, überspitzt aber Tatsachen, treibt sie also auf die Spitze und kommt so treffsicher auf den Kern der Dinge...

Gebt uns Kugelschreiber!

Konkret 07/94, S. 48

Gerhard Scheit

Yo! PoMo!

Die Diskussion um Political Correctness changiert zwanglos zwischen Gesinnungsklempnerei und Stammtisch-Herrenwitzen. Die Untersuchung ihres philosophischen Unterbaus hilft bei ihrer Kritik weiter

Das Gespenst, das in Europa umgeht, ist diesmal aus Amerika gekommen, und im Unterschied zu seinem Vorgänger aus dem 19. Jahrhundert ist es wirklich nur ein Wort – oder eigentlich nicht einmal das, sondern eine Abkürzung: PC. Nicht Personal Computer, ein anderes, ebenfalls binäres System ist gemeint: Political Correctness.

Ob Lothar Baier recht hat, wenn er (in einem Dossier der Züricher »Wochenzeitung«) dessen Herkunft in der Selbstironie der Linken ortet? »Es sollte einmal etwas zum Lachen sein, zum Lachen der Linken über sich selbst und das nicht immer unverkrampfte Bemühen nach diskriminationsfreiem Verhalten.« In diesem Sinn wäre jedenfalls ein humorvolles *Official Politically Correct Dictionary & Handbook* von Henry Beard und Christopher Cerf zu verstehen, das 1992 in England erschien. Unter dem Stichwort »Fatism« etwa kann man hier lesen: »Discrimination against people of size by the hegemonic nonfat majority«. Die Autoren meinen es zwar nicht ernst, sie zitieren aber bei jedem Stichwort aus ernstzunehmenden angloamerikanischen Publikationen. Der Humor wird allerdings gespenstisch, wenn Wörter wie »Eurocentrism« Hand in Hand gehen mit solchen wie »Anthropocentrism«: »The belief that human animals are superior to nonhuman animals and therefore have the right to enslave, experiment upon them, and eat them«.

Tatsächlich läßt sich PC als oft hilfloser Versuch verstehen, den kleinsten gemeinsamen Nenner, die gemeinsame Sprache aller möglichen sogenannten neuen sozialen Bewegungen, von der Frauenbewegung bis zu Tierschutzgruppen, zu finden. Der schwarze, manchmal billige Humor des *Handbook* verdankt sich nicht zuletzt der dabei drohenden Gleichsetzung aller Formen von Diskriminierung und Repression. (Im raschen Schritt über das Tier-Mensch-Übergangsfeld kann Political Correctness sogar in die Korrektheit des Sozialdarwinisten umschlagen: Der »Euthanasie«-Propagandist Peter Singer klagte bekanntlich das Menschenrecht für Menschenaffen ein.)

Mit der Selbstironie ist es wie mit der Selbstkritik, sie gibt dem Gegner Gelegenheit zu partizipieren: Konservative empfinden in Amerika an den sprachlichen Verrenkungen der PC reichlich Schadenfreude, sie amüsieren sich königlich über die Drohungen der selbsternannten Sprachwächter – und gewiß nicht wenige Linke können sich hier lachend von ihren Idealen verabschieden. Unbestritten ist, daß die Komik, die dieses Wort heute in Frankreich oder Deutschland verbreitet, nur mehr die Qualität eines Stammtisch-Herrenwitzes hat: ein Kürzel für die Anmaßungen von Minderheiten, Frauen, Schwulen, Schwarzen ... – fast schon vergleichbar dem Klang einer anderen Abkürzung: »Emanze«. Es signalisiert die Gefahr einer Diktatur des Citoyens – vor der zu warnen ist, über die aber gleichwohl gelacht werden darf, wie eben über die drohende »Weiberherrschaft«. Im »Spiegel« – am Nebentisch sozusagen – wird dankbar mitgegrinst: Unter dem Titel »Hexenjagd auf dem Campus« eröffnet Matthias Matussek seine eigene Jagd auf Hexen: Eine Kämpferin für Political Correctness charakterisiert er als »leicht altjüngferlichen Typ Mitte 50«, ihresgleichen seien verantwortlich für jenen »stalinistischen Frost«, der sich »über alle Bereiche der amerikanischen Öffentlichkeit gelegt« habe, über »Parlamente, Firmen, Schulen«. Oh, wenn er sich doch nur über die Redaktion des »Spiegel« gleichfalls legte.

»Wer künftig eine Diskussion ersticken will«, so Lothar Baier, »muß nur das Wort Political Correctness in die Debatte werfen.« Es mag merkwürdig klingen, aber hinter jedem Schlagwort des PC-Sprachschatzes verbirgt sich umgekehrt auch ein im weitesten Sinn politisches Problem, das diskussionswürdig wäre – man könnte es selbst hinter »Fatism« entdecken. Lächerlich wird es nur durch die Gleichschaltung mit allen anderen und – was damit zusammenhängt – durch eine seltsame Idolatrie des Sprachlichen, eine ungewöhnliche, geradezu zwanghafte Fixierung auf die Sprache. Die Citoyens der PC sind, wie es scheint, von der fast magischen Vorstellung durchdrungen, daß das Wort selbst bereits das Problem sei (nicht ein Problem bezeichne, selbst nur ein Teil davon wäre) – und damit dem Sprechen der gleiche Status wie dem Handeln zukäme. Es lohnt sich, diesem neuen wilden Denken und seinen Ursprüngen nachzugehen.

Von Frankreich oder Deutschland aus betrachtet mutet es auf den ersten Blick etwas rätselhaft an, daß Political Correctness in den USA zugleich die Durchsetzung der neo- und poststrukturalistischen Theorien im Intellektuellenmilieu – die Hegemonie also von Lévi-Strauss, Foucault, Lacan, Barthes und Derrida auf dem Campus – bedeutet. Zumal dient es hier den Konservativen als Schlagwort, um alles Neue, Liberale, Linke abzuwehren und die Herrschaft eines Marxismus-Feminismus-Syndroms an den Universitäten zu beklagen. Aber auch im bereits zitierten *Politically Correct Handbook* wird dieser Zusammenhang hergestellt: »Postmodernism« oder besser »Pomo« heißt: »A movement whose view of society provides a theoretical basis for much of what has come to be known as ›politically correct‹ thougth«. Den französischen Theorien, die in Nordamerika mit dem Stigma der Political Correctness behaftet sind, ist nun durchaus gemeinsam, daß sie die Welt analog zur Sprache auffassen: als Zeichensystem. Sie entleihen nicht nur ihre Begriffe der Linguistik, sie betreiben die Gesellschaftswissenschaften – Soziologie, Geschichte, Psychoanalyse, Ethnologie, Literaturwissenschaft – als Linguistik. Mit Claude Lévi-Strauss hat die Suche nach einer »logischen Syntax der sozialen Realität« begonnen; er

entdeckte in den Verwandtschaftsbeziehungen früher Stammeskulturen linguistisch-interpretierbare Regelsysteme und verallgemeinerte, daß jede »Kultur als ein Zusammenhang symbolischer Systeme betrachtet werden kann, an deren Spitze die Sprache, die Heiratsregeln, die Wirtschaftsbeziehungen, die Kunst, die Wis-senschaft, die Religion stehen«. Das Basis-Überbau-Dilemma des Marxismus scheint beseitigt, wenn alle möglichen Verhältnisse zwischen den Menschen als sprach-analoge Systeme begriffen werden, wenn die Sprache selbst, wie Foucault es ausdrückt, zum »Modell« dient, »für die Analyse der Erscheinungen anderer Bedeutungen, die nicht eigentlich sprachlicher Natur sind«. Und überall in den Wissenschaftszweigen – in der Psychoanalyse, in der Literaturwissenschaft, in der Philosophie, in der Geschichte – begann mit solchen Hypothesen die große strukturalistische Suche nach Homologien.

Vielleicht wird ein zukünftiger Archäologe des Wissens darüber staunen können, welche Faszination einstmals davon ausging, gesellschaftliche Beziehungen mit linguistischen Termini zu benennen. In Frankreich kleidete sich bald die gesamte nach-existentialistische Theoriebildung nach dem Modell der Sprache: Klassen- und Familienformen figurieren seither etwa als Codes, Machtstrukturen als Dispositive, Ideologien als Diskurse; sie verbreiten eine bezaubernde szientifische Eleganz, wogegen die alten marxistischen und soziologischen Termini eher schäbig wirken – abgetragene und verschlissene Kleidungsstücke, mit denen man allenfalls in Deutschland sich noch sehen lassen kann.

Sollte es sich aber wirklich nur um eine Mode handeln, dann lehrt das Beispiel der USA: Wenn zwei dasselbe tragen, so ist es nicht dasselbe. Diedrich Diederichsen konnte sich in seinem kürzlich erschienenen Buch *Freiheit macht arm* darüber wundern, welch seltsame politische Blüten die Foucault-Rezeption treibt – je nach dem, an welchem Ort und zu welcher Zeit die Lektüre stattfindet: »In den sozialdemokratischen späten Siebzigern war Foucault auch in Deutschland noch links,und sei es anarchistisch, heute liefert er die Modelle für ›Genealogie‹, ›Archäologie‹ oder ›Ethnologie‹ der wiedereinmal neu geborenen Nation. In Amerika ist er der meistzitierte Autor linker, feministischer und antirassistischer Autoren vom kunsttheoretischen bis zum aktivistischen Zentrum.« Und daraus folgert Diederichsen: Es ist gleichgültig, was man trägt, entscheidend ist, wer es trägt: Da Foucault in Deutschland kein Autor geworden ist, der »von neuen ›Emanzipationsbewegungen‹ (oder wie immer man sie nennen will) gesellschaftlich geerdet und fruchtbar gemacht worden« ist, hat seine Rezeption »im günstigsten Fall eine Depolitisierung, im ungünstigeren ... eine Rehabilitierung rechter Positionen möglich gemacht.«

Die vieldiskutierte Frage, ob es sich hier um fortschrittliches oder reaktionäres, linkes oder rechtes Denken handelt, ist offenbar falsch gestellt. Das eigentliche Problem scheint nicht unmittelbar politischer Natur, es liegt in der Analogiebildung sprachlicher und gesellschaftlicher Strukturen: Sie macht den Tod des Subjekts gleichsam unwiederstehlich. Im Grunde war es immer schon ein strittiger Punkt der Linken: Wenn Marx sagte, das Individuum sei Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse, so legten die einen den Schwerpunkt auf die Verhältnisse, die anderen auf das Individuum; wenn es heißt, die Menschen machen die Geschichte selbst, aber nicht unter selbstgewählten Umständen, betonten die einen – in klassisch-idealistischer Tradition – das selbsttätige Subjekt, die anderen – in Anlehnung an die Milieutheorie – die Umstände. Während das dialektische Denken von dieser Spannung lebt, schlägt sich das strukturalistische auf die Seite der Umstände. Und im Gegenzug mystifiziert die Kritik des Strukturalismus wiederum das Subjekt; so schrieb Jean Améry, der leidenschaftliche Gegner Foucaults: »Es ist der Mensch, der die Sprache schafft, die soziale Praxis verwandelt, die Natur erkennend neu gestaltet. Er ist Subjekt und Objekt der Erfahrung, Ursprung und Ziel der Geschichte, er ist Be-deuter einer Realität, die ihn hervorgebracht hat und die er, be-deutend, zu jeder Stunde neu hervorbringt.«

Mit der Sprache aber hat der Strukturalist ein Modell zur Hand, mit dem das Subjekt nicht einfach abgetan wird, wie in der Milieutheorie oder im Vulgärmaterialismus, sondern als eine Frage der Konstruktion sogar besonderes Interesse fordert. Mit diesem Modell kann die vom Tauschwert provozierte Entwicklung des Subjekts mit einiger Konsequenz durch- und nachgespielt werden – ohne den Tauschwert beim Namen zu nennen. Die Ironie von Foucaults Darstellungen besteht ja darin, daß er als Dispositiv der Macht beschreibt, was das Subjekt als seine Befreiung erlebt. Es fühlt sich ganz so frei wie der Waren- und Geldeigentümer am Markt, dessen Effekt er ist. Der Neo- oder Poststrukturalist betreibt tatsächlich so etwas wie die linguistische Mimikry des Marktes. In Lévi-Strauss' frühem Buch über *Die elementaren Strukturen der Verwandtschaft* ist die Analogie von Sprache und Tausch am Beispiel des Inzestverbotes sogar noch explizit durchgeführt – allerdings werden in diesem Fall nicht Produkte getauscht sondern Frauen.

Die Analogien von Sprache und Markt, Kommunikation und Tausch sind offenkundig. Wie Saussure betont hat, gründen die subjektiven kommunikativen Akte in einem Beziehungsgefüge, dessen Glieder nicht substantiell bestimmt sind, in dem vielmehr »Geltung und Wert des einen nur aus dem gleichzeitigen Vorhandensein des anderen sich ergeben«. Solche Relationalität kennzeichnet auch die Beziehungen der miteinander tauschenden Waren- und Geldeigentümer. Die Phoneme sind gleichsam die Gebrauchswerte der Sprache: Sie müssen sich voneinander signifikant unterscheiden, nur dann kommen Signifikate zustande. Doch hier endet auch die Analogie von Sprache und Tausch: in der Frage, was sie unterscheidet. Es sei denn, man wollte davon abstrahieren, ob jemand Geld, Ware oder seine Arbeitskraft anbietet. Wenn sich Machtverhältnisse nicht nur – wie die Sprache – unmittelbar zwischen Menschen, sondern auch vermittelt durch die Produktion von Dingen, Gebrauchswerten, konstituieren können, vermag die Unmittelbarkeit der Sprache und des

Tausches etwas zu verdecken. Blickt man nur auf den Mechanismus des Marktes, so wird man keine Geschichte wahrnehmen können: Alles Geschichtliche erscheint hier als Wiederkehr des Immergleichen, des Tausches.

Darin liegt das vielfach diskutierte Grunddilemma strukturalistischer Methodik verborgen: daß sie Genese und Veränderung von Machtstrukturen – ob es sich nun um Kapital oder Staat handelt – nicht zu analysieren und darzustellen vermag, interessiert sie doch immer nur – analog zur Sprache – die synchrone Relation der einzelnen Elemente innerhalb eines gleichsam vorgegebenen Systems – mag es nun »epistem« heißen, wie bei Foucault, oder »Produktionsweise«, wie bei Althusser und Balibar. (Tatsächlich erscheint der Versuch der letzteren, das Kapital selbst nicht als geschichtlichen Prozeß sondern buchstäblich wie einen Text zu lesen, besonders paradox.) Gleichwohl ahnt der neostrukturalistische Philosoph, wenn er den Boden der frühen Stammeskulturen verläßt und die Geschichte des Abendlandes studiert, eine bewegende »Macht« hinter oder in diesen Strukturen; sie wird ihm zum unbewegten Beweger: Bei Foucault erscheint er wie ein unsichtbarer Gott, der nach Belieben die Dispositive in der Geschichte auswechselt – oder der an einem Kaleidoskop dreht, in dem der Strukturalist immer neue Konfigurationen des Subjekts, immer neue Effekte, erblickt.

Die unsichtbare Macht ist allgegenwärtig. Alle Zeichen des Systems, alle Tätigkeiten des Subjekts sind gleich unmittelbar zu diesem Gott. Mit der Homologie von Sprache und Tausch, der Vorstellung der Welt als eines Zeichensystems, geht die Differenz von Sprechen und Handeln verloren. Foucaults Begriff des Geständnisses vermag ohne Zögern die Identität von inquisitorischer Folter und therapeutischer Psychoanalyse zu behaupten: Den Unterschied begreift Foucault als eine bloße taktische Verschiebung innerhalb eines Dispositivs der Macht.

Man könnte sagen, die neostrukturalistischen Theorien haben in dieser linguistisch inspirierten Abstraktion das Gefühl der realen Ohnmacht politischer Subjekte unter den Bedingungen der Kapitalverwertung zur Sprache gebracht (»Wir sind alle Beherrschte«); sie haben – mit ihrem eigenen Vokabular – den Marxschen Begriff der Charaktermaske ausbuchstabiert; sie haben – mit welchen Mitteln auch immer – die Linke dazu angestiftet, die geschichtsphilosophische Teleologie des frühen Marx und einen von ihr abgeleiteten Subjektbegriff zu verabschieden. Darin liegt ein Verdienst, das angemessen zu beurteilen noch immer schwer fällt.

In der amerikanischen Rezeption dieser Theorien geschieht nun etwas Paradoxes: In der Welt als Zeichensystem wird die Rekonstruktion der Handlungsfähigkeit versucht. »Denn selbst wenn das Subjekt eine kulturelle Konstruktion ist, verfügt es nichtsdestoweniger über eine Handlungsmöglichkeit«, schreibt erfrischend apodiktisch Judith Butler in ihrem Buch *Gender Trouble*. »Das Subjekt wird von den Regeln, durch die es erzeugt wird, nicht determiniert, weil die Bezeichnung kein fundierender Akt, sondern eher ein regulierter Wiederholungsprozeß ist ..., daher ist die ›Handlungsmöglichkeit‹ in der Möglichkeit anzusiedeln, diese Wiederholung zu variieren.« Das heißt, Subversion ist möglich: Ein Effekt zu sein bedeutet für das Subjekt nicht, daß es schicksalhaft determiniert ist. »Für den Feminismus besteht die kritische Aufgabe nicht darin, einen Standpunkt außerhalb der konstruierten Identitäten zu errichten.« Die Teilhabe an jenen Verfahren der Wiederholung, die Identität konstituieren, bietet die Möglichkeit, »ihnen zu widersprechen«. Dies kann bedeuten, »die Geschlechter-Konfigurationen zu vervielfältigen, die substantivische Identität zu destabilisieren und die naturalisierten Erzählungen der Zwangsheterosexualität ihrer zentralen Protagonisten: ›Mann‹ und ›Frau‹ zu berauben«. Die Travestie etwa, die Verkleidung der Männer als Frauen, der Frauen als Männer, ist »queer« (sonderbar, seltsam, irreführend); sie stiftet Verwirrung zwischen den Geschlechtern, und diese Verwirrung ist – im Sinne Butlers – Handeln; Straßenhappenings von Lesben und Schwulen, »Kiss-ins« der Homosexuellengruppe »Queer Nation«, Demonstrationen mit Maskerade – auf all diese Aktionsformen läßt sich Butlers Konzept beziehen.

Ein Kulturpessimist wie Robert Hughes, der sich mit seinem Buch *Culture of Complaint* (Untertitel der deutschen Ausgabe: »Wie sich die Amerikaner in Political Correctness verstrickt haben«) offenbar – wie Neil Postman – beim deutschen Feuilleton einschmeicheln möchte, kann gar nicht genug über die vom Campus aus unternommene Suche nach Handlungsmöglichkeit spötteln: Madonna sei »zum Pin-up-Girl der amerikanischen Gelehrtenwelt geworden, gewandet in die Lochstickerei der Theorie, bald dünner verschleiert, bald dicker ... Es gibt eine Lacansche Madonna, eine Baudrillardsche Madonna, eine Freudsche Madonna, eine Foucaultsche Madonna ... Ist man gar eine marxistische Feministin wie Melanie Morton, so kann man auch aufzeigen, daß ihre Songs ›sich dem entziehen, was wir in der Narrativik ideologische Geschlossenheit nennen würden‹.« Wird aber Handlungsfähigkeit womöglich gefunden – und dies gar noch außerhalb des Campus, gebraucht auch Hughes andere Injurien: Wenn Feministinnen etwa die Veranstaltung eines Abtreibungsgegners und Todesstrafenbefürworters zum Scheitern bringen, spricht er wirkungsvoll von »NS-mäßigem Gezeter«.

Unter der Devise »Gute Laune ist progressiver als Kulturpessimismus« empfängt dagegen Diedrich Diederichsen dankbar die PC-Impulse aus Amerika: »Die vielgeschmähte amerikanische p.c.-Bewegung ... ist einerseits auf einer symbolischen Ebene fast unsinnig verbohrt und unnachgiebig und hat damit ... tatsächlich Definitionsmacht errungen. Sie muß extreme, sinnlose Partikularismen ertragen, um halbwegs universell auftreten zu können ... Sie ist extrem symbolisch (also scheinbar unmaterialistisch, unpolitisch), findet darin aber die Form einer Radikalität, die es erlaubt, fast alles diskutierbar, anwendbar, genießbar zu finden, indem man es ausspricht, austrägt, darlegt.« Zwischen Aussprechen und Austragen liegt

zuweilen ein Unterschied, und so kann Diederichsen hinzufügen: »Diesselbe Lage ließe sich auch im schwärzesten Pessimismus beschreiben. Und zwar nicht unbedingt falsch.« Aber gute Laune sei, wie gesagt, progressiver als Kulturpessimismus.

Die äußere Not realer Ohnmacht wird – im akademischen Milieu – allzuleicht als Tugend von Sprachspiel und Sprachpolizei verinnerlicht, zumal die Rekonstruktion von Handlungsfähigkeit mit der neostrukturalistischen Dekonstruktion die Vorstellung teilt, die Welt sei ein Zeichensystem. »Dort, wo kulturelle Repräsentationen nicht über sich hinausgehen«, schreibt Angela Davis, »lauert die Gefahr, daß sie zu reinen Surrogaten für Aktivismus werden, und das ist der Anfang und das Ende jeder politischen Praxis.« Wie aber diese Gefahr erkennen, wenn das gesellschaftliche System als Summe kultureller Repräsentationen wahrgenommen wird? Cornelia Eichhorn hat an Judith Butlers Konzeption kritisiert, daß sie jene durch soziale Verteilungskämpfe und Arbeitsteilung geschaffenen Kräfteverhältnisse aus dem Auge verliere, die »die Möglichkeiten der einzelnen Individuen, in den Kampf um die Bedeutungen einzugreifen, bestimmen. Butlers Projekt entpuppt sich ... als Verfahren der potentiellen Negierung von Gewaltverhältnissen im semiologischen Universum der unaufhörlichen Verschiebung von Signifikaten.« Entscheidend bleibe, »in welcher ökonomischen und politischen Situation auf ein ›Spiel der Signifikate‹ gesetzt wird und wie es in den herrschenden Machtverhältnissen situiert ist« (»Die Beute« 1/94).

Die parodistischen Verfahren, die Butler favorisiert – die Karnevalisierung der Identitäten, wie man mit einem Seitenblick auf Michail Bachtin sagen könnte – , sind nicht unbedingt subversiv. Eine fast schon banale Weisheit: Es kommt stets darauf an, wer sie in welchem Zusammenhang verwendet. So erschrak Diedrich Diederichsen, alser bei den Neonazis von Rostock Malcolm-X-Kappen entdeckte. Der afrocentric Dress- und Music-Code bietet offenbar keine Gewähr für politisch anständige Subversion. Es gibt keinen politisch korrekten Geschmack – und es gibt keine Hautfarbe, die vor rassistischem und biologistischem Bewußtsein schützt: HipHop transportiert zuweilen antisemitische, frauen- und schwulenfeindliche Einstellungen. Auch der Beitrag von Michele Wallace in dem von Diederichsen herausgegebenen Sammelband über schwarze Kulturkritik *Yo! Hermeneutics* produziert eine seltsame Identität, die als schwarzer Feminismus figuriert: »Wenn der lebensspendende Aspekt des weiblichen Körpers und der Familie weiterhin keine Berücksichtigung findet, bleibt eben immer nur die leblose, unmenschliche Abstraktheit von Kriegsspielen übrig.« Diederichsens Rezept für solche Fälle – »Es hilft nur Identität, wo Identität herrscht« – scheint fragwürdig; abgesehen davon, daß die Anspielung auf Brechts »Es hilft nur Gewalt, wo Gewalt herrscht« eine dubiose Analogie von Identität und Gewalt andeutet, und selbst wenn die Abgrenzung gezogen wird: »Wer ohne primäre Not Identität verlangt oder verehrt, ist ein Faschist« – die Frage ist doch immer, welche Not auch herrscht: Identität wovon? Und der Poptheoretiker wird gewiß nicht meinen, jene etwa von Antisemitismus und afroamerikanischem Rhythmus könnte irgendwo helfen.

Die Welt ist also nicht bloß ein Zeichensystem, sie ist – immer noch – ein Ort der Konflikte. Nach deren Maßgabe erst lassen die Zeichen sich deuten. David Mamets »Oleanna« ist ein Zwei-Personen-Stück über Political Correctness. Darin verfolgt die Studentin Carol die Strategien von Judith Butler, um sich gegenüber John, dem Dozenten, der bald Professor werden wird, zu behaupten: Sie spielt mit den Signifikaten, sie vervielfältigt die Geschlechterkonfigurationen, indem sie zunächst eine schüchterne junge Frau ist; als der Dozent dann mit der Geste des Hilfreichen sich ihr – auch körperlich – nähert, verschiebt sie die Bezeichnung, variiert sie ihre Rolle; die Falle schnappt zu: Sie klagt ihn der sexuellen Belästigung an. Political Correctness entpuppt sich als Waffe in einem Machtkampf zwischen ungleich Mächtigen. Das Spiel mit der Sprache, die Kontrolle über sie, und das universitäre Rechtssystem bieten Carol eine Handhabe gegen den Mächtigeren. Und sie mißbraucht dies insofern, als sie von Vergewaltigung spricht, wo es sich nur um eine Berührung handelte. Doch im Grunde nimmt sie damit das Verhalten des Dozenten nur vorweg: Als sie sich nämlich in seine Familienverhältnisse mischt, ihn auffordert, nicht mehr »Baby« zu seiner Frauzu sagen, endet auch die Reichweite derSprache: Der angehende Professor wird gewalttätig. Political Correctness eignet sich eben nicht zuletzt dazu, die Machtfrage zu stellen. Die Antwort geht freilich über sie hinaus – und es ist ratsam, sich dafür zu wappnen.

Gerhard Scheit schrieb in KONKRET 12/93 über Ernst Jünger

Konkret 07/94, S. 52

Wolfgang Schmidt, Eike Stedefeldt

»Zur weiteren Veranlassung«

Die Stasi als Initiatorin einer liberalen Schwulen- und Lesbenpolitik in der DDR? Wolfgang Schmidt, Jahrgang 1939, Eintritt ins Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) 1957, war seit 1986 Leiter der Auswertungs- und Kontrollgruppe der Hauptabteilung XX – unter anderem zuständig für die innere Opposition – , davor bereits als stellvertretender Leiter dieser Arbeitsgruppe verantwortlich für Analyse und Information. Zuletzt Oberstleutnant, nahm er maßgeblichen Einfluß auf die Homosexuellenpolitik der DDR. Bei ihm liefen die Informationen zu der sich ab Anfang der 80er Jahre entwickelnden Lesben- und Schwulenbewegung zusammen. Darüber, wie Homosexuellenpolitik in der DDR zustande kam und welchen Einfluß das MfS darauf hatte, befragte ihn Eike Stedefeldt

Wer über die Homosexuellenpolitik in der DDR spricht, muß über die Rolle des MfS darin sprechen. Wie ist dessen Interesse an der Homosexuellenpolitik zu erklären?

Etwa 1982/83 schlossen sich vornehmlich in, vereinzelt auch außerhalb von Kirchen Homosexuellenkreise zusammen und machten Forderungen auf betreffend ihre Lage in der DDR-Gesellschaft. Das war Anlaß für meine Abteilung, die für das als »politische Untergrundtätigkeit« verstandene Formieren einer Opposition zuständig war, sich gemeinsam mit anderen Abteilungen der Hauptabteilung XX damit zu befassen. Zuvor hatten sich ja bereits andere oppositionelle Gruppierungen unterm Dach der Kirche gebildet, und nun kam die homosexuelle Szene dazu. Da bestand zunächst der Verdacht, daß sich hier dasselbe abspielt wie früher in Umwelt- und Friedenskreisen. Homosexuellenkreise allein hätten uns wahrscheinlich gar nicht interessiert.

Ich selbst erhielt 1983 den Auftrag, gemeinsam mit der Operativen Fachabteilung 9 der HA XX diese Zusammenschlüsse gründlich zu analysieren: Wer sind diese Personen, was wollen sie, inwieweit gehen von ihnen Gefahren für die innere Sicherheit der DDR aus? Das Ergebnis lag mir irgendwann 1983 vor. Es wurde exakt geschildert, wieviele dieser Gruppen es gab – ich erinnere mich an etwa 15 – , wer dort regelmäßig verkehrte, wer die wichtigsten Leute waren, welche Forderungen aufgestellt wurden. Gleichzeitig aber hatten wir unsere Möglichkeiten genutzt, uns überhaupt zum Problem Homosexualität sachkundig zu machen.

Ich habe dann versucht, auf zwei DIN-A4-Seiten ein Resümee zu ziehen. Darin habe ich geschrieben, daß der Zusammenschluß Homosexueller seine Ursachen habe in ihrer nicht befriedigenden Lage in der DDR. Würden ihre Probleme keiner für die Homosexuellen befriedigenden Lösung zugeführt, handele es sich zweifellos um ein Potential, das Bestandteil der politischen Opposition und Untergrundtätigkeit werden könnte. Das Problem der Homosexuellen sei aber auch aus anderer Sicht für das MfS und die DDR-Gesellschaft von Interesse, insbesondere weil der Anteil Homosexueller an Übersiedlungsersuchen in die BRD und auch ihre Selbstmordrate höher läge als im Bevölkerungsdurchschnitt. Drittens erscheine es paradox, daß die Homosexuellen sich in Kirchen organisierten, die mit ihrer Ideologie die homosexuelle Szene erst in jene Lage gebracht hätten, in der sie sich jetzt befände, während wir in der Tradition der KPD stünden, die in der Weimarer Zeit gegen den Paragraphen 175 gekämpft hat. Anschließend stellte ich auf etwa sechs, sieben Seiten die Forderungen der Homosexuellen und die mögliche staatliche Reaktion darauf gegenüber.

Um welche Punkte ging es da?

Der erste enthielt den Vorschlag, Kontaktanzeigen zu ermöglichen, da die Homosexuellen ja viel größere Probleme hätten, Partner zu finden. Der zweite war die Ehrung homosexueller Opfer des Faschismus. Es hatte zuvor eine Reihe unliebsamer Vorkommnisse, auch Unsicherheit vor allem seitens der Gedenkstätten des antifaschistischen Widerstands gegeben, die solche Ehrungen als gezielte Provokation abgelehnt hatten. Andererseits war natürlich auch bei den Homosexuellen keinerlei Verständnis für die Ablehnung solcher Ehrungen zu finden. Diese sollten also erlaubt werden, einschließlich einer bestimmten Ausgestaltung der Gedenkstätten unter Beachtung der entsprechenden Schwerpunkte des antifaschistischen Widerstandes. Der dritte Punkt betraf die Wohnungssuche, wo ich eine Gleichstellung mit Lebensgemeinschaften anregte. Ein weiterer Punkt war die Zulassung von kulturellen Veranstaltungen und Zusammenkünften.

Die Frage, ob man eine Organisation Homosexueller zulassen sollte, habe ich verneint. Das MfS hatte sich damals der Argumentation des Ministeriums des Inneren angeschlossen, das schon in den siebziger Jahren solche Bemühungen mit der Begründung abgelehnt hatte, die Orientierung auf ein Feld der Intimsphäre reiche allein nicht aus für eine tragfähige Organisation; alle anderen Interessen könnten im Rahmen bereits vorhandener Organisationen wahrgenommen werden. Ein weiteres Feld war die Zulassung Homosexueller zu Funktionen, die mit Geheimhaltung und Geheimnisschutz zu tun hatten. Mein Auffassung war, daß die Zulassung auf lange Sicht ermöglicht werden müsse, aber nicht schlagartig und für alle Funktionen gleichermaßen erfolgen könne. Solange die Mehrheit der Bevölkerung Homosexualität ablehne, müsse man von der Möglichkeit der Erpreßbarkeit ausgehen, was erst nach und nach im Zuge allgemeiner Akzeptanz abgebaut werden könne.

Welche Themen schienen Ihnen damals darüber hinaus wichtig?

Die Heirat Homosexueller. Ich war der Auffassung, daß entsprechende Regelungen nicht nötig seien, weil durch eine Gleichstellung mit Lebensgemeinschaften unter den Bedingungen des DDR-Rechts das Ziel voll hätte erfüllt werden können. Die Adoption von Kindern durch homosexuelle Paare lehnte ich damals mit der Begründung ab, daß man in diesem Falle auch die Interessen der Kinder berücksichtige müsse und nicht von vornherein sagen könne, wie diese, wenn sie dann erwachsen wären, diese Sache beurteilen würden.

Ein weiteres Problem bestand in der Einfuhr homosexueller Literatur. Ich hatte da sehr vorsichtig formuliert, daß ja eigentlich auch neue Überlegungen nötig wären, was die Haltung zu erotischer und pornographischer Literatur betrifft. Das ist der einzige Punkt, wo ich mir nicht sicher bin, ob er dann von meinen Vorgesetzten so aufgenommen wurde, wie ich ihn gemeint hatte.

Natürlich spielte der Paragraph 151 StGB (die – liberalere – DDR-Fassung des alten Paragraphen 175, E.St.) eine Rolle. Ich hatte vorgeschlagen, daß man ihn bei der nächsten Strafrechtsänderung ersatzlos streichen sollte. Aus MfS-Sicht gab es nichts, was dem entgegengestanden hätte.

Lagen dem bereits wissenschaftliche Expertisen zugrunde?

Alles, was uns zu diesem Thema zugänglich war. Etwa die Einschätzungen von Wissenschaftlern und Medizinern sowie die Vorarbeiten des Ministeriums des Inneren (MdI) auf diesem Gebiet aus den 70er Jahren. Das MdI hatte sich dem Thema schon einmal zugewandt; es ging um die Zulassung einer Homosexuellen-Organisation. Unmittelbar nach der Aufhebung des alten Paragraphen 175 mit dem neuen Strafgesetzbuch der DDR 1968 hatten sich Zusammenschlüsse gebildet, die eine Organisation Homosexueller anmeldeten. Das ist damals abgelehnt worden. Damals hatte das MdI verschiedenes Material gesammelt, das uns zur Verfügung stand. Wobei man das MdI in diesem Kontext nicht so sehr als oberste Polizeibehörde sehen muß, sondern als Institution, die für das Erlaubniswesen, die Zulassung von Vereinen und dergleichen, zuständig war.

Was geschah mit Ihrem Forderungskatalog weiter?

Ich stimmte ihn mit meinen Amtskollegen der Hauptabteilung XX ab. Das waren mindestens fünf Abteilungsleiter, mit denen ich darüber zu sprechen hatte: der für die Medizin zuständige, der für den Staatsapparat – Abteilung 1 – , der für die Jugend – Abteilung 2 – , der für die Kirche – Abteilung 4 – , der für die Kultur – Abteilung 7 – und jener der Abteilung 9, der in der HA XX alles zugeordnet wurde, was strukturell nirgends reinpaßte, und die auch die operativen Verbindungen in die Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen des MfS unterhielt. Ich legte das dann meinem Hauptabteilungsleiter, General Kienberg, vor, versehen mit den üblichen Anschreiben: »Beiliegend die Analyse ... zur Kenntnisnahme ... weiteren Veranlassung ... abgestimmt mit dem und dem«. Der weitere Weg dieser Analyse ist dann für mich nicht mehr authentisch nachvollziehbar, aber laut Hörensagen muß Kienberg das gesamte Papier, mindestens aber die Zusammenfassung, dem Stellvertreter des Ministers, Generaloberst Rudi Mittig, vorgelegt haben. Der wiederum hat ihn offensichtlich beauftragt, seine exzellenten Verbindungen zum ZK der SED zu nutzen.

Der weitere Weg war an sich nicht der übliche. Üblich wäre gewesen, daß die Analyse an die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS, also meine übergeordnete Institution, gegangen wäre. Von dort aus wäre sie entweder dem Minister auf den Tisch gekommen, damit er sie mitnimmt zu seinen wöchentlichen Gesprächen mit Honecker, oder aber es wäre daraus eine direkte Ausgangsinformation des MfS gefertigt worden mit dem festgelegten Verteiler an Politbüromitglieder, Abteilungsleiter des ZK der SED etc. Das ist nicht passiert. Kienberg nutzte seine persönlichen Beziehungen – sicher im Auftrag des stellvertretenden Ministers – und legte diese Analyse in einer oder mehreren Abteilungen des ZK den entsprechenden Leitern vor. Ich vermute, daß der weitere Weg in die Abteilung Gesundheitswesen gegangen ist, es ist aber auch möglich, daß es über die Abteilung Staat und Recht gelaufen ist. Über die entsprechenden Politbüromitglieder, also Kurt Hager oder Egon Krenz, muß dann Erich Honecker das Ganze ziemlich schnell auf den Tisch bekommen haben. All das müßte in der ersten Hälfte 1984 passiert sein.

Und wie hat Honecker auf diese Vorlage reagiert?

Man möge ihn mit dieser Angelegenheit in Ruhe lassen; wie sehr man sich mit diesem Thema blamieren könne, habe ja wohl der Fall des Nato-Generals Kießling gezeigt. Er habe kein Interesse, sich da zu engagieren. Dennoch muß es im Apparat des ZK jemanden gegeben haben, der ihm das vielleicht 14 Tage später nochmals vorgelegt hat mit der Bemerkung, er müsse sich ja gar nicht öffentlich zu dem Thema äußern. Er solle nur seine Zustimmung geben dazu, daß die in dem Papier enthaltenen Vorschläge von den zuständigen Organen verwirklicht werden könnten. Und dem hat er dann zugestimmt und diese Vorschläge bestätigt.

Jedenfalls gab es innerhalb kurzer Zeit nach Abfassung dieser Analyse grünes Licht für eine spürbare Verbesserung der Lage Homosexueller in der DDR. In der Folge waren Kontaktanzeigen möglich; das Presseamt hatte jetzt den Auftrag, das möglich zu machen, und das war ja auch ganz einfach: Wenn der Chef vom Ganzen gesagt hatte, das geht, dann ging das eben. Auch der Paragraph 151 geriet nicht aus dem Blickfeld. Als 1988 das 5. Strafrechtsänderungsgesetz anstand, brauchte

ich nur noch auf die eigentlich schon erfolgte Klärung zu verweisen. Soviel zu den Hintergründen der für viele vielleicht nicht ganz erklärlichen Veränderungen in der Politik der DDR.

Die kamen ja häufig sehr überraschend ...

Ja, und hingen oft von sehr subjektiven Entscheidungen ab. Was nicht bedeutete, daß das MfS aufgehört hat, die Gruppierungen Homosexueller zu beobachten. Man wollte sicher sein, daß nicht doch irgendwann ein Umschlag zu offener politischer Opposition erfolgt. Anzeichen dafür gab es im Wirken einzelner Mitglieder solcher Gruppen, die natürlich damit im besonderen Blickfeld des MfS standen. Das war aber nur die eine Seite.

Die andere war, daß Gruppen, die wir bereits als oppositionell eingestuft hatten, sich immer wieder bemühten, bei den Homosexuellen ein personelles Reservoir zu finden. Homosexuelle wurden somit nicht losgelöst von anderen Gruppen beobachtet. Das hat aber nie dazu geführt, daß die Homosexuellen-Gruppierungen vom MfS als oppositionelle oder Untergrundgruppierungen eingestuft wurden. Den Status hatten sie nicht.

Die Szene datiert den Beginn ihrer Observierung durch das MfS heute mit dem ersten Auftreten von Lesben und Schwulen bei den Weltfestspielen 1973 in Berlin. Anfang der 80er Jahre, als sich eine Reihe von Arbeitskreisen bei der Kirche zusammenfanden, soll das MfS seine Tätigkeit intensiviert haben.

Die Staatssicherheit hat sich mit diesem Feld tatsächlich erst Anfang der 80er Jahre befaßt, als zusätzlich zu dem Entstehen kirchlicher Friedens- und Umweltgruppen nun auch Homosexuellengruppen auftraten. Die Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973 habe ich persönlich als für die Sicherheit ausländischer Teilnehmer Verantwortlicher erlebt. Zur damaligen Zeit habe ich das Auftreten von Homosexuellen-Gruppierungen als eine von außen hereingetragene Provokation empfunden. Soweit ich mich erinnere, waren es englische Gruppen, die dort auftraten, keine inländischen.

Im Programm einer Tagung der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt zum Thema »Homosexuelle als Sicherheitsrisiko« hieß es im Oktober 1993, in der Eroberung und Behauptung sozialer Freiräume für homosexuelle Männer und Frauen hätten die Sicherheitsorgane der DDR Ansätze zur ideologischen Untergrundtätigkeit entdeckt und mit Aufklärung, Verunsicherung und Zersetzung der Szene reagiert.

Keinesfalls ging es dem MfS um eine Bekämpfung Homosexueller oder ihrer berechtigten Interessen. Es ging stets nur um das Potential für anders geartete politische Ambitionen mit dem Ziel der Veränderung der innenpolitischen Verhältnisse. Unsere Ziele waren politischer Natur. Und dazu gehörte keineswegs die Verfolgung einer bestimmten sexuellen Neigung.

Das MfS hat in der Folgezeit wiederholt Vorschläge unterbreitet, ein staatliches Koordinierungsgremium für Probleme der Homosexuellen zu schaffen, weil diese Problematik einem einzelnen Staatsorgan einfach nicht zuzuordnen war, sondern durch alle Bereiche hindurchging. Es hat sich aber niemand gefunden – nach unserer Auffassung hätte das das MdI sein sollen – , der diese überministerielle Arbeit leisten wollte. Und so wie das auf zentraler Ebene nicht zustande kam, war das natürlich auch auf bezirklicher nicht zu schaffen, so daß viele Anliegen von Homosexuellen an den unterschiedlichsten Stellen der Räte der Bezirke und Kreise, bei den Verantwortlichen für Kultur usw. eingingen und eine einheitliche Vorgehensweise nicht durchsetzbar war.

Wie breit war denn die Beobachtung der Szene, gab es da Momente, wo sie verstärkt wurde?

Eine spezielle Überwachung hat es nur im Zusammenhang mit diesen etwa 15 Gruppierungen gegeben. Wir waren da soweit präsent, daß wir regelmäßige Informationen aus allen Gruppen hatten. Wir waren also schon informiert, aber eben auch durch solche Kontakte, die keineswegs einseitig nur durch das MfS wirkten, sondern über die Homosexuelle immer wieder aufmerksam machten auf ihre Probleme und die mit dem Klischee vom Spitzeltum überhaupt nichts zu tun hatten. Da suchten Menschen einfach Partner in einem kompetenten Staatsorgan, weil sie solche Kontakte woanders kaum finden konnten.

Sie sprechen die Inoffiziellen Mitarbeiter in den Gruppen an, aber viele wären damals sicherlich zuletzt auf die Idee gekommen, wegen Problemen mit ihrer Homosexualität ausgerechnet zum MfS zu gehen.

Aus heutiger Sicht mag man das so sehen. Aber das MfS hat sich ja vieler Aufgaben angenommen, die nicht zur klassischen Geheimdienstarbeit gehören. Das hat sich zum Teil aus dem Versagen der Politik ergeben, die ja weitgehend erstarrt war. Vorschläge, Anregungen, Änderungen sind ja immer weniger von den zuständigen Organen gekommen, sondern wurden indirekt vom MfS aufgegriffen.

Das MfS war gedanklich in den Gruppen ja immer präsent. Einige Mitglieder mit politischen Ambitionen wußten nie genau, wie weit sie gehen durften. Könnte für sie ein Absicherungsbedürfnis Motiv gewesen sein, sich als IM werben zu lassen, oder auch Zweifel darüber, ob bei Ablehnung einer Zusammenarbeit nicht die »falschen« Informationen zum MfS gelangen würden, was wiederum Mitstreiter, Freunde und sie selbst gefährden konnte? War »freiwillige« IM-Tätigkeit womöglich sogar eine Form bewußter Informationspolitik?

Das waren sicher wichtige Motive. Gerade bei IM, die vorhatten, die Zulassung bestimmter Organisationsstrukturen durchzusetzen. Es war ein verbreitetes Motiv bei der Zusammenarbeit mit dem MfS, die Interessenlagen und Absichten der Gruppen der Staatsmacht nahezulegen und ihr gleichzeitig Zusicherungen zu geben, daß ehrliche Absichten hinter solchen Vorhaben stehen. Natürlich waren Gespräche zwischen Führungsoffizieren und solchen IM keine Einbahnstraßen. Auf diese Weise hat die Staatssicherheit sehr wirkungsvoll immer wieder auf Anliegen und Probleme der homosexuellen Bürger aufmerksam gemacht, die sie auch ernst nahm. Die Gespräche mit dem MfS haben auf jeden Fall die Gewißheit gebracht, daß keine persönlichen Nachteile entstehen und angesprochene Anliegen mitunter sogar auf den richtigen Weg gebracht werden können.

1990 gab es Pressemeldungen, im Prenzlauer Berg seien rund 800 Schwule in Rosa Listen erfaßt worden. Können Sie dazu etwas sagen?

Selbst wenn wir alle Angehörigen dieser Zusammenschlüsse erfaßt hätten, was wir nicht gemacht haben, wären wir nie auf 800 Leute gekommen. Hier wird etwas verwechselt. Es hat auf örtlicher Ebene bei der Polizei solche Aufstellungen gegeben im Zusammenhang mit bestimmten Vorkommnissen, die aber auch im Rahmen der Volkspolizei wohl nicht zentral angewiesen waren oder überall geführt wurden. Im MfS selbst – ich spreche hier von der Zentrale – hat es solche Karteien oder Listen nicht gegeben. In der Hauptabteilung XX waren die wichtigsten Organisatoren der Gruppierungen in Karteien erfaßt, je nachdem, welche Bedeutung sie hatten, bis hin zur Erfassung in Form von bearbeiteten Vorgängen, operativen Personenkontrollen oder generellen Hinweiserfassungen. Das gilt aber nicht für alle Mitglieder dieser Gruppierungen und schon gar nicht für alle, die bekannt geworden wären wegen irgendwelcher homosexueller Neigungen. So weit sind wir nie gegangen, das hatte alles immer einen konkreten politischen Bezug.

Wenn nun Homosexuelle dem MfS negativ aufgefallen waren, gab es dann Eingriffe in deren Privat- oder Berufsleben?

Das hing immer mit dem Beruf zusammen, den derjenige vorher ausgeübt hatte. Berufsverbote gab es nur in besonders sensiblen Bereichen, zum Beispiel dem Erziehungswesen oder der Journalistik, und bei weitem nicht in dem Ausmaß, wie es heute behauptet wird. Daß es Versuche gegeben hat, bestimmte Aktivisten, die sich vor allem politisch hervorgetan haben, in ihrem Einfluß einzuschränken, auch in ihrem Ruf zu beschädigen, das ist Praxis eines jeden Geheimdienstes, der sich unliebsamer Gegner erwehren möchte.

Wurden Inoffizielle Mitarbeiter auch direkt auf Peronen angesetzt, und wenn ja, wie weit ging das MfS dabei?

Sicher gab es das. Wenn eine Person besonders im Blickpunkt stand, wurde natürlich auch versucht, etwas von ihren Absichten und Vorhaben in Erfahrung zu bringen – mit den Mitteln, die man zur Verfügung hatte. Und wenn die Möglichkeit bestand, im Intimbereich näher heranzukommen, so ist auch das genutzt worden. Nicht nur, nicht ausschließlich, aber eben auch. Das ist nichts für die Homosexuellen Spezifisches. Das ist überall in der Welt so, nur daß wir eben die einzigen sind, deren Panzerschränke jetzt aufgemacht werden.

Einige Wochen nach dem Pfingsttreffen der FDJ 1989, an dem weltliche Gruppen erstmals offiziell auftreten durften, erschien im Organ des Zentralrates der FDJ, der »Jungen Welt«, eine kompromittierende »Danksagung« an die FDJ, unterzeichnet mit »AGH Courage« (»AG Homosexualität ›Courage‹«, eine außerkirchliche Lesben- und Schwulengruppe). Deren Herkunft ist noch heute ungeklärt. Gehörte so etwas zu den »Zersetzungsmaßnahmen« des MfS?

Das ist möglich, aber im konkreten Fall kann ich das nicht sagen. Es ist eine übliche Methode, politische Macht zu sichern durch Rufmord an politischen Gegnern. Zersetzungsmaßnahmen sind keine Spezifik des MfS, sie gehören zu den Instrumentarien aller Geheimdienste. »Zersetzung« ist für den Normalbürger vielleicht am besten mit »politischer Intrige« zu übersetzen. Daß das MfS Zersetzungsmaßnahmen anwandte, hat weniger mit politisch-ideologischer Diversion zu tun, sondern damit, daß in bestimmten Bereichen weitgehend auf die Anwendung strafrechtlicher Mittel verzichtet wurde. Zersetzungsmaßnahmen waren eine gewaltfreie, nicht strafrechtliche Methode, sich bestimmter Personen zu erwehren, und zusammen mit der inoffiziellen Beeinflussung, also dem Hereinbringen Inoffizieller Mitarbeiter in die Gruppierungen und deren Leitungspositionen zwecks Beeinflussung ihrer Aktivitäten, das einzige Mittel, das dem MfS außerhalb des Strafrechts zur Verfügung stand, um vorbeugend Gefahren für die staatliche Sicherheit abzuwenden.

Wenn Sie in drei, vier Sätzen aus heutiger Sicht die Homosexuellenpolitik der DDR und den Anteil des MfS daran reflektieren, zu welchem Resümee kommen Sie dann?

Falsch war es, gesellschaftliche Fragen mit geheimdienstlichen Mitteln lösen zu wollen. Bei Entwicklung demokratischer Umgangsformen, Offenheit der Medien und Aufgabe des Absolutheitsanspruches einer Partei wären sie viel weitreichender lösbar gewesen. Ich glaube aber, daß es unter dem Einfluß des MfS in der DDR eine Reihe positiver Ansätze in der Homosexuellenpolitik gab, die es wert wären, weiter verfolgt zu werden. Die DDR ist andererseits auf diesem Gebiet inkonsequent geblieben, weil sie das Problem nicht mit der nötigen Intensität und der gebotenen politischen Offenheit gelöst hat. Sie ist auch inkonsequent geblieben in der Würdigung und Annahme der Gedanken und Ideen der Homosexuellenkreise selbst. Dennoch war die DDR auf einer Reihe von Gebieten für die heutige BRD vorbildlich, insbesondere was die rechtlichen Regelungen betraf. Jedenfalls wären die Chancen für die Gleichstellung Homosexueller

am Ende in der DDR besser gewesen.

Eike Stedefeldt, Mitbegründer der DDR-Lesben- und Schwulenzeitung »Die Andere Welt« (März 1990), ist Redakteur des Schwul-lesbischen Informations- und Presseservice(»Schlips« in Berlin

Konkret 07/94, S. 55

Hermann Peter Piwitt

Aus einem fremden Land

I

Niemand, der im Westen den Anschluß begrüßt hat, sollte sich auch nur nostalgisch beklagen darüber, was nun in der Ex-DDR geschieht. Zum Beispiel in Mecklenburg. Schließlich hat man aus eigener Anschauung gewußt, was Kapitalismus aus verschonten Landschaften macht. An die Küste hoch fahrt ihr am besten schon mal nicht mehr, rieten Freunde. Und so fahren wir binnenlands stundenlang in blühenden Alleen herum, und es steht noch nicht einmal an einer jeden »historische Museumsallee« dran, sondern alles ist einfach nur so da. Geben die grünen Tunnels aber einmal den Blick frei aufs Land, möchte man zum Maikäfer werden und sich reinwerfen. Das schon mal. Von den *versprochenen* »blühenden Landschaften« bisher Gebrauchtwagen-, Bau- und Getränkemärkte.

In Prenzlau in der Uckermark steht am Stadtpark eine neugotische Fiale mit den Namen der Gefallenen von 70/71 drauf. Eine Tafel aus der Zeit realsozialistischer Logik darunter: »Nie wieder solche Opfer«. Aber andere hin und wieder doch schon mal?

In Angermünde beim Dichtertreffen sitzen nachmittags der einstige SED-Bezirkssekretär und vier Jahre Dissidenten-Knast beim Kaffee zusammen und trösten sich gegenseitig. So stecken sie nun beide im Sack.

Uckermark: Fast so groß wie das Saarland, 150.000 Einwohner. 20 Prozent Arbeitslose. Aber Dörfer von mehr als tausend Einwohnern gibt es, wo 80 – 90 Prozent keine Arbeit haben. Den ehemaligen LPG-Bauern wird von der Treuhand nicht aufgeholfen; den Herren von vorgestern und morgen ist alles noch nicht schmackhaft genug gemacht. Auf mehr Tourismus hofft man. Und am Ende wird es dem Kreis ergehen wie anderen kolonialen Territorien der Erde auch: In die großen Städte werden die Eingesessenen auf Arbeitssuche gehen; wohlhabende Städter sich in die Idylle einnisten. 40 Prozent ihres Umsatzes machte die Fertighausbranche im vergangenen Jahr in den Neuen Ländern.

An den Schlössern und ihren Abmessungen läßt sich ablesen, was das Land einmal arm gemacht hat. Was die Zuckerrüben hergaben, hat die dumpfeste Oberschicht des 19. Jahrhunderts in die Repräsentation gesteckt. In *Vorpommerns Schlösser und Herrenhäuser* trauert Walter Görlitz ihr nach: »Dann brach jählings der Russe zur Ostseeküste durch und flutete über die Güter weg... In Bolkow im Kreis Schlawe fiel die ganze Familie von Wödtke mit vier Kindern unter den Kugeln der asiatischen Mörder... In Prillwitz im Kreis Pyritz wurde der geheime Kommerzienrat Konrad von Borsig erschossen.«

Zu DDR-Zeiten waren in den Schlössern LPGs, Kinder- und Altenheime untergebracht. Aber ob inzwischen geleert oder noch bewohnt: Die Herrensitze zerfallen weiter. Weiter, das heißt, wie eben zu DDR-Zeiten. Es gibt neugotische Monster darunter, um die es nicht schade ist. Und spätbarocke und klassizistische Schönheiten wie Gützkow im Dreieck Malchin, Stavenhagen, Demmin, denen der Fraß bereits an die Grundsubstanz von Mauer und Dach geht. Einige haben Vor- oder Neubesitzer zu Hotels umgebaut. Und die bisher darin wohnten, die Ex-LPGler: Sie blicken nun von ihren neuen knappen Behausungen hoch zu den exotischen Gästen oben, die zu ihnen heruntersehen.

Basedow ist ein verrissener Gothik-Traum. Dach und Gemäuer sind bestückt mit Satellitenschüsseln. Aber in der Regenrinne die Mauer herab fehlt zu halber Höhe ein Stück. Und es würde mich nicht wundern, wenn es seit gut zwanzig Jahren fehlte. Denn die Antwort auf Brechts Frage »Wer baute das siebentorige Theben?« dürften Arbeiter und Bauern in der Schule erhalten haben; realisiert zu haben, daß die Herrenhäuser von den Erträgen ihrer Arbeit errichtet wurden, folglich auch tatsächlich ihnen gehörten, scheinen sie nie.

II

Satire hätte nicht präziser sein können: auf der Bank am Kanal zwei junge Mütter, versabbelt und von jener seinsgewissen Verschwiemeltheit, die nicht selten von Leuten abstrahlt, die sich dann als »alternativ« herausstellen; bei ihnen die vier Kinder – zwei Mädchen, zwei Jungs – zwischen acht und zwölf. Eben hat die Ältere sich gegen den Jüngeren mit Fäusten so kräftig gewehrt, daß der kleine Feigling heulend bei der Mutter Zuflucht sucht. Aber schon naht der Rächer: In den Bauch geboxt bekommt das Mädchen vom Großen; und nun weint auch sie. –

Mußt du immer so grob sein, Mike? (Mutter) –

Wenn das dumme Schwein Marc schlägt? –

Also Mike, es wäre wirklich nett von dir, wenn du dich bei Lea entschuldigtest. –

Die Sau kann mich mal! –

Nein, diese Ausdrücke! Mike, darüber sollten wir reden.

Und schon wird weiter gesabbelt, über die »Gruppe«, in die man regelmäßig geht.

Ein paar Tage später erzählt mir ein befreundeter Lehrer von Kollegen, die sich gegen geschwungene Fahrradketten zu wehren haben, Schuldirektoren, ängstlich darauf bedacht, von solchen und ähnlichen Vorfällen nichts nach draußen dringen zu lassen, und anderen Lehrern, die darauf bestehen, das junge Blut gewähren zu lassen, reine Natur, die es doch nun einmal sei.

Irgendwas müssen sie in den falschen Hals gekriegt haben. Die Besten der antiautoritären Bewegung von einst: Idealisten, die sich gegen Professoren und Lehrer von SS- und Kommiß-Provenienz wehrten, um sich endlich sozial und politisch nützlich machen zu können; auf den Straßen klagten sie Verfassungsrechte ein, die bis dahin nur auf dem Papier existiert hatten.

Inzwischen tobt sich in Nachgewachsenen die reine Natur des entfesselten Kapitalismus aus; und noch immer wird gesabbelt, als sei nichts geschehn.

III

Wie sie ranrauschen schon in der Frühe, die Bewohner der Bahnhofsvorplätze, die Dose kippen, breitbeinig stehen und den großen Otto machen, als hätten sie gerade mal zur Nacht dem Marlborough-Mann aufs Pferd geholfen. Auch das gehört zum Erfolgsgeheimnis des Systems: daß es selbst für Unglücksraben Leitbilder bereitstellt. »Arbeit! Arbeit! Arbeit!« wirbt nebenan die SPD. Als ob es darum ginge. Die Hoffnung nicht genommen zu bekommen, auch einmal Millionär werden zu können: Dafür nehmen wir alles in Kauf.

Konkret 07/94, S. 56

Georg Seeßlen

Gänsefüßchen oben

Im öffentlichen sowohl als auch im privaten Sprachverkehr hat das Anführungszeichen eine merkwürdige Konjunktur. Als wollten wir am liebsten nur noch in Zitaten reden, als wollten wir kundtun, wie fremd, wie indirekt uns Sprache geworden ist

Da ist zunächst einmal die ästhetische Materialität des Zeichens. In der RAI, dem anderen Teil des italienischen Fernsehens, erscheint die Ansagerin (eine Institution, die hierzulande schon, wie aus lauter Authentizitätsfurcht, beinahe abgeschafft ist) zwischen zwei gewaltigen Anführungszeichen. Was will uns das sagen? Daß sie nur verlautbart, selber nur Zitat ist? Daß Menschen sich im Medium nur über das Zeichen definieren können?

Auch in die Zeitungssprache hat sich das Anführungszeichen als rhetorische Grundfigur eingeschlichen. Hübsche Worte am Rande der Seriosität sind in Gänsefüßchen auch in der bürgerlichen Presse erlaubt.

Schließlich bekommt das Anführungszeichen in der Tradepaper-Welt eine neue Variante. Die Sprachwelt von, sagen wir, »Variety« setzt auf die vollständige Vereinnahmung von Slangworten, Kürzeln und Euphemismen (»Leo purrs over pics«, »Eye web wanderlust«, »Moguls swat Gatt-flies« usw.). Die delikateren Blätter, etwa »Premiere«, setzen ebenfalls auf das Anführungszeichen. Es rearistokratisiert, renationalisiert die Sprache. Die »Bild-Zeitung« sagt ganz direkt »Wahnsinn! Super Wasi-Rasi«, um über eine Goldmedaille bei den Olympischen Winterspielen zu berichten. Seriös bleibt man, wenn dergleichen Infantilitäten in Anführungszeichen gesetzt sind.

Das Anführungszeichen setzt der Verwahrlosung der Sprache eine Gleichzeitigkeit von Distanzierung, Spott und Lust an dieser Verwahrlosung entgegen. Eine Ausgabe der »Repubblica« zum Beispiel von Ende Mai enthält bereits in zehn Prozent ihrer Überschriften (vom Text ganz zu schweigen), ein Gänsefüßchen-Wort. So macht man den sprachlichen Populismus zugleich mit und distanziert sich von ihm.

Das Anführungszeichen hat zunächst eine einfache, für den Austausch von Informationen wichtige Bedeutung: ein bestimmter Mensch, eine bestimmte Quelle werden zitiert, ein Drittes wird in den Kommunikationsprozeß zwischen Sender und Empfänger eingebaut, und es soll dabei tunlichst bezeichnet werden, aus welcher Quelle dieses Zitat kommt. Daraus entwickelt hat sich eine zweite, eher allgemeine Bedeutung, nämlich die von einem Ausdruck, einem Wort, einem Begriff, der/das im allgemeinen, sonstwo, jedenfalls aber von anderen gebraucht wird. Seine Konventionalität wird betont: aus einem Ding wird ein sogenanntes Ding. Ein Wie-man-so-sagt-Ding, ein wie- man-hier-und-dort-, kultur-und-szenemäßig-zu-sagen-pflegt-Ding. Ein Ding, das ich nicht direkt, sondern nur über eine Konvention benenne.

Diese zweite Form des Benutzens von Anführungszeichen hat eine gewisse Eigendynamik entwickelt, insofern es sich vom allgemeinen des »sogenannten« zu einer neuen Besonderheit wandelte: Es wird zu einem Distanzierungszeichen. Ich benutze das Wort, den Begriff, den Ausdruck, aber zugleich ist er nicht meiner.

Die Lust am Zitieren, wie wir wissen ein Element der Ästhetik, die »postmodern« wirkt, hat längst schon das allerprivateste unserer Kultur erreicht. Wenn wir uns Komplimente machen oder uns Gemeinheiten sagen wollen, nehmen wir gern solche Umwege, statt: »Ich liebe dich« mag es heißen: »Wie Humphrey Bogart zu sagen pflegte«, und was uns stinkt, läßt sich leicht durch eine Geschichte aus Entenhausen erklären. Solche Doppelcodierung des Sprechens läßt zugleich Naivität des Ausdrucks und mehr oder weniger kunstvolle Reflexion zu.

Das Zitat, die Gänsefüßchen-Phantasie, entsteht also offenbar nicht nur durch unsere Lust an Differenzierungen und Distanzierung, sondern auch durch unsere doppelte Existenz in einer materiellen und medialen Welt. Genauso wie die Familie der Soap-Opera im Fernsehen echter und wirklicher als die »richtige« Familie wirkt, so wirkt das Zitierte wirklicher als das direkt Formulierte.

Der Gebrauch der Anführungszeichen im letzten Satz weist noch auf eine vierte Bedeutungsebene: Etwas stimmt nicht mit dem Wort, es hat sich schon ein falscher Ton eingeschlichen; über das »sogenannte« und das »angebliche« bis hin zum Verlust des Wortes selber geht da die Wirkung. Ich sage etwas, was »eigentlich« nicht mehr gesagt werden kann.

Anführungszeichen klagen das Wort an oder schon über seinen Verlust. Anders gesagt: Sie denunzieren ihr Wort und retten es zugleich. Das ist besonders wichtig für die Werbung: Der »Nissan Micra«, dem die Anzeige den »höchsten Frauenanteil« zuschreibt, wird darin als – in Anführungszeichen – »putzig«, »knuffig«, »pfiffig« – bezeichnet: ein Wort, daß ein bißchen zu peinlich geworden ist, ein Wort, das es irgendwie gar nicht gibt, und eines, das sich allzusehr vernutzt hat – in Anführungszeichen sind sie wieder ganz passabel. Worte, die uns unerträglich geworden sind, können in Anführungszeichen wieder verwendet werden.

Das gilt auch für politische Begriffe. Der Kampf um Anführungszeichen hat Tradition in der deutschen Nachkriegskultur. Das unerwünschte Andere und Begehrte, die DDR, hat man damals amtlicherweise in Anführungszeichen gesetzt; das Gänsefüßchen war so etwas wie ein Nichtanerkennungszeichen. Weshalb man einerseits natürlich sehr vorsichtig damit

umgehen mußte; wenn man aus einem Literaten einen »Literaten« machte, war es doch fast schon ein Pinscher. Der Feind steht immer in Anführungszeichen; er ist ein »Mensch«.

Heute indes würde man sich am liebsten selber in Gänsefüßchen setzen: Guten Tag, ich bin der »Autor« dieses Textes. Wie es sich für die postmodernen Tricks gehört, führt auch die Wucherung der Gänsefüßchen zugleich nach vorn, zu einer »raffinierteren«, manieristisch verschwurbelten Sprache, und zurück ins Barbarische. Im »Journal für die Frau« lesen wir von einem »Gänsefüßchen-Röckchen-Gänsefüßchen-Effekt« (es handelt sich im übrigen um einen »Einteiler in Knallfarbe – ohne Gänsefüßchen, 80% Polyamid, 20% Elastan«): Die moderne Frau trägt authentisch Knallfarben, aber Röckchen nur in Anführungszeichen.

Natürlich ist das Gänsefüßchen ein wichtiger Bestandteil in der Welt der Simulation. Eine »Mini-Telefonanlage« in Gänsefüßchen kann nichts anderes als Software sein, die Simulation eines Kommunikationsvorganges. Die Transformation des Textteils in eine bedeutende Sentenz, in Anführungszeichen, wird von jeder Zeitung betrieben, die etwas auf sich hält: Neben die Überschriften treten als gliedernde Elemente optisch hervorgehobene Textteile, natürlich in Anführungszeichen gesetzt, als müßten sie bereits ihre Zitierbarkeit belegen: Der Text schreit heraus, daß er zitiert werden will. Er ist schon Zitat, bevor er überhaupt gelesen wurde.

Von der traditionellen Form der Kritik, die um zitierbare Sätze herumgeschrieben wird, setzt sich die Tendenz des leeren Zitats ab, die in letzter Zeit Anhängerschaft zu gewinnen scheint. Ein Film, beispielsweise, wird in der alten Form durch Pressezitate angepriesen: »Super« (»Bild«), »Geil« (»Prinz«), »Der Action-Knaller des Jahres« (»Bravo«), »Meisterrhabarberrhabarber« (»Süddeutsche Zeitung«). Dagegen setzt sich nun ein dolles Lob in Medienmultiplikation, ein Satz, ohne den ich wirklich nicht wüßte, wozu so ein Film überhaupt gedreht wurde, in Anführungszeichen, aber ohne Quellenangabe. Das leere Zitat wuchert auch in Mode- und Kosmetikanzeigen. Früher haben wir eine mehr oder weniger strah-lende Frau gesehen, dazu den Anführungszeichentext: »Meine Haut fühlt sich so viel besser an, seit« und so weiter. Der leere Zitatcharakter dagegen schafft eine beinahe geheimnisvolle Aura um einen im allgemeinen ziemlich platten Satz. »Ein Hauch von Indien und Afrika erobert in diesem Modesommer ganz Europa«, steht in Anführungszeichen unter dem Bild einer irgendwie träumerisch schauenden Frau in der »Gabor«-Schuhmodewerbung. Wer hat das gesagt? Ein Werbetext unter dem Titel »Cosmetic-Highlights« (ohne Anführungszeichen) enthält, mit Anführungszeichen, Begriffe wie »Kurzurlaub für ihre Haut« oder »glatter Erfolg«; Mode wird in einem Artikel zur »Uniform«; und in einem psychologischen Beratungsartikel wird aus dem Richtigen das »Richtige«. Der Autor ist hinter dem Zitat verschwunden, der Begriff zitiert sich selbst.

Es ist also ziemlich paradox, wie immer: Das Gänsefüßchen als Zitatzeichen eroberte den Text im Zeichen des Authentizitätshungers; nur den Gegenstand in den Anführungszeichen sprechen zu lassen, galt lange genug als »spannend«. Aber nun ist diese Authentizität in völlige formale Leere umgekippt; das Anführungszeichen hat seine Faschisierung erlebt, es ist für sich als Zeichen bedeutsam, als Imperativ, der keine Urheber, keine Zusammenhänge mehr braucht. Es ersetzt die Logik des Gedankens und verlangt für sich, nicht »hinterfragt« zu werden. Authentisch ist erst das Anführungszeichen; eine Marke kommt nicht mehr ohne R-, ohnec-, ohne TM-Zeichen aus; aber schon die nähere Bezeichnung muß wenigstens ein Anführungszeichen haben, weil das Wort ohne Zeichen nichts gilt, und weil nur eine Autorität außerhalb des Gesprochenen, die wir gar nicht näher zu benennen brauchen, dem Wort Gewicht geben kann. Wenn ein Begriff in Anführungszeichen daherkommt, ist er andererseits, wie ein Markenzeichen, jemandes Eigentum, und Worte in Anführungszeichen zu erbeuten, gehört zum alltäglichen semiologischen Diebstahl, der in Wahrheit teuer bezahlt werden muß. Perfekt gepflegt. Nägel mit French Manicure kann man erhalten, wenn man es noch – in Anführungszeichen – »natürlicher« haben will. Das »Natürliche« ist »philosophisch« gesprochen natürlich natürlicher als das Natürliche. Aber die Lackierhilfen sind trotzdem erst echt im Art-deco-Nail Beauty Fluid, den Diskurs über das Großschreiben eröffnen wir aber ein andermal.

So ist also aus dem Abwertungszeichen, der »sogenannten« »DDR«, ein Aufwertungszeichen geworden. Aus dem Nachgeordneten des Zitats ein Übergeordnetes, aus dem Indirekten ein Überdirektes, aus der Hilfskonstruktion eine Autorität. Mit Anführungszeichen »beweise« ich zugleich Authentizität (ein Text existiert vor meinem Text) und Macht (nicht die Geschichte, sondern das Zeichen bestimmt den Wert). Verantwortung für den Text wird verschoben, Authentizität produzierbar; das Anführungszeichen bezwingt die Anführung.

Georg Seeßlen schrieb in KONKRET 5/94 über den Entertainer Harald Schmidt

Konkret 07/94, S. 58

Gerhard Henschel

Frech, durchgeknallt, zwerchfell-erschütternd...

... ist Eugen Egners komischer Roman »Der Universums-Stulp« überhaupt nicht

Die Behauptung, daß komische Literatur im deutschen Sprachraum ebenso rar wie miserabel sei, scheint den Kenner auszuweisen und kennzeichnet gewöhnlich doch nur den Tropf, der dabei ist, ein aus Klischees und Schlußverkaufsadjektiven zusammengehauenes Stück Sekundärliteratur zu produzieren. Erheblich schlechter als die Werke pflegt deren Kritik zu geraten, die sich der komplizierten artistischen Kunststücke von Autoren wie Eckhard Henscheid, Max Goldt oder Eugen Egner mit einem Auflauf x-beliebiger Formeln zu erwehren versucht, bis alles irgendwie als »frech«, »schrill«, »echt ätzend«, »hämisch«, »durchgeknallt«, »zwerchfellerschütternd« oder sogar noch als »Verarschung« und »Generalangriff auf die Lachmuskeln« qualifiziert worden ist. »Frech« z.B. möchte mittlerweile selbst eine so grauenerregend humorresistente Regentrude wie die bekannte Gottesanbeterin Uta Ranke-Heinemann sein; ihr Biograph Hans-Dieter Schütt phantasiert sogar von »einer Frommen, die zur fröhlich Frechen wurde« - als ketzerisch, frech und frivol versteht sich inzwischen jeder bessere Meßdiener.

»Allein - was verschlägt's? ! « (Eugen Egner). Auch Schandudel und Narreteien der Rezensenten gehören zum Riesenblödsinn des Weltgefüges, das Komik-Artisten abbilden, immer um den Preis, verquer interpretiert und mit idiotischen Etiketten bepappt zu werden. Außerdem fallen die rasch nach Schema F erstellten Besprechungen der Vergessenheit steil anheim, während die großen komischen Kunstwerke bleiben. Eugen Egners Roman *Der Universums-Stulp* gehört dazu. Formal ist er weitläufig mit den Romanen Flann O'Briens und den unberechenbar brausenden Phantasien des geisteskranken Dichters Adolf Wölfli verwandt; inhaltlich ist weit und breit außerhalb der Prinzhorn-Sammlung künstlerischer Arbeiten psychiatrischer Patienten schier nichts zu sehen, was dem *Universums-Stulp* ähnlich wäre.

Der Roman handelt von den Mißgeschicken des Dichters Traugott Neimann, der bei einer üblen Party aus dem Fenster stürzt. »Kraft der außerordentlichen Qualität seines Rausches durchdrang er auf dem Weg nach unten die rationalen Hindernisse, die ihn sonst an einer transdimensionalen Verbindung mit den für Schicksal und Karma zuständigen übergeordneten Instanzen gehindert hätten.« Neimann überlebt zwar, wird aber infolge irrationaler Umstände in die abenteuerlichsten Kapriolen verwickelt. Im Fortgang der Geschichte durchmißt er u.a. ein schreckliches Universalhilfe-Institut, seine eigene Kindheit und China. Papst Leo XIII., innenministerielle Agentinnen, Sätze und ihre Soßen, Schwungradkapitäne als Lebkuchenkaiser, obskure Ganghofer-Kreaturen und verlockende Katalogmädchen treten in Erscheinung, bis sich das Universum zu überstülpen droht, eine Gefahr, deren Tragweite schon frühzeitig erwogen und in einer Imbißstube demonstriert wird. »>Und mit dem Universums-Stulp ist das so<, fuhr sie fort, indem sie Bramms gerade in Rekordzeit servierte Pizza zur Hand nahm, >Ihre Pizza wäre jetzt mal das Raum-Zeit-Kontinuum. Ich fahre mit der Hand darunter und drücke von unten eine Beule hinein. So. Dann wird die Beule aufgeblasen.<« Vermittels hakliger »kausaler Mechanismen« und »nackter Singularitäten«, heißt es, könne es nun zu besagtem Stulp kommen: »Sie stülpte das Innere des Pizzaballons nach außen. Es war unappetitlich. Jemand übergab sich in den Schirmständer. >Das Universum überstülpt sich?< fragte Bramm mit großen Augen. >Das muß ja ungeheure philosophische Auswirkungen haben.< >Und erst recht kosmologische!< ergänzte Vesica Güterbock.«

Und literarische. Der von Eugen Egner geschilderte Kosmos ist z.Zt. damit befaßt, sich deutlich auszudehnen; neben solchen nur scheinbar willkürlich und nervös, tatsächlich aber löblich detailverliebt ertüftelten und erzählten Geschichten aus dem Puppentollhaus fertigt Egner ohne Rücksicht auf marktstrategische Verluste wundervolle von der stieseligen Welt leider weitgehend ignorierte Comics und Cartoons an, wobei er auch noch das Pech hatte, an den konkursreifen Semmel-Verlag zu geraten. Woran sich die Fans erinnern, ist viel zu oft nur das legendäre, im Haffmans-Verlag erschienene *Trinker-Tagebuch,* eine unübertroffene Chronik schlimmster Ausschreitungen und Eierlikör-Oberkörpereinreibungen; es gibt, zumal ausgerechnet in Reutlingen, trinkfeste Menschen, die auf Anhieb ganze Passagen daraus auswendig aufsagen können. Es gibt aber auch den Erzählungsband *Als der Weihnachtsmann eine Frau war,* die Bildergeschichte *Der künstliche Mann* (beide Haffmans), die Frühwerk-Sammlung *Meisterwerke der Grauen Periode (*Weisser Stein) und nun den *Universums-Stulp,* die bis heute aufwendigste Produktion der grauen Eminenz aus Wuppertal.

Daß ich persönlich im Stulp auf S. 111 als Sonatinenkomponist indirekt vorkomme, wirkt kaufanreiztechnisch letzten Endes vielleicht weniger überzeugend als die Grafik, mit welcher der Erzähler auf S. 140 aus seiner Not, den Aufenthaltsort des sog. »Tandem-Bewußtseins« schildern zu müssen, eine hohe Tugend macht: »Fast schreckt der Autor vor der Aufgabe zurück, der Leserschaft die Sphäre zu schildern, in der sich das Tandem-Bewußtsein aufhielt. Strenggenommen war auch diese Sphäre nicht >zum Erleben<. Alle Anhaltspunkte und Vergleichsmöglichkeiten für ein traditionelles menschliches Wahrnehmungssystem fehlten, darum versagt hier das Wort. Selbst Blasenkammer-Photos richten da nichts mehr aus. Lediglich mit einer schematischen Darstellung kann der Sachverhalt theoretisch ermittelt werden« - s. Abbildung. Frech, durchgeknallt oder zwerchfellerschütternd ist das mitnichten, sondern Zeugnis

außerordentlich komischer Künstlerschaft und obendrein verwegener und genialer als alle verbissenen Anstrengungen unserer federführenden Weltliteratendarsteller Grass und Goetz und Plisch und Plumm - eine nackte Singularität.

Mit Zimbeln und Sicherheit!

Eugen Egner: Der Universums-Stulp. Haffmans 1993, 184 Seiten, 32 Mark

Konkret 07/94, S. 59

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Ja, du Hunzbua, du vadrahta, du Schaffottpflanzerl, du mefittisches. Selber tätst du ums Verreck nicht an die gleich am Eingang von den Dialogen vom Ionesco ausgeschnittnen Löcher herantreten und durchschauen durch dieselben in den unendlichen Abgrund bezugsweise schwarze Fremde und Leere in den (huhuu!) Doood. Da tätst du dir, du mit deinen vom vielen Genießen längst fürs Liften reifen Lefzen ja vorkommen dümmer als wie die bewaffneten Organe des Staates es erlauben, wenn man dich da erwischen täte, wie du, in einer langen Schlange beflissner Hirnis anstellend dich, dir ein Billet zu lösen erheischeschest an der Kasse des Absurden Theaters, dieser vom Stamokap gefietscherten Anstalt für Erregung innrer Schaudernisse des Kleinbürgertums. Nein, du Festgeldschelm, du Toskana-Tui, in dessen Monatsgehalt die jährlichen Grundbedürfnisse eines Kaffeepflückerdorfes passen: Soo blöd bist du nicht. Das mit den Löchern am Eingang von Dialogen, wos dann gleichsteil abfällt, bis die Kundschaft endlich die plakaschwarze Fremde und Leere mit den speziell zu solchem Erschauen geschaffnen Augen erblickt, das ist selbstverständlich nix für dich, das ist exklusiv für die Kleingeld-Doofen. Aber es geht dir ja (sagen wir mal: zentral) auch gar nicht um den Autoren des He, mme, mm, mm, dsche, gu, hu, hu, he, kr, krr, und daß das einen absurden Sinn macht, sondern der Ionesco ist dir ja lediglich Bande, Bande für den Stoß gegen Brecht, mit welchselbem Stoß du dich selber zum Revisionskonjunkturritter schlägst. Brecht nicht der Klassiker, der den Kapitalismus, den Verursacher des Elends und die Quelle des Kriegs (und den Schoß, den noch fruchtbaren, aus dem der deutsche F kroch) zur Verhandlung aufruft, sondern Brecht eine Art Kuttenprunzer, der von jedweder wissenschaftlichen Erkenntnis der gesellschaftlichen Lage unbeleckt, in verbrämtem Unsinn reist.

»Wir wissen inzwischen, daß der Sinn, den Brecht in der Geschichte sah, (utopisch verbrämter) Unsinn war.« – – – Reichlich off, daß Brecht kein Geschichtssinntisierer war: Hast du den Arsch offen, »wir« zu sagen? Du kannst doch dich nicht einfach betrügerisch für uns ausgeben. WIR sind wir, doch nicht du. Du bist doch was ganz andres, du bist das kurzbeinig zwitschernde Zizzibä der blutigen Bourgeoisie.

P.S. Erinnerst du dich, wie wir 68 (+/ –) solcherart rotzfrech den großen armen B.B. anflackernde Talglichter mit Buttersäure löschten? ...

Der Nachruf ist ja wohl das Letzte! Den schreibst du mir nochmal, Rudolf. Ich will da keinen 08/15 Schmu lesen, sondern wissen: Warum mußte Lothar, Ernst Jünger ist 99 und macht kein Haar andern Knochenjob, schon mit 48 fort? Weil die Profitpresser in der Konzernleitung das Letzte aus den Leuten herausholen und seis, wie bei Lothar, das Leben. Eine Halbtagskraft, Lothar helfend beim Sichten von Lichtbildnissen von von ihren Müttern zerstückelten Kindern oder aus 12. Etagen ebenerdig aufgeschlagnen Lebensmüden, ein Lothar beim Entdecken betrügerischer Sozialhilfeempfänger und Asylos zur Hand gehender Reportereleve und – Lothar lebte noch. Nicht am Infarkt, an der Profitsucht des Konzerns starb Lothar. Das, Bernhard, will ich lesen von dir. Hau rein Kappelle.

Konkret 07/94, S. 60

Kay Sokolowsky

Running Men

Die Show zur Krise: In Ulla Kock am Brinks »100.000 Mark Show« bewahrt nicht einmal der härteste Einsatz die Kandidatenpaare davor, am Ende vor dem Nichts zu stehen

Der Fluch des Fernsehens: daß alles, was es berührt, unecht, »wie im Fernsehen« eben, wirkt – dieser Fluch ist den Produzenten durchaus bekannt. Seit je geht daher ihr ganzer Ehrgeiz dahin, die dem Medium immanente Lüge mit einem anderen Schwindel zu neutralisieren. So erfanden sie die Wörter *live* und *Direktübertragung*, um ihren Schattenspielen eine Beziehung zum Zuschauerleben anzudichten. Dann verlegten sie ihre Bunten Abende in gigantische Hallen, um die winzigen Schirmbilder aufzublasen. Schließlich ließen sie die Conférenciers mit den *Menschen zuhause an den Bildschirmen* telefonieren, führten Ted ein, schickten Kamerateams in die Wohnzimmer – was irgend technisch möglich war, wurde eingesetzt, um die Grenzen des Fernsehkastens aufzuheben. Das Medium war dabei sich aufzulösen; und es hat ja auch gar keine andere Möglichkeit, seinen Fluch loszuwerden, als die Selbstzerstörung. Doch jetzt kamen die ersten Kabelkanäle auf und bereiteten den kathartischen Vorgängen ein rasches Ende.

Das kommerzielle Fernsehen plagt sich kaum mit Selbstzweifeln, da es allein an der Verkäuflichkeit, nicht an der Echtheit seiner Bilder interessiert ist. Doch weil wenig schneller abnutzt und fauler aussieht als das Material, das auf diesen Bildern erscheint, muß laufend etwas Frisches vor die Kamera gezerrt werden. So wird das letzte bißchen Wahrheit, das den Wesen und den Dingen in der Warenwelt noch geblieben ist, aufgefressen und mählich die ganze Welt in Fernsehbilder verwandelt. Auf der Jagd nach neuen Motiven bleibt dann nur mehr die Flucht in virtuelle Universen: Deshalb sind die Sender so vernarrt in Computertricks und interaktive Mätzchen; deshalb experimentiert RTL mit einer synthetischen Moderatorin, mit:

Ulla

Kock am Brink hat nicht nur einen unglaublichen Namen. Alles an ihr scheint wie nicht von dieser Seite des Bildschirms. Ihre eckigen Bewegungen, ihr entsetzliches Outfit, ihr eiskaltes Lachen, zumal ihr starrer Blick: alles wie vom Rechner generiert. Aber *Ulla* ist keine echte Software, sondern, was auch eher ins Konzept der Show paßt, die Simulation der Simulation. Sie imitiert ein elektronisches Wesen, das ein menschliches imitiert. Daher wirkt ihre Mimik so lächerlich übertrieben, deshalb ruckt und zuckt sie dauernd mit Schultern und Armen, darum redet sie wie unter Strom. »Ulla Klon am Brink« (Roger Willemsen) ist die fleischgewordene Computeranimation. Es gehört zum Stilprinzip der »100.000 Mark Show«, daraus kein Geheimnis zu machen, sondern die Moderatorin offensiv zu outen: Im Vorspann wird ihr Gesicht zuerst als Computergrafik und dann »real« gezeigt.

Mit dem Format »Verzeih' mir!« verordnete Produzent John de Mol – der innovativste und hemmungsloseste Mann der Branche – dem Programm *Ulla* die Generalprobe auf Funktionstüchtigkeit und versteckte Fehler. Gewiß, falschere Tränen hatte man sogar im Fernsehen noch nicht gesehen; peinlicher als hier hatte noch keine Medienkreatur Mitleid vorgetäuscht. Aber im Rahmen der Show und im größeren Kontext des Mediums stimmten *Ulla*s Zähren und Betroffenheitsgetue: Wenn schon, dürfte de Mol spekuliert haben, jede Tatsache, vom Fernsehen gezeigt, gestellt, ja gefälscht wirkt – dann müßte eine offenbare Fälschung doch gleich wie die lautere Wahrheit erscheinen? Oder wenigstens wie die halbe; und eben die streben alle Produkte de Mols an, von der »Traumhochzeit« bis zur »Stadtklinik«.

Nachdem *Ulla* also bewiesen hatte, daß ihr so schnell von gar nichts schlecht wird, daß nicht einmal Rudimente von Schamgefühl und Diskretion sie hemmen, gab de Mol ihr den Zuschlag für »Die 100.000 Mark Show«. Es ist kaum zu übersehen, daß sie sich dort wohlfühlt wie die Sau im Schlamm. Denn *Ulla* darf jetzt die »Powerfrau« raushängen lassen, d.h. einen Männerjob tun; knallhart und kompromißlos, wo's sein muß, aber mit Herz und Mut zur Schwäche: Was immer »Cosmopolitan« an Klischees erfunden hat, um den Opportunismus seiner karrieregeilen Klientel zu umschreiben – *Ulla* hat es im Programm.

Der »Image-Wandel von der Heulsuse zur Kandidaten-Zuchtmeisterin« (»Stern«) fiel ihr schon darum so gar nicht schwer, weil sie diesseits der Mattscheibe eine wirkliche Emporkömmlingin ist: Ihre Besetzungsagentur »Cameo«, gleich nach dem ersten Erfolg mit »Verzeih' mir« gegründet, arbeitet ausschließlich für »John de Mol Produkties«. Ihre Angestellten nennt Kock am Brink, schick dreist und viertelgebildet, »meine emsigen Drohnen«; und mag ihr Texter Christoph Böll auch tausendmal Filmregisseur und Neffe eines berühmten Mannes sein: »Er hat Familie und braucht immer Kohle.«

Da sie auf einem Platz steht, den traditionell Männer besetzen, hat sie sich die Haare kurzschneiden lassen; hat ihre Gestik auf zupackend und dynamisch umgestellt, auf kumpelhafte Umarmungen, eckige Bewegungen und lauerndes Kopfsenken. Die scheußliche Garderobe der Moderatorin signalisiert uns, daß der Job ihr keine Zeit läßt, sich allzu lange im Kleiderschrank aufzuhalten, und daß sie keinen Geschmack, aber genug Geld für Designerjacken hat. Nicht zufällig

erinnern diese Fetzen, kombiniert mit immer denselben schwarzen Hosen und Pumps, an Uniformteile: *Ulla* bittet ihre Kandidaten nicht, sie kommandiert.

Doch sie fühlt auch mit ihnen und verpaßt keine Gelegenheit, die »Verzeih' mir!«-Erfahrung auszuspielen. Sie steht dann bei zwei wie vernichteten Verlierern und droht: »Ich fang gleich an zu heulen«, oder, in derselben Sendung, beim fassungslosen Siegerpaar und versichert: »Ich würde auch heulen, wenn ich hunderttausend Mark gewinnen würde.« Es bleibt bei der Drohung, denn richtig weich darf *Ulla* nicht werden. Schließlich ist es ihr Job, den Kandidaten die Schrauben anzulegen. Und zwar feste; de Mol will:

Blut, Schweiß und Tränen

Sind die Stoffe, die dem Fluch des Fernsehens am zähesten widerstehen, die Säfte, von denen es sich, z.B. in ca. tausend Stunden Tennis täglich, am liebsten ernährt. Dem Austritt dieser Körperflüssigkeiten eignet eine elementare Faszination, der nicht einmal die elektronische Kamera ohne weiteres beikommt; vielleicht weil »die Sesselmenschen vor ihren Fernsehgeräten« (Ror Wolf) bei Großaufnahmen von Fleischwunden und tropfender Haut ausnahmsweise der Gewalt innewerden, die das Medium seinen Objekten antut. Vielleicht auch, weil der Markt den Schmerzen, der Erschöpfung und Enttäuschung bislang keinen Tauschwert verordnet, ihnen also ihre eigene Wahrheit gelassen hat. Veranstaltungen wie »Die 100.000 Mark Show« arbeiten daran, das endlich zu ändern.

Denn hier bezieht sich jede Emotion ausschließlich und direkt auf die einzige Wahrheit der Warenwelt: Geld, und wird so selber zur Ware. Kandidaten wie Ina (aus Mettmann), die im Trailer ihre megatoten sportlichen Ideale hochhält – »Teamgeist steht ja im Vordergrund, und das macht mir eigentlich am meisten Spaß« – , fliegen natürlich schon in der ersten Runde raus, nach zwei Wochen Proben und nicht mal vier Minuten in der Show; und *Ulla* tritt nach: »Die anderen werden bejubelt, ihr leiderleider nicht.« Um ins Finale zu marschieren wie Susan und Stefan (aus Konstanz), braucht es diese Einstellung: »Wir werden kämpfen wie die Wahnsinnigen für die 100.000 D-Mark!« Und es braucht, die beiden deuten es an, mehr Glück als Verstand.

Aus vier Paaren (deren Partner sich gerade so lange kennen, daß in Momenten der Erleichterung noch geknutscht, in denen der Niederlage jedoch schon gegiftet wird) werden nach und nach beim »mörderischen Hindernisparcours«, bei einem »spektakulären Live-Act«, bei Rate-, Rechen- und Geschicklichkeitsaufgaben drei Paare aussortiert. Die Verlierer schleichen entweder verhöhnt und mit einer lächerlichen Souvenirmedaille heim oder stauben einen der Trostpreise ab – zweieinhalb- bis zehntausend Mark, mal sogar ein ganzes Auto. Das letzte Drittel der Show gehört dem »großen, großen Finale, uiii!« (*Ulla*). – Nur wer das Codeschloß des »Tresors« knackt, kommt an die Zehntelmillion: Zehn Nummerncodes stehen anfangs zur Auswahl, mit jeder gelösten Aufgabe werden es ein oder zwei weniger. In den ersten Finalspielen müssen die Kandidaten ackern wie die Gäule, im dritten, zitternd vor Erschöpfung, eine ruhige Hand beweisen, zum Abschluß stellt *Ulla* Quizfragen. Jetzt wählt das »Finalpaar« aus den verbliebenen Codes einen aus, muß noch den letzten Werbeblock abwarten, wankt halbtot vor Anstrengung und Aufregung neben der »100.000-Mark-Frau« zum »Tresor« und gibt dann die sechs Zahlen ein. Kandidaten, die »einen ›Ping‹ haben, irgendwie« (Kock am Brink) kriegen kurz darauf ihren Geldkoffer; den anderen entgleist das Gesicht – in den sechs Folgen der jüngsten Staffel haben immerhin zwei »Finalpaare« die Sache vergeigt.

Deren maßlose Enttäuschung gafft die Kamera ebenso ungeniert an wie die bestialische Freude der Gewinner, denn es geht in der »100.000 Mark Show« vor allem um die Vehemenz der Emotionen. Da die Wahl des richtigen Codes ganz vom Zufall abhängt, ist es im Grunde egal, ob z.B. Ines vor Entzücken oder vor Entsetzen der Rotz rausläuft; Hauptsache: er läuft und er kommt spontan. In jedem Fall ist bewiesen, daß man ehrlichen Schweiß und echte Tränen kaufen kann. Denen aber, die an der alleinigen Wahrheit des Geldes längst nicht mehr zweifeln – und das dürften weitaus die meisten Zuschauer der Show sein – , beglaubigt der Preis die Gefühle, die er provoziert, als:

Authentisch

Bedeutet im Jargon des Fernsehens nicht nur das, was im Wörterbuch steht, sondern verspricht die Aufhebung jeglicher Distanz zwischen Objektiv und Objekt, verheißt die Identität von Bild und Wirklichkeit. Aber was da als *authentisch*, als *ungeschminkt* und *hautnah* serviert wird, ist natürlich bloß aufdringlich und indiskret, nur eine weitere Absenkung des Niveaus und der Hemmschwelle; es ist die dickste der vielen Lügen, die das Medium aufbietet, um seine wesentliche Verlogenheit zu kaschieren. Aber auch die effektivste; und deshalb heißt das Stilprinzip der »100.000 Mark Show« Authentizität.

Eine Unzahl von fliegenden, Hand- und Standkameras verfolgt und bespitzelt jede Regung und Bewegung der Akteure. Kein Schnaufen, kein Angst- und kein »Scheiße«-Schrei entgeht den Mikrofonen. Kein bißchen Illusion wird an die Kulissen der Spiele vergeudet: Sie sind aufs Plakativste zweckbestimmt, nicht selten nur halbvollendet. Und wenn wir gleich zu Beginn, im Trailer, der die Kandidaten kurz vorstellt, zu sehen und hören kriegen, daß sie die Spiele ausführlich

geprobt haben; wenn nahezu jeder Schnitt darauf hinweist, daß wir eine aufgezeichnete und kräftig nachbearbeitete Sendung gezeigt bekommen – dann sollen wir vor allem den Freimut der Regie bemerken und als Garantie gegen Lug und Trug in der Show verstehen.

Das funktioniert natürlich nur begrenzt. Und auch der »Notar«, der neuerdings über die Codenummern wacht, wird keinen Zuschauer überzeugen, die »100.000 Mark Show« für seriös zu halten, zu glauben, hier gehe alles mit rechten Dingen zu. Nicht mit dieser Moderatorin, die sich über »Cameo« ihre »Gladiatoren« selber ausgesucht hat und einer Raffzähnin, die ihr dann doch nicht paßt, jäh die Frage zuschreit: »Bist du bescheuert!?« Nicht mit diesen Kandidaten, die bei den übelsten Demütigungen wacker grinsen wie die Moonies. Und nicht mit diesen Spielen, die als »Der heiße Draht« oder »Das miese Schwein« angekündigt werden. Aber interessiert sich überhaupt noch einer der sechseinhalb Millionen Stammkunden für seriöse Sendungen?

Die »100.000 Mark Show« schert sich den Teufel um unsere fossilen Begriffe von Fairneß und gerechter Belohnung und ist damit auf der Höhe der Zeit. Da mögen die Kandidaten sich noch so sehr bemüht haben: Wenn ihnen die glückliche Hand fehlt, gibt es nur die Medaille und von *Ulla* ein tragisches Gesicht: »Das Finalpaar steht vor dem Nichts!« Womit sie meint, daß die beiden nun nicht einmal mehr dabeisein und rumrennen dürfen. Dies, mit Georg Seeßlen zu reden, ist »die Show zur rauhen Wirklichkeit der arbeitslosen Gesellschaft«: Etwas tun zu dürfen, ist eine Auszeichnung; der beste Wille, der härteste Einsatz bewahren einen nicht vorm Rauswurf; Aufstieg und materielle Absicherung sind nur durch puren Zufall zu haben. Hierin eher als in Blut, Schweiß und Tränen liegt das authentische Moment, das jeden, der die Show zum ersten Mal einschaltet, denken läßt: »Das darf doch nicht wahr sein!«

Daß »Die 100.000 Mark Show« kein Vergnügen, sondern ein Schlauch ist, betont *Ulla* immer wieder, ebenso, daß es sich bei den Spielen um »verdammt harte Arbeit« handelt. Eine Lautsprecherstimme redet regelmäßig von einer »gnadenlosen Prüfung«; *Ulla* bestätigt einigen Kandidaten, sie seien »schweinemutig«, und später kündigt sie Schlimmes an: »Die zwei mußten sich ja unglaublich anstrengen, um das Finale zu erreichen... Die eigentlichen Strapazen warten noch.«

Noch ist Jahrmarktschreierei, *noch* sehen die »Action-Spiele« viel riskanter aus als sie sind, und die ärgste Verletzung bisher war eine verstauchte Hand. Aber die ungeheuer kurze Halbwertzeit für Fernsehbilder wird brutalere Spiele und bedenkenlosere Spieler erzwingen; und irgendwann könnten die martialischen Worte ganz abgelöst werden von den höhnischen, die *Ulla* schon heute so wenig Mühe kosten: »Gegen den Strom zu schwimmen, ist eine verdammt zermürbende Arbeit. Ein Paar ist leider gestrandet.«

Ab 17.7. ist »Die 100.000 Mark Show« wieder zu besichtigen, immer sonntags auf RTL

Kay Sokolowsky schrieb in KONKRET 3/94 über den Mitläufer e.o. plauen

Konkret 07/94, S. 62

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

So gut hat sie es gemeint, die Regina Görner vom Vorstand des DGB, als sie rief:

Überall in den Betrieben und Verwaltungen sollen sich junge Leute mit Gewalt auseinandersetzen!

Aber weil sie im Vorsemester Sozialkunde statt Grammatik genommen hatte, verwandelte ihr Wort Fabriken in Schlachthöfe und Büros in Kampfsportarenen.

Wenn er bloß nicht so viel Abitur drauf hätte, der Friedrich Karl Fromme, und das Saarland nicht immerzu

Oskar Lafontaines Doudezfürstentum

nennen müßte! Aber vielleicht übersetzt er sich den Duodez nach seinem eigenen wie nach Lafontaines Maß in Doppelkopf.

Wer ist der legendäre Rote, der, wenn ihn die »Zeit« nach Helmut Kohl fragt, so herrlich spontan antwortet?:

So bleibt uns nur die traurige Feststellung, daß ich und meine Gleichgesinnten Helmut Kohl nicht mehr sehen können, aber nach seinem Weggang sicherlich sehr vermissen werden.

Wer sagt lieber »meine Gleichgesinnten«, weil er mit den Gesinnungsgenossen anecken könnte, »die mir Gleichgesinnten« aber vermutlich für Esperanto hält? Wie heißt der Grüne, der glaubt, es lohne, Bäume zu fällen, um seine traurigen Feststellungen zu verbreiten? Eine Hilfestellung:

»Morgenpost«-Interview mit Daniel Cohn-Bendit (Bündnis 90/Grüne): Europa braucht eine Seele

Europa braucht auch ein Herz, einen Kopf, Milz, Leber, Arme und Beine. Das Arschloch hat es schon.

Nicht alle Legenden sind in den letzten Jahren so herunter-, nämlich hinaufgekommen. Da und dort hält sich Widerstand:

Wolfgang Niedecken, 43, Sänger der legendären Kölsch-Rockgruppe BAP, bildender Künstler und Rockpoet, geht mit seiner Umgebung äußerst kritisch um. Und sein Erfolg hat ihn nicht zum Anpasser gemacht: »Wer den Volksverblödern nicht auf den Leim gehen will, muß sich für Zusammenhänge interessieren, in die Tiefe gehen.«

Gut gebrüllt! Und wie geht ein bildender Künstler und Rockpoet äußerst kritisch in die Tiefe?

Niedecken vertieft sich gerne in den »Spiegel« – sein Nachrichten-Magazin. Jeden Montag in bester Gesellschaft.

Ich heiße auch Müller, aber mich fragt ja keiner.

Wenn man aber glaubt, doller gehe es wirklich nicht, fangen die erst richtig an:

Wer nur etwas von Musik versteht, versteht auch von Musik nichts (Arnold Schönberg). »Secco« ist eine neue Zeitschrift – für Musik und Leben. Intelligent und unterhaltsam. Präzise und lebendig. Kritisch und fair. Mit denkendem Herzen und fühlendem Kopf. Wenn Ihnen trockener Wein zusagt und sie nach einer dazu passenden Sprache suchen, dann empfehlen wir Ihnen »Secco«. Eine Zeitschrift, wie es sie bisher nicht gibt,

woran man sieht, daß früher nicht alles schlecht war – vor dem Auftritt des Herausgebers H. Wieser, zu dessen Sprache nichts besser paßt als »Himmlisches Moseltröpfchen« von Bolle. Und wer darf nie fehlen, wo mit dem Herzen gedacht, mit dem Kopf gefühlt und mit Schmalz geschrieben wird? Henryk M. Broder. »Lieder aus dem Ghetto« heißt sein »Secco«-Rezitativ, und daß in ihm die Grenzen von Musik *und* Überleben, von Unterhaltung *und* Intelligenz nicht überschritten werden, dafür bürgt wie kein anderer er. Denn wer von allem was versteht, versteht auch von Musik nichts.

Überhaupt haben’s jetzt alle, seit sie sich auf der Suche nach Gründen fürs Abschieben von Ausländern als Kulturnation entdeckt haben, stark mit der Musik. Sogar der Stoiber Edmund:

Neben den vielen Stücken, die immer wieder im Polittheater aufgeführt werden, komme ich leider selten in die wahren Musentempel. In diesem Jahr konnte ich bisher Verdis Maskenball sehen und die Uraufführung des neuen Pumuckl-Films,

der vielleicht noch weniger durchrasst war als wie der Spaghetti-Wagner, dessen Bedenklichkeit unterm Gesichtspunkt des Vermummungsverbots eine Beträchtliche ist. Stoibers dem Sozialstaatlichen wenig zugeneigtem Musengeschmack begegnet der Führer der sächsischen SPD, der Kunkel Karl Heinz, mit dem Bekenntnis:

Ich war in der Semper-Oper in »La Traviata«. Mir hat es gut gefallen, weil ich was für die italienische Oper übrig habe und für die Darstellung der gequälten Kreatur, der ich helfen möchte.

Nach des Tages Müh' mit dem Asylbewerberabschieben und dem Arbeitslosengeldkürzen einer kränkelnden Luxushure auf die langen schlanken Beine helfen – das würd ihm so passen, dem Kunkel. Weil er nicht helfen kann, wo er möchte, wird er sich mit der Darstellung der gequälten Kreatur, für die er was übrig hat, in den Berichten aus türkischen Polizeigefängnissen einrichten müssen.

Seit ich meinen Theo von der Seite 1 der »Zeit« zurückgezogen habe, darf dort manchmal sein Schüler Christoph Bertram zeigen, was er gelernt hat, und das ist schon ganz schön. Bereits die Überschrift

Pokern mit der Bombe

ist purer Sommer, wenn auch von der Hamburger, der etwas feuchtkalten Art. Dagegen geben

der Konflikt, der dort jetzt schwelt (und) genug Sprengkraft hat, uns aus unserer Nabelschau aufzuschrecken,

und

die optimistischen Deutungen, die inzwischen immer mehr gebrochenen Strohhalmen gleichen,

nicht mehr als eine Ahnung vom Vorbild, von dessen glimmender Lunte am Krisen-Roulette und des Futurologen an die Wand gemaltem Stoß ins Gruselhorn. Bertram, der den Mangel zu spüren scheint, greift in seiner Not mitunter leider auch zu Plagiaten wie dem von den

Möchtegern-Atommächten, (die) Morgenluft wittern,

Shakespeare und mir zum Possen in dem selben falschen Sinn, in dem sein unbelehrbarer Lehrer Hamlets Vater auf den Kopf zu stellen pflegte. Dabei hätte Bertram das gar nicht nötig, ist er doch in glücklichen Momenten sehr wohl in der Lage, aus seiner geistigen Maginot-Linie herauszutreten, die Verfahrens-Quisquilien beiseite zu schieben und den Kommentar-Stier bei den Hörnern zu packen:

Solange dem Kim-Regime die eigene Bombe wichtiger ist als der ganze Atomsperrvertrag, wird die internationale Gemeinschaft bei dem Versuch, die Vertragsverpflichtungen durchzusetzen, dem Atomhai wie ein Papiertiger gegenüberstehen

und mit dem Fuchsschwanz wedeln wie ein Knallfrosch. Zu solchen Glanzstücken fehlt dem greisen Lehrer, wenn er auf Seite 3 noch einmal auftaucht, längst die Kraft:

Weltpolitik mit Blick auf den eigenen Nabel

hieß seine jüngste Überschrift, die an Formkraft noch hinter Bertrams Nabelschau zurückbleibt. Nur an der Stelle, wo

wegen der Bettgeschichten auch Clintons Amtssessel ins Wackeln geraten könnte,

blitzt er noch einmal auf, der alte Depp, doch trotz einem letzten

Man muß lange suchen, ehe man in der Fachwelt am Potomac jemanden findet, der an Clintons auswärtiger Politik ein gutes Haar läßt,

wird es einem schwer, in Theos neuen Werken den alten Theo wiederzufinden, schwerer noch als ein Haar von Clintons auswärtiger Politik im Potomac.

Im Streit um die Frage, wo man die Maler aus der DDR heute aufhängen soll, hat Springers »Welt« einen interessanten Vorschlag gemacht:

Fast zwangsläufig taucht die Frage auf, ob diese Malerei nicht eher ins Hinstorische Museum gehöre.

Das gefällt: Ostmaler ins Hinstorische, Westmaler ins Kunstorische Museum. Die Rettung der Menschheit kann nur das Werk der Druckfehler selber sein.